PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 15.7.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

17. Juli 1975 Jg. 3 Nr. 28 50 Pfennig



580 Arbeiter von Demag-Kalletal demonstrierten in Düsseldorf gegen Werksstillegung. Bildbericht Seite 3

KSZE: Das Kriegsrüsten geht weiter

Maltas Vorstoß gegen die Supermächte störte die Regie

Montagabend, den 14.7., hat sich die "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" auf den Termin für eine abschließende Gipfelkonferenz geeinigt. Sie soll voraussichtlich am 30. Juli in Helsinki stattfinden. Bei dieser Konferenz geht es weder um die "Sicherheit" noch um die "Zusammenarbeit" der Völker Europas.

Was hätte sonst der US-Imperialismus auf einer solchen Konferenz in Europa verloren? Nichts! Als der Termin für die Gipfelkonferenz endlich vereinbart war, sind bei einem Fernsehinterview dem sowjetischen Chefunterhändler schier die Krokodilstränen über die Backen gelaufen. Seine Rede hat getrieft vor salbungsvollen Worten. Sie können niemand darüber hinwegtäuschen, daß an dieser Konferenz die eine Supermacht, die Sowjetunion, teilnimmt, die 1968 brutal die Tschechoslowakei überfallen und besetzt hat, sich andere Länder wie Halbkolonien hält; daß an dieser Konferenz die andere Supermacht, die USA, teilnimmt, die durch ihre Verbrechen an den Völkern Indochinas und Chiles weltweit verhaßt ist. Sollen sich diese imperialistischen Mächte plötzlich in Friedensmächte verwandelt haben? Bestimmt nicht!

Friedenskonferenz und Kriegsrüsten auf beiden Seiten

Diese Gipfelkonferenz wurde als *"politische Konferenz des Jahrhunderts"* (Süddeutsche Zeitung vom 14.7.1975) bezeichnet. Ihre Ergebnisse sollen die *"Entspannung vorantreiben"*, den *"Frieden sicherer machen"*. Die Geschichte dieses Jahrhunderts beweist das Gegenteil. Immer bevor die imperialistischen Räuber übereinander und über unbeteiligte Staaten herfielen, haben sie Friedenspläne gesungen und Friedenskonferenzen abgehalten. Die Balkankonferenz vor dem I. Weltkrieg, die Münchener Konferenz 1938 vor dem II. Weltkrieg. Lassen jetzt die beteiligten imperialistischen Mächte ihre Diplomaten und Schreiberlinge die "Friedenskonferenz" feiern, intensivieren sie gleichzeitig ihre Kriegsvorbereitungen und rasseln mit dem Säbel.

Kriegsminister Schlesinger hat erneut erklärt, daß die USA durchaus bereit seien, als erste Atomwaffen gegen andere Staaten einzusetzen. Sein bundesdeutscher Kollege Leber hat dies bekräftigt. Im Dezember dieses Jahres wird die NATO in einer ihrer "Stabsübungen" reale Kriegshandlungen proben: den Kampf zwischen NATO und Warschauer Pakt um Europa, wie jetzt der 'Spiegel" berichtet (Spiegel vom 14.7.). Ursprünglich wurde die KSZE im Zusammenhang mit der "Konferenz über Truppenabbau in Europa" eingerichtet. Jetzt stellt sich heraus: diese Konferenz über den Truppenabbau kommt überhaupt nicht voran und kann keine Ergebnisse erzielen. Wie sollte sie auch, wo die beteiligten imperialistischen Mächte alle aufrüsten und ihre Vorbereitungen für einen Raubkrieg intensivieren?

Ein kleines Land entlarvt das Ringen der Supermächte um Hegemonie

Diese Konferenz ist Ausdruck und Kampfplatz der Rivalität beider Supermächte um Europa. Sie und die mit ihnen verbündeten Staaten benutzen diese Konferenz, um jeweils den eigenen Einflußbereich zu festigen und zugleich das jeweils andere Lager aufzuweichen. Zusammenarbeit hat es zwischen den beiden Supermächten nur dann gegeben, wenn sie sich gegen die Forderungen solcher Staaten wandten, die sich gegen ihre Hegemoniepolitik gestellt haben.

In den letzten Tagen der Konferenz haben sie einen großen Wirbel gemacht, weil das kleine Malta die Konferenz *"blockiere"*, *"erpresse"* und ihren erfolgreichen Abschluß *"sabotiere"*. Die Delegation der Republik Malta hatte gefordert, daß in die Dokumente der Konferenz aufgenommen werden müsse, daß die beiden Supermächte ihre Flotten aus dem Mittelmeer zurückziehen sollen, daß mit den nordafrikanischen und arabischen Mittelmeerländern der Dialog geführt werden müsse. Über die Forderungen wurde wenig berichtet, lautstark die *"Sonderwünsche"* Maltas und das *"unmögliche Verhalten"* der maltesischen Delegation gegeißelt. Malta ist keine Großmacht. Malta ist ein kleines Land der Dritten Welt, das lange genug von Großbritannien ausgenutzt und von der NATO als imperialistische Basis mißbraucht wurde. Seine Forderungen richten sich gegen die beiden Supermächte, die durch ihren Flottenaufmarsch das Mittelmeer zu ihrem Tummelplatz und zu einem der Zentren ihrer Auseinandersetzung um die Weltherrschaft gemacht haben.

Fortsetzung auf Seite 2

Portugal: Ohne Unterdrückung der Reichen gibt es keine Freiheit für's Volk

Seit Jahr und Tag sorgen sich NATO-Generale und Bundesregierung, Willy Brandts Sozialistische Internationale und Papst Paul über die Gefährdung von Freiheit und Demokratie in Portugal. Die Sorgen setzten ein unmittelbar nachdem das faschistische Caetano-Regime von der Bewegung der Streitkräfte (MFA) gestürzt worden war. Sie wuchsen, als in Portugal die Arbeiter und Bauern die neugewonnenen Bewegungsmöglichkeiten nutzten, um für ihre Interessen zu kämpfen und jeden Anschlag der Reaktion zurückschlugen. In der vergangenen Woche erreichten sie einen neuen Höhepunkt, nachdem der Beschluß der MFA bekannt wurde, Volksversammlungen zu schaffen, die sich zusammensetzen aus gewählten Vertretern von Arbeiterkommissionen, Dorfverwaltungen, Genossenschaften, Bauernligen und Einwohnerausschüssen.

Diese Volksversammlungen sollen begrenzte Aufgaben bekommen. An politischen Aufgaben wurden genannt: *"die politische und kulturelle Aufklärung, die Alphabetisierung, der Kampf gegen Mißstände im Sozial- und Gesundheitswesen, die Besprechung von Wohn- und Transportproblemen"*. An wirtschaftlichen Aufgaben: *"bei der Produktionssteigerung mithelfen, Kontrolle über Produktionsmittel ausüben und einzelne, strategisch wichtige Fabrikationsstätten bewachen"* (Frankfurter Rundschau vom 11. Juli). Alles das soll zunächst eingeschränkt bleiben auf die lokale Ebene, wo solche Zusammenschlüsse schon an vielen Stellen existieren.

Ausgeschlossen aus dem Aufgabenbereich der gewählten Volksversammlungen bleiben nach dieser Aufzählung das Militärwesen, die Polizei, die Kontrolle der öffentlichen Schulen. Später sollen allerdings die Kommissionen in der Armee mit den gewählten Volksversammlungen zusammengehen. Unangetastet bleiben bisher die zentralen staatlichen Verwaltungsapparate, z.B. das Steuerwesen. Volksgerichte, die den Volksversammlungen gegenüber verantwortlich sind, sollen Kriminalfälle nicht verhandeln dürfen.

In Hinblick auf die wirtschaftlichen Aufgaben ist nicht entschieden, wie tief die Volksversammlungen in die Privateigentumsrechte eingreifen dürfen von Großgrundbesitzern oder Kapitalisten.

Die Reichen klagen über Terror

Obwohl also die Rechte dieser geplanten Volksversammlungen begrenzt sein sollen, haben die Verteidiger der bürgerlichen Herrschaft in Portugal und im Westeuropa sofort Alarm geschlagen: *"Militärs für Rätesystem in Portugal"*. Die Sozialistische Partei Portugals trat unter Führung von Soares aus der Regierung aus. Sie warnte vor den Gefahren eines "diktatorischen und bürokratischen Regimes". In dasselbe Horn stößt die gesamte bürgerliche Presse, die den Beschluß der Bewegung der Streitkräfte als Abkehr von der Demokratie und Schritt zur Beseitigung der Freiheitsrechte angreift.

Man kann die Aufregung der bürgerlichen Zeitungen verstehen. Tatsächlich sieht es in Portugal mit den Freiheiten heute schlecht aus für diejenigen, die bislang alle Freiheit besaßen. *"Viele der Herren von gestern sind wegen angeblicher 'Wirtschaftssabotage' eingekerkert, fast alle enteignet worden"*, empört sich die "Welt" (9. Juli). *"Grundbesitz über 700 Hektar ist fortgenommen, Banken wurden verstaatlicht, in den Fabriken haben Volksräte in den Direktorenzimmern Platz genommen."* Kein Zweifel, die reichen Familien Portugals fühlen sich terrorisiert und verlangen ihre alte Freiheit zurück.

Die sah so aus: *"Die acht mächtigsten Familienclans kontrollierten früher vier Fünftel des Wirtschaftslebens. Sie besaßen Halbinseln und Dörfer, Banken, Industrien und Zeitungen."* Mit dieser halbfeudalen Herrlichkeit ist jetzt Schluß. *"In Portugals Jagdrevieren knallen die Flinten der Knechte"*, erschreckt sich die "Welt" über die große Umwälzung. Über das Schicksal des Herzogs von Palmela, zu dessen Grundbesitz das Ariba-Gebirge gehörte, ein 35 Kilometer langer Höhenzug, weiß sie zu

Fortsetzung auf Seite 2

Der Schwindel mit dem Arbeitslosengeld

Seitdem offenbar wird, daß der Krisentaumel der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit zu einer dauerhaften Erscheinung macht, hat die bürgerliche Presse ihre Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit geändert. Alles wird auf den Kopf gestellt, alles verdreht, verwirrt, zu dem einzigen Zweck, die Arbeiterklasse ideologisch wehrlos zu machen, so daß sie gezwungen werden kann, die Folgen der Krise gänzlich auszubaden. Allgemein wird jetzt behauptet, die Arbeitslosigkeit käme daher, daß es den Arbeitslosen zu gut geht. Behauptet wird, daß sich die Arbeitslosen ein feines Leben machen auf Kosten der Arbeiter. Behauptet wird, daß die Kosten, die die Kapitalisten für die Arbeitslosenversicherung auf bringen müssen, diesen die Existenz abdrücken würden.

Wahr ist an dem ganzen Lügendreck kein Wort. Es ist nicht wahr, daß die Arbeitslosenversicherung irgendwie entstanden wäre, weil in grauer Vorzeit einmal zuviel Geld da war und der bürgerliche Staat menschenfreundlich ist. Richtig ist, daß im bürgerlichen Staat nie Geld da ist für die Arbeiter, sondern bloß für die Kapitalisten, und dementsprechend hat die gesetzliche Arbeitslosenversicherung auch erkämpft werden müssen von der Arbeiterbewegung gegen den Widerstand der Kapitalisten.

Es ist auch nicht wahr, daß die Arbeitslosenunterstützung so etwas wäre wie eine milde Gabe. Bekanntlich handelt es sich um eine Versicherung, in die die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes als Prämie einzahlen und wo die Arbeiterbewegung die Kapitalisten gezwungen hat, den anderen Teil einzuzahlen. Die Kapitalisten bezeichnen dies ganz richtig als Lohnnebenkosten, weil es ein Teil des Lohnes ist, also den Arbeitern gehört. Jeder Pfennig in der Arbeitslosenversicherung wird von den Arbeitern aufgebracht. Gehört ihnen, kann ihnen nicht geschenkt werden, weil es ihnen sowieso gehört und ihr Geld ist.

Geschenkt werden kann aus dem Geld der Arbeitslosenversicherung bloß den Kapitalisten etwas. Denn ihnen gehört es nicht. Und ihnen ist auch von dies m Geld ziemlich was geschenkt worden. Arbeitsförderung nennen die Verwalter der Arbeitslosenversicherung das.

Möglich ist das; weil der bürgerliche Staat die Versicherung in der Hand hat. Zwar wird die Versicherung drittelparitätisch, von Kapitalisten, Gewerkschaften und Vertretern des Staates, verwaltet. Aber, der Staat bürgt für die Versicherung, und zusammen mit den Kapitalisten hat er sowieso die Mehrheit. Also sind viele Milliarden direkt in den Rachen der Kapitalisten geflossen.

Die Arbeitslosenversicherung ist von der Arbeiterbewegung erkämpft worden, weil es die Arbeiterklasse nicht dulden kann, daß, wenn ein Teil der Arbeiter auf die Straße fliegt, ihm dann die "freie" Wahl bleibt, entweder zu verhungern oder aber sich den Kapitalisten zu dem schlechtesten Lohn und zu den erniedrigendsten Bedingungen zu verkaufen. So daß dann die Arbeitslosigkeit die Lage der gesamten Arbeiterklasse unerhört verschlechtert.

Weil der bürgerliche Staat diese Versicherung kontrolliert, versucht er im Interesse der Kapitalisten diesen Zweck der Arbeitslosenversicherung in sein genaues Gegenteil zu verwandeln. Er stellt die Bedingungen, nach denen ausgezahlt wird. Und diese Bedingungen laufen immer auf Lohndrückerei und meist auf Tarifbruch hinaus.

Bezeichnend ist, daß jetzt, wo erstmalig die Frage der Staatsbürgschaft für die Arbeitslosenversicherung überhaupt ansteht, sofort dazu übergegangen wird, davon zu reden, daß die Leistungen zu hoch sind, daß die Unterstützung zu lange geht, daß die Arbeitslosenversicherung bloß die Arbeitslosigkeit hoch halten würde. Und allerhand mehr so Kram.

Man sieht, in guten Zeiten haben sie die Versicherung ausgeplündert und jetzt, wo sie zahlen müssen, sollen es wieder die Arbeiter ausbaden. Das ist gesetzmäßig so. Deswegen ist es eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, daß die Arbeitslosenversicherung verwaltet sein muß ausschließlich durch die Arbeiter selber. Denn es ist ihr Geld.

Siehe auch Seite 7: "Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung"

KSZE ...

Fortsetzung von S. 1

Ihre Präsenz und ihre Rivalität ist eine ständige Quelle der Einmischung im Mittelmeer und eine direkte Bedrohung der Unabhängigkeit der Staaten und Länder dieser Region. Diese haben mit diesen Supermächten genügend schlechte Erfahrungen gemacht, sei es in der Zypernkrise, sei es im Nahen Osten. Der Vorschlag Maltas nach Dialog und Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen und arabischen Mittelmeerstaaten ist ebenfalls gerecht. Er wendet sich gegen die ständigen Versuche der Supermächte, Zwietracht zwischen diesen zu schüren, sie gegeneinander auszuspielen und die natürlichen Reichtümer dieser Länder, vor allem das Erdöl, zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen und auszuplündern. Nicht um "Sonderwünsche" handelt es sich also, sondern um eine gerechte Forderung der Staaten der Dritten Welt, die dafür eintreten, daß sich die Mittelmeerländer vereinigen, gegen die Kontrolle der beiden Supermächte auftreten und das Mittelmeer zu einem Meer der Mittelmeerländer machen wollen.

Heuchlerische Empörung

Wie dünn der Friedensfirnis ist, hinter dem die Supermächte ihre räuberischen Interessen verbergen wollen, beweist die Tatsache, daß sie über diese Forderungen ungeheuer in Harnisch geraten sind. Kein Mittel war ihnen zu schade. Behauptet wurde, jetzt erst vor Konferenzschluß würden die Malteser mit ihren Forderungen hervortreten, nachdem sie sich zwei Jahre lang nicht gerührt hätten. Wie bei allen Lügen, so hat auch diese kurze Beine. Wahr ist, daß diese Forderungen schon bei Konferenzbeginn vor 2 Jahren aufgestellt wurden. Wahr ist, daß eine solche "Mittelmeererklärung" zurückgeht auf eine *"Initiative Maltas bei den Vorverhandlungen und bei der einleitenden Außenministerkonferenz 1973 in Helsinki"* (Frankfurter Rundschau vom 15.7.). Die Supermächte und ihre Verbündeten dachten jedoch, daß sie dieses gerechte Anliegen unter den Tisch fegen und abwürgen können. Das ist ihnen nicht gelungen. Erpressung durch Malta? Umgekehrt ist es richtig. Die 'Frankfurter Rundschau" berichtet: *"An den Texten und am Sitzungsprogramm wurde weitergearbeitet, ohne von den Vorbehalten Maltas Notiz zu nehmen"* (14.7.). Besorgt wurde festgestellt, daß auch andere Staaten, die sich gegen die Hegemoniepolitik der Supermächte zur Wehr setzen, die Forderungen Maltas mit Sympathie verfolgten und unterstützen: *"Der maltesische Vorschlag gewinnt sogar beträchtliche Unterstützung, weil jetzt die meisten Delegationen nach der Analyse seiner möglichen Auswirkungen positive Aspekte herausfinden."* (Frankfurter Rundschau vom 14. Juli) In einer verstümmelten Fassung mußten diese Forderungen im Schlußdokument berücksichtigt werden.

Die KSZE und die geplante Gipfelkonferenz sollen den verschiedenen imperialistischen Häuptern dazu dienen, die Völker Europas mit ihren Friedenspsalmen einzuschläfern. Das wird ihnen nicht gelingen, denn ihre Taten sprechen eine deutliche Sprache.

H.J.H.

Portugal ...

Fortsetzung von S. 1

berichten: *"Heute sitzt der Herzog im Caxias-Gefängnis von Lissabon. Zweimal die Woche erscheint seine Mutter, die 80 Jahre alte Herzogin, mit einer Diener-Entourage* (einem Schwarm von Dienern), *um ihrem Sohn Speisen und Getränke zu bringen."*

Die Arbeiter greifen die Pressefreiheit der Geldsäcke an

Vor allem die Pressefreiheit erscheint den Reichen aufs äußerste gefährdet. Die Pressefreiheit, das ist für sie die Freiheit eines jeden Geldsacks, eine Zeitung aufzumachen, ohne daß ihm jemand dreinreden kann. In Portugal haben sich Arbeiter die Freiheit genommen, den kapitalistischen Eigentümern den Stuhl vor die Türe zu stellen und Zeitungen herauszubringen, die ihrem Befreiungskampf nützlich sind. Die gesamte europäische Bourgeoisie kann sich nicht genug tun an Empörung über diesen Eingriff in ihre Pressefreiheit.

Auch der Kardinal-Patriarch von Lissabon hat jetzt zur Verteidigung der gefährdeten Pressefreiheit aufgerufen. Seit über tausend Jahren saugen die Pfaffen in Portugal das Volk aus, halten es in Unwissenheit und predigen demütige Unterwerfung. Mit aller Selbstverständlichkeit beanspruchen sie die Freiheit, einen Sender zu besitzen, mit dem sie ihre Propaganda zugunsten von überlieferter Ausbeutung und Unterdrückung betreiben können. Die Arbeiter des Senders "Renascena" haben sich die Freiheit genommen, dem ein Ende zu setzen und die Sendeanlagen, die vom Volk gebaut und von ihnen betrieben werden, auch im Interesse des Volkes zu nutzen. Prompt ist die Rede von Verletzung auch noch der Religionsfreiheit.

Zu all diesen Schreckensnachrichten aus Portugal kommt jetzt für die Ausbeuterklassen noch die Nachricht über den Beschluß der MFA, Volksversammlungen zu bilden. Mit Händen und Füßen werden sich die Ausbeuterklassen in Portugal selbst und im Ausland gegen die Verwirklichung eines solchen Beschlusses zur Wehr setzen. Denn so beschränkt die Rechte der geplanten Organe sein sollen: Es sind Organe, in denen sich die arbeitenden Massen selbst organisieren und durch die sie ihre Fähigkeit zum einheitlichen Handeln ausbilden können. Damit wächst für die Ausbeuter die Gefahr, daß sie nie wieder ihre "Halbinseln und Dörfer, Banken, Industrien und Zeitungen" zurückbekommen. Und daß es noch mehr von ihnen so geht wie jenem Großgrundbesitzer, der *"erzählt, wie seine Knechte sein Haus und Land in Besitz nahmen und ihn vertrieben. Daß sie ihm nicht erlaubten, seine persönliche Habe mitzunehmen ... 'Sie haben nicht einmal meine Hunde gefüttert, weil sie einem Faschisten gehörten.'"*

Die Waffe, mit der die alten Herren heute drohen, ist die wirtschaftliche Krise. Das arbeitende Volk braucht davor keine Angst zu haben, wenn es sich der Parasiten entledigt, die es ausbeuten.

Was die Herren haben verkommen lassen, das werden die Knechte, die sich befreit haben, rasch aufbauen und entwickeln. Schon heute wird nach einer Äußerung von Ministerpräsident Goncalves auf den Landgütern, welche die Bauern und Landarbeiter sich genommen haben, mehr angepflanzt als früher.

W.M.

Argentinien: Präsidentin Peron muß dem Druck der Arbeiter nachgeben

Die argentinischen Arbeiter konnten in einem zweitägigen Generalstreik die Einhaltung der Tarifverträge durchsetzen, die von der Regierung aufgehoben worden waren. Die argentinische Regierung mußte am 7. Juli zurücktreten. Der Wohlfahrtsminister Lopez Rega, der einen besonders scharfen Kurs gegen die Arbeiter befürwortet hatte und als Hintermann der rechtsradikalen Mörderbande "Argentinische Antikommunistische Allianz" gilt, mußte von der Präsidentin Peron bei der Regierungsneubildung fallengelassen werden. Das war eine weitere Forderung des Gewerkschaftsverbandes CGT gewesen.

Pressezensur und Preissteigerungen in Indien

Die indische Regierung hat verboten, über das Berufungsverfahren von Ministerpräsidentin Indira Gandhi vor dem Obersten Gerichtshof in Neu-Delhi zu berichten. Das Oberste Gericht des indischen Bundesstaates Uttar Pradesch hatte am 12. Juni Indira Gandhi wegen korrupter Praktiken im Wahlkampf 1971 zum Verlust ihres Abgeordnetenmandats verurteilt. Als daraufhin die Forderung nach Rücktritt Indira Gandhis immer breiter vertreten wurde, rief die Ministerpräsidentin den Ausnahmezustand aus. Gerechtfertigt wurde die Maßnahme mit der Notwendigkeit, alle Kräfte auf den Kampf gegen die Armut zu konzentrieren und den Preissteigerungen Einhalt zu gebieten. "Vor einigen Tagen wurden jetzt die Preise für Stahl, Kohle und alle Erdölprodukte außer Benzin von der Regierung angehoben." (Süddeutsche Zeitung vom 15. Juli) – Ungeteilten Beifall finden die Maßnahmen Indira Gandhis nur noch bei der Sowjetunion. Diese unterhält in Indien riesige Kapitalanlagen. Siebzig Prozent der Produktion aus der Schwerindustrie, sechzig Prozent des Öls und dreißig Prozent des Stahls kommen aus Anlagen, die vom sowjetischen Kapital finanziert sind (Der Spiegel vom 14. Juli).

Armut zu konzentrieren und den Preissteigerungen Einhalt zu gebieten. "Vor einigen Tagen wurden jetzt die Preise für Stahl, Kohle und alle Erdölprodukte außer Benzin von der Regierung angehoben." (Süddeutsche Zeitung vom 15. Juli) – Ungeteilten Beifall finden die Maßnahmen Indira Gandhis nur noch bei der Sowjetunion. Diese unterhält in Indien riesige Kapitalanlagen. Siebzig Prozent der Produktion aus der Schwerindustrie, sechzig Prozent des Öls und dreißig Prozent des Stahls kommen aus Anlagen, die vom sowjetischen Kapital finanziert sind (Der Spiegel vom 14. Juli).

Besitz eines Weckers genügt als Beweis
"Offensivprogramm" der CDU/CSU gegen Terrorismus
Freitag letzter Woche hat der Bundesrat die von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzesänderungen des Strafrechts und Strafverfahrensrechts gebilligt (vgl. KVZ Nr.24). Diese Gesetze schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für Polizei und Justiz, die Rechte eines jeden einzuengen, der – und sei es auch nur in Gedanken – gegen die kapitalistische
Klasse ihre politische Herrschaft aufrechterhält. Diese beiden Methoden variiert sie denn auch nach Bedarf.
Bezüglich der Peitsche wird ihr über die Einschränkung von Rechten und den ausgiebigeren Gebrauch von Gummiknüppeln nichts einfallen können, was das Eigentum der Kapitalisten vor Widerstand und Rebellion, die in den Volksmassen sich regen, schützt.
nichts. Da zog die Polizei schon eine Stunde vor Demonstrationsbeginn mit Lautsprecherwagen durch die Innenstadt und gab bekannt, daß in einer Stunde eine "gewalttätige Menschenmenge" aufziehen werde und man sich verziehen soll. Das hat aber so gut wie niemand getan.
Besser unter die Fuchtel gebracht werden soll nach dem "Offensivkonzept" der CDU/CSU auch die bürger-
sche Verpflichtung formuliert, die man allerdings bezüglich "der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten" mit der Verpflichtung auf die "freiheitlich demokratische Grundordnung" ganz handfest durchzusetzen hofft.
Ein "Offensivkonzept" bezüglich der Einschränkung der Rechte vor Gericht, des Rechts der freien Mei-

Besitz eines Weckers genügt als Beweis

"Offensivprogramm" der CDU/CSU gegen Terrorismus

Freitag letzter Woche hat der Bundesrat die von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzesänderungen des Strafrechts und Strafverfahrensrechts gebilligt (vgl. KVZ Nr.24). Diese Gesetze schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für Polizei und Justiz, die Rechte eines jeden einzuengen, der – und sei es auch nur in Gedanken – gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung und ihren Staat rebelliert.

Gebilligt hat der Bundesrat diese Gesetze, indem er noch einige weitere Bestimmungen hinzufügte, die die bestehenden Gesetzesvorlage noch verschärfen.

Gleichzeitig haben die von CDU und CSU regierten Länder ein *"Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus"* vorgelegt, dessen Verwirklichung nach Meinung der Innenminister von CDU und CSU ein *"unverzichtbarer Beitrag zur Sicherung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats ist"*.

An der Art und Weise, wie diese Polizeiminister in einem einleitenden Kapitel über die Ursachen des "anarchistischen Terrorismus" sinnieren, kann man erkennen, was da gesichert werden soll. Dort heißt es, die Ursachen des "anarchistischen Terrorismus" seien *"wahrscheinlich eine Folgeerscheinung des materiellen Wohlstands"* (Süddeutsche Zeitung, 11.7.), Folgen einer "Utopie".

Da haben sich die mit Korruptionsgehältern zu Wohlstand gekommenen Innenminister wohl hingesetzt und nachgedacht, wie man trotz Wohlstand zur Rebellion gegen das kapitalistische Privateigentum und gegen die bürgerliche Rechtsordnung kommen kann. Das erscheint ihnen allerdings unvorstellbar, "irreal", eben eine "Utopie". Wahrscheinlicher aber ist, daß einen der Anblick derer, die in Wohlstand leben ohne zu arbeiten, während die Arbeiterklasse ausgebeutet und ausgeplündert wird und dazu noch den Wohlstand der Reichen anschafft, zum Gegner der bürgerlichen Eigentumsordnung und der Rechtsordnung, die sie schützt, werden läßt. Solche Erwägungen konnten die Innenminister nicht anstellen, denn für sie existiert nur die Welt, in der man ohne Arbeit im Wohlstand lebt, und diese gilt es zu sichern.

Was sie vorschlagen, hat ihnen die Regierung mit ihrer Gesetzesvorlage, die der Bundesrat jetzt gebilligt hat, schon weitgehend vorweggenommen. Treffend hat daher der Innenminister Maihofer zu diesem Konzept gesagt, das ist *"nicht neu und originell"*. Originell in dieser Frage der "inneren Sicherheit" wird auch eine bürgerliche Partei nie sein. Denn Zuckerbrot und Peitsche sind die beiden einzigen Methoden, mit denen die bürgerliche Klasse ihre politische Herrschaft aufrechterhält. Diese beiden Methoden variiert sie denn auch nach Bedarf.

Bezüglich der Peitsche wird ihr über die Einschränkung von Rechten und den ausgiebigeren Gebrauch von Gummiknüppeln nichts einfallen können, was das Eigentum der Kapitalisten vor Widerstand und Rebellion, die in den Volksmassen sich regen, schützt.

Neu ist allenfalls, daß das Offensivkonzept der CDU/CSU künftig auch den Besitz eines Weckers unter Strafe stellen will, wo sein Besitzer des "Terrorismus" verdächtig sein könnte. *"Als neue Anregungen bietet der Maßnahmenkatalog die Forderung, den Kreis der vorbereitenden Handlungen für Sprengstoffdelikte weiter zu ziehen als im gegenwärtig geltenden Strafrecht"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.). Und *"da wiederum die derzeitigen Terroristen es vorzögen, mit alltäglichen Apparaturen zu Werke zu gehen"*, müsse man den Besitz solcher Apparaturen für strafbar erklären, wo beabsichtigt sei, sie zum Bau von Bomben zu verwenden. *"Selbstverständlich soll nicht das Besitzen eines Weckers unter Strafe gestellt werden, wohl aber das Verwenden von Weckern zum Bauen von Bomben; eine solche Strafbestimmung wäre zum Beispiel als Deckung für polizeiliche Durchsuchungen in einem frühen Stadium der technischen Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen wichtig."* Im Klartext: Wen die Polizei des "anarchistischen Terrorismus" verdächtigt, der baut auch Bomben, dafür genügt der Besitz eines Weckers dann als Beweis.

Verschärfen will die CDU/CSU die Strafen, wo immer es geht: handle es sich um Gründung oder Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung", um den Diebstahl von Waffen und Munition, worunter schon ein Polizeiknüppel fällt, um Freiheitsberaubung und Gefangenenbefreiung, bei denen eine Schußwaffe verwendet wird. Das ist nicht neu und liegt auf der Linie der SPD, verschärft und verstärkt diese bloß.

Neu gegenüber dem Vorschlag der SPD/FDP-Regierung ist, daß die CDU/CSU den Tatbestand des Landfriedensbruchs erweitern will, so daß *"diejenigen, die sich trotz Aufforderung, sich zu entfernen, in einer erkennbar gewalttätig gewordenen Menschenmenge verharren, strafbar sind"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.). Bezweckt wird damit, daß künftig niemand eine Kundgebung oder Demonstration, deren Ziele er für gerecht hält und die sich gegen den bürgerlichen Staat wendet, aus einer näheren Entfernung als 100 Meter betrachten kann. Sonst macht er sich strafbar. Nützen wird das, wie die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhung in Heidelberg zeigen, nichts. Da zog die Polizei schon eine Stunde vor Demonstrationsbeginn mit Lautsprecherwagen durch die Innenstadt und gab bekannt, daß in einer Stunde eine "gewalttätige Menschenmenge" aufziehen werde und man sich verziehen soll. Das hat aber so gut wie niemand getan.

Besser unter die Fuchtel gebracht werden soll nach dem "Offensivkonzept" der CDU/CSU auch die bürgerliche Presse, obwohl, die ist schon furchtbar zahm. Daß sie aber, wie jetzt im Stammheimer RAF-Prozeß, ständig enthüllen muß, welche Schandtaten der Richter Prinzing betreibt, das schmeckt der CDU/CSU nicht. *"Minister Titzck, der das Unions-Papier in Kiel der Öffentlichkeit vorlegte, nannte auch die besondere Verpflichtung der Massenmedien"* gegenüber dem Rechtsstaat und der "freiheitlich demokratischen Grundordnung". Durch Pressezensur geht das im Moment wohl noch nicht, zu verhindern, daß die Presse die Wahrheit ab und zu ans Tageslicht kommen lassen muß. So wird es in diesem "Offensivkonzept" als moralische Verpflichtung formuliert, die man allerdings bezüglich *"der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten"* mit der Verpflichtung auf die "freiheitlich demokratische Grundordnung" ganz handfest durchzusetzen hofft.

Ein "Offensivkonzept" bezüglich der Einschränkung der Rechte vor Gericht, des Rechts der freien Meinungsäußerung und anderer Rechte mehr, nichts anderes hat die CDU/CSU hier auf den Tisch gelegt, und nichts anderes stellte die Regierungsvorlage dar, die der Bundesrat verabschiedet hat. Zum Schutz des bürgerlichen Eigentums und des Wohlstands der Innenminister mögen solche Gesetze unerläßlich sein. Unerläßlich ist aber auch, daß sie den Zweck verfehlen, den die Innenminister sich da ausgedacht haben: Denn durch noch so viel Polizeigesetze läßt sich der Gedanke nicht unterdrücken, daß der Kampf gegen diese Ausbeuterordnung und die politische Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat gerecht ist.

–e.r.–

RAF-Prozeß
Untersuchung erzwungen

Im Stammheimer RAF-Prozeß haben Gericht und Bundesanwaltschaft letzte Woche der von den Mitgliedern der RAF und ihren Verteidigern seit langem geforderten ärztlichen Untersuchung über die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten zugestimmt. Freilich nicht, ohne daß die Justiz die Sache so drehen kann, daß ein Ergebnis dabei herauskommt, wie es ihr beliebt. Insbesondere will die Justiz nicht, daß ans Tageslicht kommt, daß es die nunmehr seit 3 Jahren dauernde Einzelhaft der RAF-Mitglieder ist, die für den gesundheitlichen Zustand der Angeklagten verantwortlich ist.

Daß die Justiz überhaupt in eine ärztliche Untersuchung der RAF-Mitglieder einwilligte, ist allerdings schon eine Niederlage für sie. Denn wochenlang wollte sie nichts davon wissen, hat ihre bezahlten und ausgehaltenen Gefängnisärzte behaupten lassen, daß an der Gesundheit der Angeklagten nichts zu beanstanden sei. Es zeigt sich an diesem Zugeständnis so, daß die Justiz über den Gesundheitszustand der Angeklagten Lügen verbreitete, wozu der Beistand der Gerichts- und Gefängnisärzte gedient hat.

Das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung will die Justiz nach ihrem Geschmack haben. So lehnt sie ab, daß Ärzte, die das Vertrauen der Gefangenen haben, sich an der Untersuchung auch nur beteiligen können. Den holländischen Psychiater Professor Teuns hat das Gericht wegen "Befangenheit" abgelehnt, da er bereits früher die Isolationshaft der RAF-Mitglieder angeprangert habe. Das hat er freilich und auch völlig zu Recht. Man kann an diesem Verhalten des Gerichts ermessen, was es darunter versteht, wenn es sich unparteiische Ärzte wünscht: Solche, die die Haftbedingungen nicht unter die Lupe nehmen, damit diese nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Die Bundesanwaltschaft hat von sich gegeben, sie "nehme die Frage der Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten nicht leicht" (Frankfurter Rundschau vom 10.7.). Im gleichen Atemzug hat sie gezeigt, daß man ihr kein Wort glauben darf. Einem Antrag der Angeklagten, nach über dreijähriger Einzelhaft "den anderen Untersuchungshäftlingen in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim gleichgestellt zu werden" (Frankfurter Rundschau vom 10.7.), trat sie entgegen, obwohl das Gesetz selbst bei Strafgefangenen, die bereits verurteilt sind, die Einzelhaft auf eine Höchstdauer von 3 Jahren begrenzt.

Die Forderungen der Angeklagten nach Gleichstellung mit den anderen Untersuchungsgefangenen und nach Untersuchung durch Ärzte ihres Vertrauens sind gerecht. Darüber können auch alle Täuschungsmanöver von Gericht und Bundesanwaltschaft, die für die Angeklagten mittlerweile bereits geltendes Recht außer Kraft setzen, nicht hinwegtäuschen. –e.r.–

Tarifforderung für Stahl

Bis zum 15. September will die IG Metall in Nordrhein-Westfalen ihre Forderungen für Stahl aufstellen. Die Lohntarifverträge bei Eisen und Stahl laufen am 15. Oktober aus (Handelsblatt vom 4. Juli).

Verringerte Freizügigkeit für Arbeitslose

Das Landessozialgericht Darmstadt hat entschieden, daß Arbeitslose nicht in Urlaub fahren dürfen. Es wies die Klage einer Arbeitslosen zurück, der das Arbeitsamt das Arbeitslosengeld entzogen hat, weil sie während einer Urlaubsreise der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung gestanden habe. Das Landessozialgericht bekräftigte die Auffassung: Die Arbeiter und Angestellten, die in die Reservearmee gestoßen werden, haben dort ständig abrufbereit zu sein. Der Arbeitslose habe jederzeit sofort erreichbar zu sein, um mit der Behörde ein "Kontaktgespräch" führen oder eine Stelle annehmen zu können (nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli).

Lohnerhöhungen in Westdeutschland am geringsten

Den westdeutschen Kapitalist ist es 1974 gelungen, die Löhne wesentlich stärker zu drücken, als das ihren westeuropäischen Konkurrenten gelang gegenüber den Arbeitern der übrigen westeuropäischen Länder. Nach einer in Brüssel veröffentlichten Übersicht sind die Lohnkosten in nationaler Währung gerechnet 1974 um folgende Prozentraten gestiegen: Dänemark 18,5, Frankreich 14,5, Irland 18,5, Italien 22, Niederlande 11, Belgien 13, Großbritannien 26 Prozent. In der Bundesrepublik betrug danach der Anstieg nur 8,8 Prozent und erreichte nicht die Inflationsrate und Steigerung der Sozialabgaben. Auf Kosten der westdeutschen Arbeiter hat das westdeutsche Kapital seine Konkurrenzbedingungen verbessert (Zahlen aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli).

Arbeiter und Angestellte von Demag-Kalletal protestieren in Düsseldorf

"Einen größeren Druck müßte man ausüben, vielleicht das Werk besetzen"

580 Arbeiter und Angestellte der DEMAG Kunststofftechnik Stübbe in Kalldorf (Kreis Lippstadt) protestierten am Sonnabend, den 12. Juli, in Düsseldorf gegen die angekündigte Stillegung des Werkes Ende dieses Jahres. Arbeiterdelegationen aus Erwitte, Bielefeld und aus Betrieben im Kalletal und im Exertal brachten durch Beteiligung an der Demonstration ihre Solidarität zum Ausdruck. Auf der Kundgebung sprachen: der Betriebsratsvorsitzende des Werkes, der Bezirkssekretär der IG Metall aus Münster und ein SPD-Ratsherr. Den Beifall der Arbeiter bekamen sie immer dann, wenn sie sich entschieden gegen die geplante Stillegung aussprachen und den Willen zum einheitlichen Kampf bekundeten.



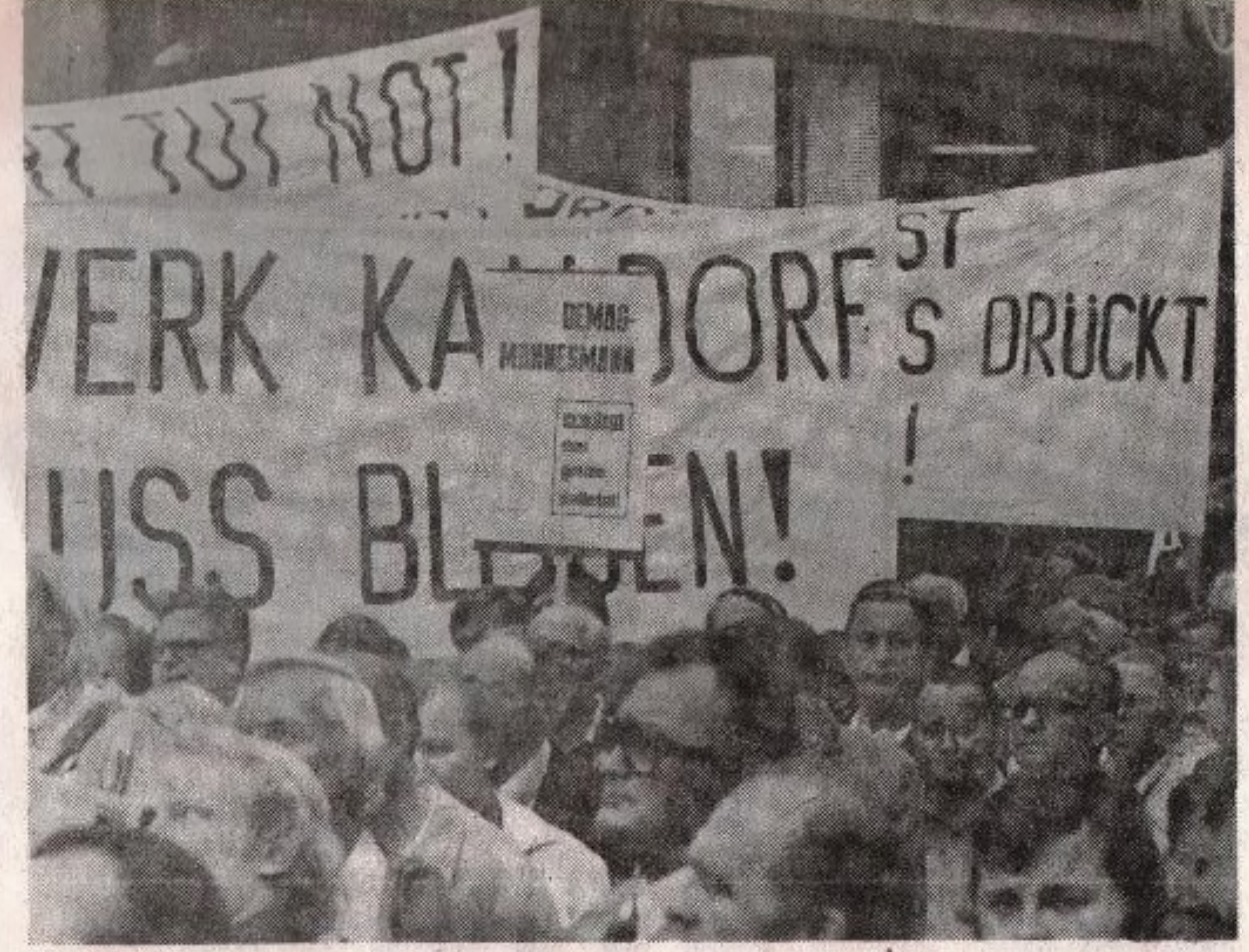
Auf dem Kundgebungsplatz

Der Betriebsratsvorsitzende antwortete einem KVZ-Reporter auf die Frage, welche Erfahrungen sie aus den bisher durchgeführten Streiks und Betriebsbesetzungen gemacht hätten: *"Wir haben die Erfahrung gemacht, daß dieser Betrieb schon längst zu wäre, wenn wir nicht gekämpft hätten. Man wollte bereits Anfang Januar anfangen, stufenweise den Plan bis Ende des Jahres durchzuführen, das Werk zu schließen. Bis heute ist noch kein einziger entlassen worden. Das ist eben die Erfahrung, die wir gemacht haben: Nicht aufstecken! Sondern durch Demonstrationen wie heute in Düsseldorf, durch Proteste, die immer wieder auf breiter Ebene durchgeführt werden müssen, wird man eben doch Erfolg haben. Wenigstens so weit, daß man nicht den Plänen dieser Konzernbosse folgt, sondern zunächst einmal weiterbeschäftigt wird."* Freilich: *"Wie bei uns die Sache auslaufen wird, ist noch in Frage gestellt."*

"Nicht aufstecken!"

An der Kampfkraft der Belegschaft wird es nicht fehlen: *"Ich sage es so: Sie steht nach wie vor hinter dem ganzen Betriebsrat, die Vertrauensleute stehen ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit uns. So daß nichts zu befürchten ist von der Belegschaft her, wenn, was man ja schon des öfteren versucht hat, eine Spaltung hineingetragen werden soll."*

Auch die Gewerkschaft unterstützt nach den Worten des Betriebsratsvorsitzenden den Kampf der Belegschaft: *"Wir kämpfen hier mit Unterstützung der Industriegewerkschaft Metall, die das an Aktionen billigt, was wir unternehmen. Das hat sie in einer Erklärung bekanntgegeben."*



"Werk Kalldorf muß bleiben". Darin waren sich alle einig.

Der Bezirkssekretär der IG Metall aus Münster bestätigte diese Unterstützung in seiner Rede: *"Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren. Die Kalldorfer haben sich nicht aufgegeben und werden heute, morgen und übermorgen dazu stehen, daß Vorrang bei allem, was wir unternehmen, hat: der Erhalt ihrer Arbeitsplätze." "Die Manager von DEMAG und Mannesmann dürfen sich nicht darüber wundern, daß der Kampf um die Arbeitsplätze in Kalldorf nach wie vor nachdrücklich gekämpft wird."*

Die wunderten sich auch nicht, sondern unternahmen ihrerseits neue Kampfschritte gegen die Belegschaft: Zwei Tage vor der Demonstration beriefen sie eine Pressekonferenz ein, auf der wie wiederum betonten, daß eine Schließung des Werkes Kalldorf "nicht zu vermeiden sei".

Kampf mit "allen legalen Mitteln"?

Es steht also Interesse gegen Interesse, der Wille der Belegschaft gegen den der Konzernleitung. Und wer sich durchsetzt, darüber entscheidet der Kampf. Der Kampf der Belegschaft aber soll sich nach Auffassung des Bezirkssekretärs der IG Metall auf gesetzliche Mittel beschränken. *"Diese unsere Kollegen sind keine Kriminellen, sie sind keine Radikalen, sie sind keine Anarchisten und erst recht keine Terroristen"*, rief er in seiner Rede, *"sie sind Arbeitnehmer, die mit allen legalen Mitteln nichts unversucht lassen, um zu verhindern, daß man ihnen die Arbeitsplätze stiehlt."*

Im Hinblick auf Stehlen und Diebstahl sehen die Gesetze, auf die sich der Bezirkssekretär der IG Metall beruft, die Sache jedoch anders als er. Eigentümer des Werkes ist danach der DEMAG-Konzern, sind nicht die Arbeiter. Vom Standpunkt dieser Gesetze, die das Privateigentum schützen, werden die Kapitalisten dem Gewerkschaftssekretär antworten: Wie soll man den Arbeitern etwas stehlen, was ihnen laut Gesetz gar nicht gehört. Es ist deshalb eine starke Einschränkung, wenn die Arbeiter die Vertretung ihrer Interessen an die "legalen Mittel" und Gesetze binden sollen, die den Kapitalisten das Recht auf ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln gerade bestätigen.



Aus Bielefeld und anderen Städten kamen Arbeiterdelegationen

Der Sprecher einer "Bürgerinitiative zur Erhaltung der Arbeitsplätze in Kalletal/Exertal" berichtet denn auch über "zweischneidige" Erfahrungen mit der Gewerkschaft. Diese Bürgerinitiative hat sich gebildet, um neben der gewerkschaftlichen Solidarität und der Solidarität der Arbeiter des Mannesmann-Konzerns auch die Unterstützung durch die Bevölkerung zu organisieren. Ihr gehören Arbeiter von DEMAG-Stübbe und aus Exertaler Betrieben an, einige Jungsozialisten und solche, die mit den Jusos gebrochen haben. Der Sprecher dieser Initiative berichtet über seine Erfahrung mit der Gewerkschaft: *"Sie ist dann aktiv geworden, wenn sie in Zugzwang kam, wenn sie durch Hungerstreik oder ähnliches in der breiten Öffentlichkeit in Zugzwang kam. Dann haben auch der DGB und die Gewerkschaften das unterstützt. Aber es gab keine Aktionen, die direkt initiiert wurden von den Gewerkschaften. Das starke Argument, auch in den internen Besprechungen, war immer: 'Ihr dürft der Regierung, und das ist ja letzten Endes unsere Regierung, nicht schaden.'"*

Das Kapital vernichtet in der Krise Produktionsmittel und wirft die Arbeiter auf die Straße

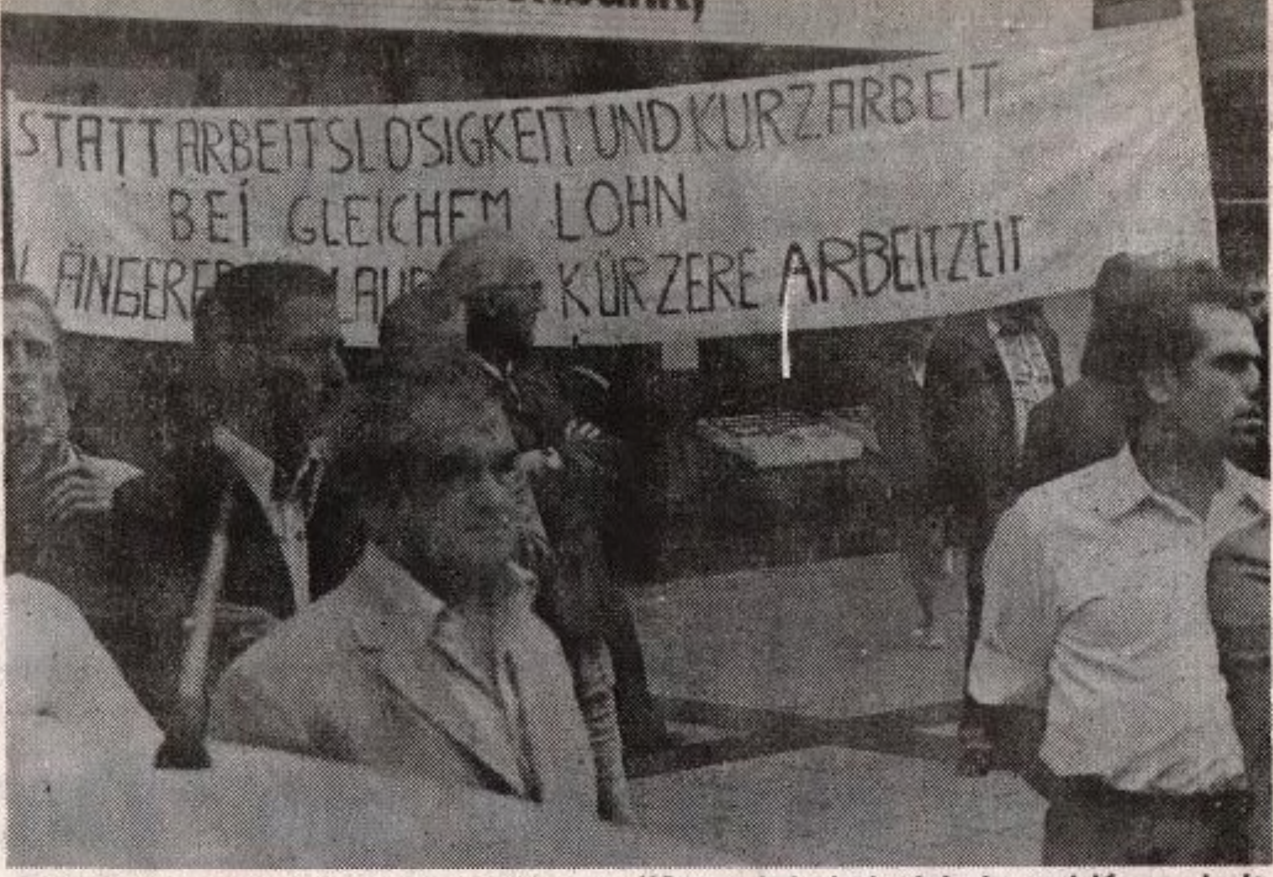
Der Bezirksvorsitzende der IG Metall hat in seiner Rede auf der Kundgebung eine starke Anklage erhoben. Er sprach davon, daß in Kalletal eine der modernsten Produktionsanlagen zur Herstellung von Maschinen in der Kunststoffindustrie steht, die die DEMAG überhaupt besitzt: *"Es gibt keine modernere technische Produktionsstätte in der BRD als diese. Und es darf nicht zugelassen werden, daß dieses Produktionskapital einfach vernichtet wird."* Und was die Leute in Kalletal ebenfalls *"nicht zulassen wollen, ist, daß man sie einfach wie eine heiße Kartoffel fallen läßt, daß sie überflüssig sind ... Sie wollen weiterarbeiten. Und die DEMAG und die Mannesmann AG haben diese Arbeit zu uns zu bringen."*

Der Betriebsratsvorsitzende des Werkes hofft, das durch die Mitbestimmung erreichen zu können. *"Die Mitbestimmung muß verwirklicht werden, weil es langsam Zeit wird, daß Entscheidungen z.B. über Investitionen nicht nach denen gehen. ... Für uns ist wichtig, daß damit Schluß ist."*

Der Vorsitzende der Initiative hält davon nichts: *"Mit paritätischer Mitbestimmung im Aufsichtsrat ist es völlig unmöglich, Stillegung und Rationalisierung zu verhindern. Der Aufsichtsrat kontrolliert nachträglich die Entscheidungen des Vorstands. Und der Vorstand ist dazu da, sich auf die Profitmaximierung zu beziehen. Sonst werden auch die entlassen."* Er meint: *"Wir müssen die gesamtwirtschaftliche Lage sehen, und da bleibt für uns dann nur, dieses System überhaupt in Frage zu stellen, denn innerhalb dieses Systems gibt es keine Möglichkeit, diese Arbeitsplätze in den kleineren Betrieben auf die Dauer zu erhalten. Da muß man schon radikalere Fragen aufstellen."*

Man muß radikal werden, auch wenn man es nicht darf

Die Arbeiter von DEMAG Kalletal aber suchen nach radikalen Antworten. Sie gehören zu einem Großkonzern, und auch der macht ein Werk dicht. Einer sagte in Düsseldorf: *"Man muß halt alles ausnutzen, was man machen kann. Diese Leute verfahren mit uns – man weiß es ja. Dieses Jahr machen sie ein neues Werk auf in Spanien oder in den anderen Ländern. Uns entlassen sie hier. Das verträgt sich doch gar nicht mit der Gesetzgebung hier, die wir haben, daß man hier einfach Firmen dicht macht und in anderen Ländern dafür wieder investiert. Ich weiß nicht, was man direkt dagegen machen kann, man kann dagegen protestieren und vielleicht zu etwas schärferen Maßnahmen greifen. Radikal werden darf man auch nicht, einen mit Steinen beschmeißen darf man nicht. Aber irgend einen stärkeren Druck ausüben, vielleicht in Form von Werksbesetzungen, müßte man. Wenn diese Leute wichtige Aufträge haben, wo sie vom Ausland aus Schwierigkeiten bekommen können, daß man die eher boykottiert. Mit der Gewerkschaft müßte man das zusammen machen. Alleine kann man das nicht. Schon geldlich gesehen nicht."*



Eine Forderung auf der Kundgebung: "Statt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit: Bei gleichem Lohn längerer Urlaub und kürzere Arbeitszeit!"



Statt kapitalistischer Krise gemeinsamer Kampf für den Sozialismus, das schafft die Wende für die Arbeiter

Die Gesetzgebung in Westdeutschland schützt das private Eigentum der Kapitalisten. Dazu gehört das Recht der Privateigentümer, ihr Kapital dort anzulegen, wo sie die höchsten Profite erzielen können. Die Arbeiter werden von dieser Gesetzgebung als bloße Anhängsel des Kapitals betrachtet, die nach Bedarf geheuert und gefeuert werden können. Die Arbeiterbewegung in Westdeutschland wird das immer klarer erkennen. Und sie wird erkennen, daß man dagegen radikal werden muß.

(Red. nach Interviews und Berichten)

BASF-Betriebsrat:

Der Kurzarbeit doch zugestimmt

Ludwigshafen. Nachdem der Betriebsrat der BASF die beantragte Kurzarbeit zunächst abgelehnt hatte, haben Vertreter des Betriebsrates plötzlich doch – vor dem Spruch der Einigungsstelle – den Antrag der Geschäftsleitung genehmigt: Es wird doch kurzgearbeitet, und zwar in den Betrieben Farben I, Farben II und Styroplast. Das sind 3 000 Kollegen.

Dieser Einigung hat der Betriebsrat in einer geheimen Abstimmung mit 43 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen bzw. Nein-Stimmen zugestimmt (sechs Betriebsräte nahmen an der Abstimmung nicht teil!).

Einige Zugeständnisse haben die BASF-Kapitalisten gemacht: Die restlichen Kurzarbeitsanträge für insgesamt 1 200 Kollegen wurden zurückgezogen, während der Dauer der Kurzarbeit darf in den betroffenen Betrieben keiner entlassen werden, durch einen "Zuschuß" der Kapitalisten wird der Lohn auf 95 % des Nettoeinkommens aufgestockt (der Zuschuß ist allerdings lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtig), bei Jahresprämien und Jubiläumsgaben wird die Kurzarbeit wie volle Arbeitszeit gerechnet.

Weil der Betriebsrat die Kurzarbeit zuerst abgelehnt hat, hat die Geschäftsleitung diese Zugeständnisse gemacht.

Schon bei der Ablehnung war der Betriebsrat sehr uneinig (30 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen) und die Uneinigkeit hat die Geschäftsleitung jetzt mit ihren Vorschlägen genützt, um aus den Widersprüchen innerhalb unserer Interessensvertretung und vor allem innerhalb der IG Chemie-Fraktion für sich Kapital zu schlagen und die Kurzarbeit doch durchzusetzen.

Bei der letzten Abstimmung kamen 13 Ja-Stimmen dazu. Dies hat die Position der Geschäftsleitung gestärkt, die der Belegschaft und des Betriebsrates dagegen geschwächt. Denn wenn der Betriebsrat die Kurzarbeit nicht prinzipiell ablehnt, wenn er ihr schon einmal zugestimmt hat, wird es für ihn viel schwerer, kommende Anträge abzulehnen.

Schon liegen dem Betriebsrat sechs neue Anträge auf Kurzarbeit für 1 600 Kollegen vor allem in den Bereichen Magnettechnik, Energie und verschiedenen Kunststoffabteilungen vor.

Wir drucken hier ein Interview der BASF-Zelle des KBW mit einem betroffenen Kollegen von Farben I ab.

Interview mit einem BASF-Arbeiter

Ihr sollt ab 1. August kurzarbeiten. Was haltet Ihr davon?

Kollege R.: Nun, man kann sagen, daß zirka ein Drittel der Kollegen für die Kurzarbeit ist. Das aber daran, daß sehr viele bei uns nebenher schwarzarbeiten oder ein Stück Land haben, für das sie gerade jetzt viel Zeit brauchen. Dann gibt es noch einige, die sagen: Wenn es sein muß, dann arbeiten wir halt kurz. Nur ein Drittel der Kollegen ist wirklich voll gegen die Kurzarbeit.

Was bedeutet die Kurzarbeit für Euch finanziell?

Kollege R.: Es ist ja so, daß wir durch einen Zuschuß 95 % des Nettolohns haben. Das heißt, wir verlieren etwa 70 Mark. Das hört sich erstmal nicht so schlimm an. Aber seit letzten Weihnachten wird unser Lohn systematisch abgebaut. Erst wurde unsere Zusatzprämie von 20 % gestrichen, das sind normal an die 240 Mark, für die Schichtarbeiter sogar gut 300 Mark. Dann werden seit Weihnachten samstags keine Überstunden mehr gemacht, das sind durchschnittlich auch 50 Mark. In diesem Zusammenhang sind 70 Mark weniger ein Haufen Geld.

Wie ist in Eurem Betrieb die Arbeitssituation?

Kollege R.: Momentan haben wir wirklich wenig Arbeit. Bei uns zeigt sich ganz deutlich, daß die Kapitalisten in einer Überproduktionskrise stecken. Letzten Sommer mußten wir schuften, bis wir fast umfielen, die Lager wurden vollgestopft und die Anlagen um etwa 20 % erweitert.

Jetzt, wo die Kapitalisten ihre Farben nicht loskriegen, müssen viele von der Normalschicht Wände streichen.

Viele sind auch an andere Betriebe verliehen worden.

Nur die Wechselschicht ist voll beschäftigt, weil deren Arbeit schon immer war, zu putzen, die Filter zu reinigen usw. Außerdem machen die jetzt die Schlosserarbeiten, die früher die inzwischen entlassenen Fremdfirmen-Schlosser gemacht haben.

Aber wir glauben nicht, daß das so bleibt. Alle Kollegen haben Angst, daß, wenn die Produktion wieder hochgehen wird, die Rennerei wieder anfängt und daß nach der Kurzarbeit Entlassungen kommen, die Produktion wieder voll läuft und weniger Kollegen die gleiche Arbeit machen müssen.

Und daß die Produktion wieder hochgefahren wird, ist gerade wegen der neuen Anlagen durchaus drin. Mit denen können wir nämlich viel mehr Versuche fahren als früher.

Seid Ihr mit dem, was der Betriebsrat macht, zufrieden?

Kollege R.: Daß der Betriebsrat die Kurzarbeit zuerst abgelehnt hat, war gut. Aber sonst sind wir mit ihm nicht zufrieden. Unseren zuständigen Betriebsrat – Zumpelmann (DKP) – haben wir im letzten halben Jahr nur zweimal gesehen: einmal vor der Betriebsratswahl im April und das zweite Mal, als das Fernsehen da war.

Wir werden überhaupt nicht informiert, weder vom Betriebsrat noch von den Vertrauensleuten. Alles was wir wissen, haben wir aus der Zeitung.

Auch über die Verhandlungen, die sich ja ewig hingezogen haben, haben wir nichts erfahren. Das ist nicht gut.

Der Betriebsrat muß sich in seiner Entscheidung ja auf uns stützen, dazu muß er uns informieren und wissen, was wir wollen.

Dazu hätte er mindestens eine Betriebsversammlung machen müssen.

Was sind jetzt Eure Forderungen?

Kollege R.: Wir wollen jetzt, daß – wenn schon Kurzarbeit – die Zeit, wo wir nicht arbeiten, an einem Stück genommen werden kann und wir dann eine Zeitlang frei haben. Diese Forderung muß unser Betriebsrat jetzt gegenüber der Geschäftsleitung durchsetzen. Wir fordern ihn auf, daß er eine Betriebsversammlung macht, wo wir über diese Forderung diskutieren können, wo Betriebsrat Zumpelmann uns die Entscheidung des Betriebsrats erläutert und wo wir ihn fragen können, wie er abgestimmt hat.

Disziplinarverfahren in Westberlin:

72 Verfahren eingestellt

Westberlin. Von 94 Disziplinierungsverfahren gegen Beschäftigte der Freien Universität, die im März des Jahres für SEW, Gruppe Rote Fahne (KPD) oder KBW kandidiert haben beziehungsweise Wahlaufrufe unterschrieben haben, sind 72 eingestellt worden.

Damit ist der interne "Erlaß" der Personalkommission der Freien Universität in Kraft getreten, nach dem jeder, der aufmuckt, künftig von der Staats- und Universitätsbürokratie gleich einsortiert werden soll. Drei Kategorien Mensch hat die Personalkommission herausgefunden. **Die erste Kategorie** fällt unter die Bezeichnung "harmlos", das sind zum Beispiel die, die nur einen Wahlaufruf unterzeichnet haben, sich aber weiter noch nicht aktiv betätigen, um den in den Wahlaufrufen vertretenen Auffassungen und Forderungen auch Geltung zu verschaffen. Sie werden nur benotet – als Strafe für mangelnde Staatstreue und Mahnung zur künftigen Katzbuckelei erhalten sie eine Rüge in die Personalakte.

In die zweite fallen diejenigen, die z.B. nach den Wahlen weiterhin öffentlich aufgetreten sind. Gegen sie wird weiter ermittelt, wie die Chancen stehen, ihnen das Rückgrat noch zu brechen.

Die dritte Kategorie umfaßt die sogenannten aktiven Verfassungsfeinde; sie sollen jeweils fristlos entlassen werden.

Mit der Einstellung von 72 von 94 Ermittlungsverfahren ist die Bourgeoisie gegenüber den massiv erhobenen Protesten schon ein Stück zurückgewichen. Aber sie weicht nur zurück, indem sie versucht, die Bewegung gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst zu spalten. Ihr billiges Spaltungsmanöver wird jedoch nicht laufen.

Schon vor einigen Wochen hat der Kanzler der Freien Universität Borrmann, versucht, Teile der von der Disziplinierung bedrohten Kollegen mit dem Vorschlag einzuseifen, sie sollten sich selber praktisch für nicht ganz zurechnungsfähig erklären: Sie hätten nicht recht gewußt, was sie unterschrieben haben, oder ihre Unterschrift wäre sozusagen aus Versehen unter einen Wahlaufruf geraten.

Direkt wurden sie aufgerufen, abzuschwören.

Dem ist aber nimand auf den Leim gegangen. Im Gegenteil, der Versuch, die Methoden der Bourgeoisie, mit Lügen, Heuchelei und Korruption den möglichst großen Vorteil jeweils für sich herauszuholen, den Lohnabhängigen aufzudrängen, ist auf weitere Empörung und Verachtung gestoßen.

Auch jetzt sollen die Kollegen womöglich selber noch sich den Kopf zerbrechen, wer eben noch tragbar ist für den Staatsapparat und seine Zwecke, die Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft und die Niederhaltung des Volkes, und wer nicht.

Die Forderung, die Personalräte, ÖTV-Betriebsgruppen, zahlreiche Vollversammlungen und Seminare der Studenten, Dutzende von Hochschullehrern und Zehntausend am 25. Juni auf der Straße erhoben haben: Weg mit allen Disziplinierungen! ist noch nicht erfüllt.

Die Grundlagen, auf denen sie möglich sind, das Beamtenrecht und das KPD-Verbot, bestehen weiterhin. Der Kampf geht weiter.

dz, Westberlin

Metzeler: Und der Akkord soll noch schärfer werden

60 Grad bei der Arbeit

München. Auf der Betriebsversammlung der Metzeler-Kautschuk-AG in München sagte es Becker, Vorstandsvorsitzender der Metzeler-Kautschuk AG, ganz deutlich: "*Wenn wir die Arbeitsplätze für die erhalten wollen, die nach dem Personalabbau von 300 Kollegen bis zum Jahresende noch übrigbleiben, dann müssen wir unbedingt die Produktivität erhöhen. Bei der Konkurrenz, wie bei Michelin, schafft ein Reifenbauer 600 Stück pro Tag, bei uns nur 150.*"

Nach den Vorstellungen von Becker soll nur die Stückzahl der hergestellten Reifen erhöht werden, an den verheerenden Arbeitsbedingungen soll sich nichts ändern. Im Gegenteil. Gerade jetzt im Hochsommer tritt die ganze Unmenschlichkeit dieser Schinderei hervor.

So herrschen an den Pressen, wo die Reifen und Schläuche unter Druck minutenlang wie Kuchen in einer Form gebacken werden, 65 Grad und mehr Grad Hitze.

Weit und breit gibt es keine kühle Stelle und die Backöfen stehen eng nebeneinander. Bis zu acht Pressen muß ein Kollege bedienen.

Dazu kommt der beizende Gummi-Gestank, welcher einem fast den Atem verschlägt. Schon diese Zustände allein lassen jede Arbeit zur Schwerarbeit werden. Der Akkord aber läßt die acht Stunden zur Qual werden. Meterweit sind jetzt die Fenster und Stahltore zum Hof hin geöffnet und die total veralteten Ventilatoren arbeiten dauernd, ohne daß die verrückte Hitze nachläßt. Und nur, weil das schon seit hundert Jahren so ist, soll das wohl auch so bleiben. Sicher soll für Becker an diesen Arbeitsplätzen nur sein, daß aus ihnen Profit herausgeschlagen wird. Noch mehr Schweiß soll fließen, noch mehr soll den Arbeitern der Schädel brummen, damit Bayer mit seinen Metzeler-Reifen den Markt halten und ausweiten kann.

Wir müssen mit unserer Gewerkschaft erreichen, daß eine weitere Verschärfung des Akkords und die Einführung neuer Akkordsysteme nicht durchkommt. Wir müssen dafür sorgen, daß mit unserer Arbeitskraft nicht solch ein Raubbau betrieben wird, daß wir sie nach wenigen Jahren verloren haben.

–Zelle Metzeler,
Ortsgruppe München–

Wer sind hier die "Drohnen"?



Auf der VW-Hauptversammlung am 8. Juli überlegten die Aktionäre, wie sie aus den Arbeitern mehr Arbeit herauspressen können. Sie beschimpften die Arbeiter: "Es gibt im Werk zu viele Drohnen." Die Genossen der KBW-Zelle VW Wolfsburg stellten in der Ortsbeilage der KVZ klar, wer diese "Drohnen" sind.

In den Reden der Großaktionäre kam es zu mehreren Beschimpfungen der VW-Arbeiter. So war in den "Wolfsburger Nachrichten" vom 9. Juli folgendes Zitat zu lesen: "*Es gibt im Werk zu viele Drohnen und zu wenig Arbeitsbienen.*"

Dieser Ausspruch, der durch Dreistigkeit und Frechheit geprägt ist, macht sehr viel klar. Jene "Geldgeber", Banken und sonstige Großaktionäre, stellen sich unter einem Arbeiter jemanden vor, der strebsam, fleißig und für möglichst wenig Geld ihnen viel Dividende erarbeitet.

Selbst können sie außer einem Haufen Geld und Redeschlachten auf Aktionärsversammlungen nichts in die Waagschale werfen, wenn es darum geht, ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen.

Die Großaktionäre sind es nämlich, die sich auf Kosten der Arbeiter ihr Leben ausstaffieren.

Sie sind die Parasiten der Gesellschaft, die tatsächlichen "Drohnen".

Doch zurück zu dem sinnigen Vergleich. Die Drohnen haben den Großaktionären nämlich viel voraus. Sie werden nämlich gebraucht, und sei es nur zur Fortpflanzung. Nicht einmal den Drohnen sind jene Großaktionäre gewachsen, wenn es um die Daseinsberechtigung geht.

Doch wir sollten uns an den Bienen ein Beispiel nehmen und mit den Großaktionären wie mit den Drohnen verfahren einfach rauswerfen und weg damit.

Ergebnis der Betriebsratswahlen bei Klöckner Bremen

Bremen. Auf den Druck der Belegschaft hin war eine Einheitsliste aufgestellt worden. Zu wählen waren in getrennter Wahl 24 Arbeiter und 7 Angestellte. Die 24 Arbeiterbetriebsräte werden geschlossen von dem Blockvorschlag Röpcke/Florian gestellt.

Röpcke (DKP) erhielt 2 202 Stimmen.

Der letzte Kandidat dieses Vorschlags erhielt 777 Stimmen.

Die Kandidaten des Blockvorschlages der SPD-Betriebsgruppe folgen auf den weiteren Plätzen und sind nicht mehr im Betriebsrat, dessen Arbeit sie bisher zur Freude des Werksvorstandes behindert und hintertrieben haben.

Bei den Angestellten wurden allerdings mit großer Mehrheit die rechten Sozialdemokraten, ein CDU-Mitglied und ein außertariflicher Angestellter von der DAG gewählt.

–T., Klöckner–

"Die Arbeit nicht fortsetzen"

Frankfurt. Nach Ansicht des Landesarbeitsgerichtes kann Arbeitern, denen der Kapitalist keinen Lohn mehr zahlt, weil er vor der Pleite steht, "*nur geraten werden, nicht durch Fortsetzung der Arbeit ihrem Arbeitgeber Kredit zu gewähren*". Handelsblatt, 9.7.

Wenn die Arbeiter vor Gericht klagen, um den vorenthaltenen Lohn zu bekommen, werden die Gerichtskosten zunächst dem Kapitalisten, der wegen rückständiger Lohnkosten belangt wird, angelastet. Aber die Arbeiter müssen dann die Gerichtskosten noch zusätzlich tragen, wenn "mangels Masse" der Konkursantrag des Kapitalisten abgelehnt wird.

Das Arbeitsgericht treibt dann die Gerichtskosten bei den Arbeitern und Angestellten ein.

Für die Arbeiter und Angestellten sieht die Lage also so aus:

Droht der Kapitalist pleite zu machen und die Arbeiter arbeiten weiter, dann stehen sie später ohne Arbeit und Lohn da und können obendrein noch die Gerichtskosten zahlen. Befolgen sie den Rat des Gerichts und hören sofort auf, dann bezahlen sie zwar keine Gerichtskosten, stehen aber ebenfalls ohne Arbeit und Lohn da.

Der Ratschlag beleuchtet in aller Deutlichkeit, für wen das kapitalistische Ausbeutungssystem gut ist.

–g.b.–

Tilly/Elbeo Kiel: Arbeiterinnen wehren sich gegen Lohnkürzung

Gleich 20% Lohn weniger als vorher

Wie jetzt in vielen Betrieben versuchen die Kapitalisten von der Tilly-S trumpffabrik (Elbeo-Konzern) durch Lohnkürzungen ihre Profite zu sichern.

Am 26.6. wurden in der Näherei Zettel mit den neuen Akkordsätzen an das Schwarze Brett geheftet. Was das für uns bedeutet, war uns von vornherein klar: weniger Lohn! Dies wurde von der Geschäftsleitung folgendermaßen begründet:

Erstens werden bei uns in jedem Jahr kurz nach den Tarifverhandlungen (im Mai) neue Akkordrichtsätze im Betrieb vereinbart.

Zweitens ist eine Neuerung an unseren Maschinen vorgenommen worden, die "Erleichterungen" bei der Arbeit bringen sollen.

Drittens hat solche Änderung an der Maschine immer zur Folge, daß neue Abstoppungen vorgenommen werden und unsere Löhne gekürzt werden.

Diesmal sollten wir gleich 20 % weniger verdienen als vorher

Das ist noch weniger als vor der Lohnerhöhung im Mai.

Viele Kolleginnen, die sich das angesehen hatten, waren sehr böse darüber. Es bildeten sich kleinere Gruppen, die darüber diskutierten.

Heraus kam, daß wir diese Unverschämtheit nicht hinnehmen könnten.

Die meisten Kolleginnen aber resignierten von vornherein und meinten, daß wir doch nichts machen könnten, weil ja doch nicht alle mitmachen würden.

Am nächsten Tag ging jeder lustlos seiner Arbeit nach. Inzwischen hatten wir festgestellt, daß diese Lohnkürzungen in den anderen Abteilungen schon vorgenommen worden waren.

Das ist typisch: Damit soll verhindert werden, daß die gesamte Belegschaft sich einheitlich dagegen wehren kann.

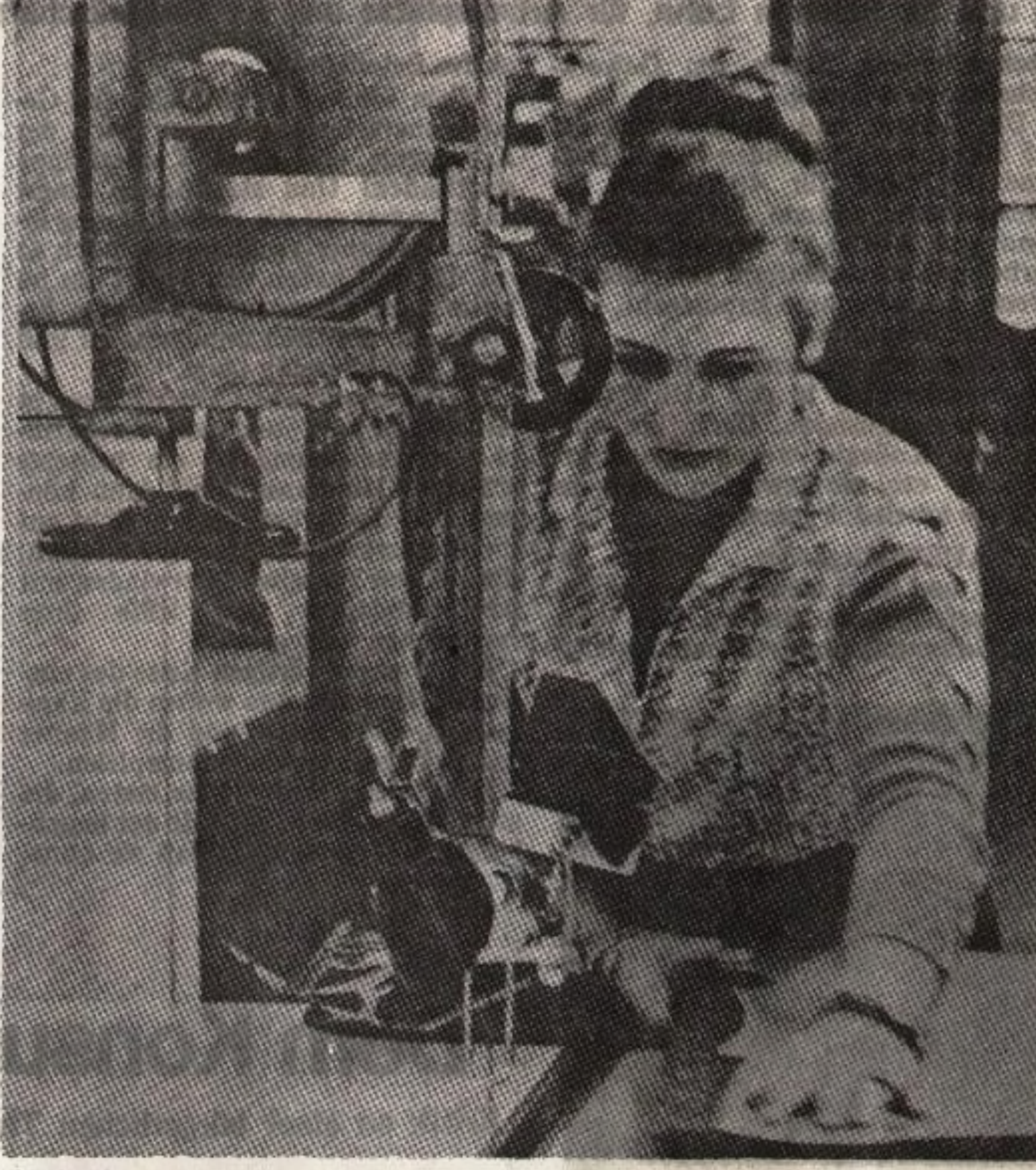
Nach der Frühstückspause wollte keine mehr so recht arbeiten. Aus den vielen kleinen Grüppchen bildete sich eine große Gruppe. Alle Kolleginnen aus der Näherei beratschlagten, was zu tun sei.

Da der Betriebsrat nicht im Hause war, nahmen wir die Sache erst einmal selbst in die Hand.

Wir holten den Betriebsleiter in unsere Abteilung und sagten ihm, daß wir diese 20 % weniger Lohn nicht verkraften könnten.

Es würde sich dann bald für uns gar nicht mehr lohnen, zur Arbeit zu gehen (in der Abteilung liegen die Löhne bei 600 bis 900 DM netto bei vollem Akkord).

Der Betriebsleiter begründete die Lohnkürzungen dann damit, daß wir seit Monaten zuviel verdienen würden. Dies könne die Firma nicht ertragen.



In der Textilindustrie

Wir sollten uns an die Leute wenden in unserer Abteilung, die zu hohe Akkordsätze halten und damit den Durchschnitt kaputtmachen würden.

Weiter meinte er, wir würden doch überhaupt nicht kaputt aussehen und es würden noch viele Reserven in uns stecken.

Daraufhin wurden alle Kolleginnen sehr ärgerlich. Denn tatsächlich sieht es so aus, daß wir den ganzen Tag sehr hart arbeiten müssen. Die Kolleginnen, die angeblich zu viel verdienen, sitzen die ganzen acht Stunden, ohne sich eine Pause zu gönnen. Abends müssen dann die meisten, obwohl sie todmüde sind, noch den Haushalt und die Kinder versorgen.

Eine Delegation aus der Abteilung ging noch mit dem Betriebsleiter in sein Büro. Meistens ist dies schlecht, weil die Gruppe dadurch auseinandergerissen wird und diejenigen, die im Büro sind, beschwatzt werden.

Diesmal war die Einheit unter den Kollegen so groß, daß keiner aus der Abteilung in der Zwischenzeit angefangen hat zu arbeiten. In der ganzen Abteilung wurde zwei Stunden nicht gearbeitet.

Heraus bei dem Gespräch mit der Betriebsleitung kam, daß die neuen Akkordsätze für den Juli noch nicht gelten. Sie sollen erst Anfang August (nach den Betriebsferien) eingeführt werden. Weiterhin versprach die Betriebsleitung, einen Verdienstausfall von über 10 % auszugleichen. Dieses Versprechen konnte sie auch leicht machen, ist sie doch nach dem Tarifvertrag dazu verpflichtet. Wir durchschauten diesen Trick auch sehr genau.

Aber in Anbetracht dessen, daß die Akkordsteigerung in den anderen Abteilungen bereits durchgeführt war, wir also nicht damit rechnen konnten, einen Streik im gesamten Betrieb durchzuführen, gingen wir erst einmal wieder an die Arbeitsplätze.

Ob dieser Kampf weitergeführt wird oder nicht, entscheidet sich dann auch erst nach unserem Betriebsurlaub und es hängt im wesentlichen davon ab, wie groß die Einheit unter den Kollegen sein wird.

Eine wichtige Forderung wird dann auf jeden Fall sein, daß die zwei Stunden ausgefallene Arbeitszeit bezahlt werden. Der Betriebsrat hat seine Unterstützung für diese Forderung zugesagt. Von der Betriebsleitung wurde die Bezahlung aufgrund der Empörung der Kollegen in Aussicht gestellt.

–A., Stadtteilzelle Gaarden–

Ein Schritt nach vorn

Belegschaftsversammlung Opel - Bochum Werk I

Bochum. Am Dienstag, den 8. Juli, fand im Bochumer Opel-Werk 1 die Belegschaftsversammlung statt.

Auf der Versammlung kristallisierten sich vier Punkte heraus, über die weitgehend Einigkeit bestand. Diese waren:

Die Sonderschichten, die Zeitverträge bei Neueinstellungen, die unzureichenden Klimaanlagen und der Antrag der Geschäftsleitung an den Betriebsrat, die Belegschaftsversammlung künftig außer Haus und außerhalb der Arbeitszeit stattfinden zu lassen.

In einigen Redebeiträgen wurde noch einmal kurz auf die Betriebsratswahl im Mai eingegangen. Dieses tat auch der Betriebsratsvorsitzende Perschke in seinem Rechenschaftsbericht. Er mußte zugeben, daß er der Verlierer dieser Wahl war, denn die fortschrittlichen Kollegen der Liste 2, die mit einem Programm kandidierten, konnten zwölf Sitze von siebenunddreißig erringen.

Dieses Ergebnis war Ausdruck der großen Unzufriedenheit der Kollegen mit dem alten Betriebsrat um Perschke, der eng mit der Geschäftsleitung zusammenarbeitete.

Opel – der größte Ausbeuter in der westdeutschen Automobilindustrie!

Im Jahresbericht der Geschäftsleitung konnten wir hören, daß Opel im letzten Geschäftsjahr mit 6,2 Millionen DM Gewinn abgeschlossen hat, während die anderen großen Automobilkonzerne offiziell mit großen Verlusten abgeschlossen haben.

In ergänzenden Redebeiträgen von Kollegen kam heraus, daß pro Arbeiter bei Opel die meisten Wagen hergestellt werden. So lag die Leistung im letzten Jahr bei über 14 Wagen, während sie bei Ford und VW bei etwa 13 Wagen lag. Trotzdem durfte das Gejammer der Kapitalisten nicht fehlen, und so wurden wir wieder einmal aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit wir gemeinsam die Krise meistern.

Die Belegschaft will für ihre Interessen kämpfen!

Alle Kollegen, die zum Thema der Verlegung der Belegschaftsversammlung sprachen, erteilten unter großem Beifall der Geschäftsleitung eine Abfuhr. Sie zeigten auf, daß es der Geschäftsleitung nicht um die Gesundheit der Kollegen geht, weil, wie diese sagt, die Luft in der Halle zu schlecht und es zu kalt sei oder daß die Unfallgefahr zu groß sei, sondern daß die Kapitalisten eine zusätzliche Produktionsschicht haben wollen, da die Belegschaftsversammlungen in der letzten Zeit nicht wie früher nur zwei oder drei Stunden dauern, sondern sie heute oft eine ganze Schicht dauern und auf ihr die Probleme der Belegschaft hart diskutiert werden.

Es ist klar geworden, daß die Belegschaft es nicht zulassen wird, daß die Belegschaftsversammlung außer Haus und außerhalb der Arbeitszeit gelegt wird.

Angesichts des heißen Wetters kam den unzureichenden Klimaanlagen besondere Bedeutung zu.

Die Geschäftsleitung argumentiert immer, es sei kein Geld vorhanden. Die Kollegen zeigten jedoch auf, daß bei 6,2 Millionen DM Gewinn und über 350 Millionen DM Investitionen ausschließlich für den Profit der Kapitalisten wohl auch genügend Geld für eine Klimaanlage da sei.

Viele Redner erklärten, daß die Geduld der Kollegen zu Ende ist (die Temperaturen in den Hallen liegen oft bei 40 Grad), und wenn nicht bald eine neue Klimaanlage käme, die Kollegen bald zu Kampfmaßnahmen greifen müßten.

Bei den Dreimonatsverträgen zeigten die Kollegen auf, daß sie für die Betroffenen eine große Existenzunsicherheit bedeuten, für die Kapitalisten hingegen bringen sie nur Profit.

So können sie sich ihre Arbeiter aussuchen und diejenigen, die nicht alles bereitwillig machen und um ihre Rechte kämpfen, schnell wieder hinauswerfen. Bei Absatzschwierigkeiten können sie die Kollegen einfach entlassen, ohne einen Sozialplan aufzustellen.

Deshalb wurde von den Kollegen die Forderung nach Umwandlung der Zeitverträge in feste Arbeitsverträge gestellt.

Die Geschäftsleitung plant nach den Werksferien wieder neue Sonderschichten

Angesichts dieser Tatsache forderten viele Kollegen den Betriebsrat auf, den Sonderschichten nur zuzustimmen, wenn eine Betriebsvereinbarung über vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit gemacht wird.

Einige Kollegen lehnten die Sonderschichten generell ab. So zeigte ein Kollege auf, daß durch die gestiegene Arbeitshetze und die Verlängerung des Arbeitstages die Lebenserwartung in der Bundesrepublik in der letzten Zeit um drei Jahre gesunken ist und in der Eisen- und Metallindustrie 1972 16,3 % einen Arbeitsunfall erlitten.

Ferner ging er auf die wirtschaftliche Lage der Kollegen ein, die es der Geschäftsleitung ermöglicht, Sonderschichten aus den Kollegen zu pressen, was nicht zuletzt aber auch auf den letzten Tarifabschluß zurückzuführen ist, der durch und durch Lohnraub bedeutete. Aus diesen und den vorher von den Kollegen genannten Punkten leitete er die Forderung nach Einhaltung des Achtstundentages auf dem Weg zum Siebenstundentag an fünf Wochentagen bei vollem Lohnausgleich ab.

O.

Ford Köln: Schinderei auf neuem Höhepunkt

„20% Marktanteil sind keine Utopie"

Köln. Am 18. Juli beginnen bei Ford in Köln die Werksferien (vier Wochen bezahlter und auf Wunsch noch eine Woche unbezahlter Urlaub). Kaum ein Kollege hat dem Urlaub jemals so entgegengefiebert wie in diesem Jahr! Ausgelaugt bis zum letzten, werden die vier bis fünf Wochen nicht ausreichen, um wieder halbwegs zu Kräften zu kommen.

Bilanz der Kapitalisten: Die Profite steigen wieder

Vor den Ferien läßt der Ford nämlich noch einmal voll reinhauen. Man will den 1974 verlorengegangenen Boden (Umsatzrückgang gegenüber 1973 von 6,13 Milliarden DM auf 4,98 Milliarden DM) wieder wettmachen. *"20 % Marktanteil sind keine Utopie mehr"*, frohlockte der Vorstandsvorsitzende Lutz auf der Bilanz Pressekonferenz Ende Juni. Nach dem "Tal der Dürre" im Jahre 1974 kletterte der Marktanteil 1975 von Januar bis Mai auf 17 %.
Statt 467 713 produzierten Fahrzeugen im Jahr 1974 werden für 1975 622 000 Einheiten angestrebt.

Bilanz der Kollegen: Ausbeutung bis auf die Knochen

Jeder kann sich ungefähr vorstellen, welche Folgen diese Pläne der Kapitalisten für die um über 10 000 Mann geschrumpfte Belegschaft haben. Denn nicht die Ford-Kapitalisten müssen sich dafür krummlegen, um die 20 % Marktanteil zu erreichen, sondern die Kollegen. Mit immer weniger Arbeitern immer mehr Escorts, Konsuls, Capris usw. und damit immer mehr Profit, so lautet die Devise von Henry Ford II. und seinen Statthaltern in der BRD.

In der Endmontage im Werk Niehl sieht das zum Beispiel so aus:

Wurden bisher 420 Wagen pro Schicht zusammengebaut, so sind es jetzt in der gleichen Zeit 45 bis 50 Autos mehr. Denjenigen, die nicht am Band, sondern an den Maschinen für Zulieferteile (zum Beispiel Türscharniere) stehen, ergeht es nicht besser. Zunächst hat man ihnen den ursprünglich mithelfenden zweiten Mann wegrationalisiert. Jetzt muß ein Kollege statt zwei großer Kästen drei von dieser Art pro Schicht vollmachen.



Ford-Karosserieausbesserung

Und das bei brütender Hitze. Die Temperatur in den Hallen stieg in der letzten Zeit teilweise auf über 40 Grad. Die vorgesehenen Absaugvorrichtungen sind immer noch nicht montiert.

Zu dem unmenschlichen Arbeitstempo und den unerträglichen Arbeitsbedingungen kommt noch hinzu, daß viele Kollegen "freiwillig" dem Angebot der Ford-Kapitalisten folgen müssen, jeden Morgen eine Stunde früher mit der Arbeit anzufangen.

Zu den 45 Stunden pro Woche sind dann noch die Sonderschichten von 9 bis 10 Stunden an den Samstagen in der letzten Zeit hinzuzuzählen. Also keine Spur von 40-Stunden Woche. Viele schaffen von montags bis samstags 55 Stunden für den Ford.

Es häufen sich aber in der letzten Zeit die Beschwerden bei den Betriebsräten. So langsam sehen viele, wie falsch die Entscheidung der neuen "fortschrittlichen" Betriebsratsmehrheit um den Betriebsratsvorsitzenden Schwarzenberg war, für Überstunden statt für Neueinstellungen mit dem Argument zu stimmen, im Herbst werde es ohnehin wieder Kurzarbeit geben. In der Zwischenzeit saugt der Ford dann die Kollegen bis aufs Mark aus. Und wenn es im Herbst wirklich wieder zu Kurzarbeit kommt – das Gerücht hält sich hartnäckig –, ist es eine Frage der Kampfkraft und der Einheit der Belegschaft, ob man sich gegen die Kurzarbeit wehrt bzw. den vollen Lohnausgleich durchsetzt.

–R., Ford-Aufbauzelle–

Grossbritanien

Die Streikkämpfe der Arbeiterinnen haben beständig zugenommen

Immer mehr Arbeiterinnen kämpfen für gleichen und für höheren Lohn, für Arbeitsplätze und für Gewerkschaftsanerkennung

Die Arbeitskämpfe werktätiger Frauen in Großbritannien haben im letzten und in diesem Jahr ständig zugenommen.

Häufig geht der **Kampf um höheren Lohn,** denn Frauen gehören zu den schlechtestbezahlten Arbeitskräften: 89 Prozent aller werktätigen Frauen verdienen weniger als 30 Pfund in der Woche (etwa 165 DM, umgerechnet zu 1 Pfund = 5,50 DM); ein hoher Prozentsatz unter 25 Pfund, und 80 000 verdienen weniger als 18 Pfund (etwa 100 DM).

Ein Beispiel unter vielen:

Zur Zeit läuft ein Streik in der Gummifabrik Thomson und Cappen in Liverpool für Lohnerhöhungen und gegen die Drohung, die Fabrik zu schließen.



Streikposten in einem sechswöchigen Arbeitskampf bei Walters and Dobson in Stavely

70 % der Arbeitskräfte sind Frauen. Nach Steuerabzug haben sie 20 Pfund (110 DM pro Woche) in ihren Lohntüten, die Männer 24 Pfund. Die Forderung ist 4 Pfund mehr für alle. Der Streik ist nicht "offiziell", d.h. nicht von der Gewerkschaft anerkannt.

Zu Anfang waren die Frauen relativ wenig in die aktive Führung des Streiks einbezogen. Jetzt beteiligen sie sich am Streikkomitee, organisieren die Streikposten und Delegationen zu anderen Fabriken. Einige Frauen nehmen nicht aktiv am Streik teil, weil ihre Kinder seit Streikbeginn von dem lokalen städtischen Kindergarten abgewiesen wurden. Zweifellos ein Versuch der Thomson & Capper-Kapitalisten, die Frauen zur Arbeit zurückzuzwingen.

Gleicher Lohn

Häufig kämpfen die Arbeiterinnen um "gleichen Lohn" wie ihre männlichen Kollegen, denn viele werden für die gleiche Arbeit weit unter diesen bezahlt.

Die Regierung hat für Ende dieses Jahres das Inkrafttreten des **"Gesetzes für gleichen Lohn"** ("Equal Pay Act") bestimmt.

Die Unternehmer hatten fünf Jahre Zeit, sich auf dieses Gesetz vorzubereiten. Sie tun dies in Form von Neueinstufungen von Männern und Frauen nach einer Arbeitsplatzbewertung und indem sie Männer und Frauen trennen. Oder, wenn es wenige männliche Kollegen sind, werden diese kurzerhand entlassen, dann gibt es kein Problem mit "gleichem Lohn".

In vielen Fällen lassen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht spalten und kämpfen gemeinsam für "gleichen Lohn" und höheren Lohn.

Es kommt jedoch genauso vor, daß die männlichen Kollegen die Frauen nicht unterstützen und sich sogar als Streikbrecher einsetzen lassen und so zu einer Niederlage beitragen, wie das im Streik der Arbeiterinnen für "gleichen Lohn" in der **Elektrofabrik SEI bei Manchester** im November 1974 geschehen ist.

Gerade haben die Kantinenarbeiterinnen bei Rolls Royce in Coventry ihren Kampf um gleichen Lohn gewonnen.

Sie hatten 17.20 Pfund weniger verdient als der niedrigste Lohn eines Arbeiters. Schon im September 1974 streikten sie fünf Wochen, und jetzt wieder vier Wochen.

Die männlichen Kollegen unterstützen sie mit einem Überstundenboykott, und die Streikposten der Frauen verhinderten die Einfuhr von Gütern in die Fabrik. Sie setzten ihre Forderung nach 5.50 Pfund, zurückdatiert bis Februar, und 4 Pfund im Juli und nach Einordnung in die Lohnstruktur der Fabrik durch. Letzteres war ein Hauptelement im Streik, weil sonst das "Gesetz für gleichen Lohn" von den Unternehmern umgangen werden könnte.

Gewerkschaftsanerkennung

In vielen Kämpfen der werktätigen Frauen geht es in erster Linie um Gewerkschaftsanerkennung. Denn in vielen kleinen Firmen, die zum großen Teil Frauen beschäftigen, ist noch nicht einmal dieses grundlegende Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen, die gewerkschaftliche Organisierung, durchgesetzt. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind dementsprechend katastrophal.

Und die Arbeiterinnen sehen, daß sie dies nur durch ihre Organisierung ändern können.

Zwei Beispiele für diese typische Situation:

Textilfabrik Yarnolds in Wolverhampton:

Der offizielle Streik der vierzig asiatischen und weißen Frauen endete im Mai nach zwanzig (!) Wochen in einer Niederlage. Sie kämpften um Gewerkschaftsanerkennung, um die Weitereinstellung ihrer zwei Shop Stewards (entspricht etwa unseren Vertrauensleuten) und letztlich um alle ihre Jobs. Sie standen einem besonders harten Kapitalisten gegenüber, der z.B. die Güterbelieferung trotz Streikposten aufrechterhalten konnte, indem er eine nicht gewerkschaftlich organisierte Transportfirma benutzte.

Er versprach Streikbrecherinnen in der Fabrik 6 Pfund extra, was ihren Lohn auf 19 Pfund pro Woche (105 Pfund) bringt.

Die Arbeiterinnen hatten mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen:

Kollegen, die sie nicht unterstützten, Familienverpflichtungen, starke Pflichten als Streikposten (neun Stunden am Tag).

Aber das größte Problem war der Mangel an Gewerkschafts- und Kampferfahrung angesichts einer bürgerlichen Gewerkschaftsführung (der TGWU). Denn diese lehrte sie nicht, wie sie wirksam kämpfen müssen, z.B. ein Streikkomitee, eine wirksame Güterblockade und mehr Unterstützung in lokalen Betrieben zu organisieren.

Eine der Frauen sagte: **"Es ist schwierig gewesen für einige der verheirateten Frauen mit kleinen Kindern. Ihre Männer meinten, daß wenn sie im Streik sind, sie ja Zeit hätten, zu Hause zu bleiben und auf die Kinder aufzupassen. Aber einige Ehemänner und Söhne standen mit uns als Streikposten!"**

"Wir hatten immer Angst vor den Bossen gehabt", sagte eine andere Frau, **"aber seit wir zusammen kämpfen, haben wir keine Angst mehr. Ob wir gewinnen oder verlieren, es wird nicht mehr das gleiche drinnen sein."**

Hampton Stampings in Birmingham.

Die Arbeiterinnen gewannen einen sechswöchigen Streik um Gewerkschaftsanerkennung.

Die Löhne sind im Durchschnitt 15 Pfund für 30 Stunden (82,50 DM) und 17 Pfund für 40 Stunden für Pressenbedienerinnen. Die Löhne sind von Woche zu Woche und von Arbeiterin zu Arbeiterin verschieden. Wenn eine Maschine kaputtgeht, gibt es keine Bezahlung.

Kolleginnen begannen sich heimlich gewerkschaftlich in der AUEW (Metall) zu organisieren. Daraufhin wurde eine Kollegin wegen *"Unpünktlichkeit"* etc. rausgeworfen und neun weitere arbeitslos gemacht.

22 AUEW-Mitglieder traten in Streik, und nach sechs Wochen, in denen erfolgreiche Streikposten und viel Unterstützung örtlicher Gewerkschafter organisiert wurden, siegten sie:

Sie erreichten die Gewerkschaftsanerkennung und die Wiedereinstellung der neun Kolleginnen und eine geldliche Entschädigung für die erste entlassene Kollegin.

In diesem Streik wurde deutlich: Der Sieg stand und fiel mit der moralischen, finanziellen und praktischen (z.B. als Streikposten) Unterstützung durch Arbeiter und Arbeiterinnen anderer lokaler Betriebe.

Frauen unterstützen den Streik der Ehemänner

Frauen kämpfen nicht nur als Arbeiterinnen, sondern spielen auch eine wichtige Rolle, wenn ihre **Ehemänner im Streik** sind.

So machte zum Beispiel bei dem letzten Streik der **Chrysler-Arbeiter (Ende Mai 1975) in Coventry** eine Gruppe von *"Chrysler-Ehefrauen gegen den Streik"* Schlagzeilen in der Presse und Sprechzeiten im Radio.

Die Gruppe der Frauen, die die Chrysler-Arbeiter in ihrem Streik unterstützten und dafür demonstrierten, unter anderem mit der Parole: **"Der Kampf unserer Männer ist auch unser Kampf"**, fand natürlich weniger Publizität.

Der Streik der Chrysler-Arbeiter um 15 Pfund mehr Lohn mußte ohnehin gegenüber massiven Appellen seitens der Regierung und der Hetze in den Medien standhalten – die Firma Chrysler drohte, die gesamte Produktion aus Großbritannien abzuziehen – und wurde nun auch durch die "Anti-Streik-Frauen" geschwächt.

Eine der Frauen, die den Streik unterstützten, sagte, daß viele Arbeiter gar nicht mit ihren Frauen über den Streik sprechen, daß viele Frauen keine eigenen Erfahrungen von Arbeitskämpfen haben und so auf die Seite der Bosse gezogen werden können.

Sie unterstrich die Notwendigkeit, daß sie aktiv ihre Unterstützung des Streiks zeigen und erklären müssen, zum Beispiel auf Massenversammlungen, um eine solche Spaltung zu verhindern.

Immer mehr werktätige Frauen beginnen zu kämpfen und sich gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren. Aber diese Frauen haben viele Hindernisse zu überwinden:

Ihre häuslichen und Familienpflichten, die in der bürgerlichen Ideologie immer noch als die Hauptaufgabe der Frau hingestellt werden, verhindern oft oder erschweren praktisch ihre aktive Beteiligung.

Allein schon das Problem, daß Gewerkschaftsversammlungen nach der Arbeitszeit und ohne Kinderkrippe stattfinden! Und sie können längst nicht immer auf die Unterstützung ihrer Ehemänner rechnen, die noch so oft das Bild haben von der "Frau im Heim", die Ehemann und Kinder bedient, die politisch unmündig ist und nicht zum kämpfen taugt.

Die Unerfahrenheit vieler Frauen in Arbeitskämpfen und gewerkschaftlicher Organisierung ist ein weiteres schweres Hindernis. Und dann können sich die Arbeiterinnen nicht auf die Gewerkschaftsführung verlassen; die müssen sie selbst überwinden mit der Solidarität und Hilfe ihrer männlichen Kollegen.

In der gegenwärtigen Krise des englischen Kapitalismus wollen die Kapitalisten die Frauen und die Männer verstärkt gegeneinander ausspielen.

Die Frauen sind oft die ersten, die arbeitslos werden, oft mit der heuchlerischen Begründung, daß sie ohnehin nur "dazu" verdienen, obwohl der Lohnanteil der Frau in den allermeisten Fällen notwendig für die Existenz der Arbeiterfamilie ist.

Die Löhne der Frauen werden gedrückt und in kleinen Firmen, bei Hausfrauenschichten und Halbtagsarbeit unterliegen sie besonders unterdrückerischen Bedingungen.

Die Preise steigen rasend (22 % Inflation), das heißt die Haushaltsführung bedeutet noch mehr Arbeit für die Frauen. Die öffentlichen Ausgaben werden drastisch gekürzt, was zum Beispiel die Kindergärten und -krippen betrifft.

Das ist die Realität, die nicht viel mit den Festreden zum "Internationalen Jahr der Frau" zu tun hat.

Mehr werktätige Frauen erkennen, daß sie nichts geschenkt kriegen, was ihre Unterdrückung im Kapitalismus verändert, sondern daß sie dafür als Teil der Arbeiterklasse kämpfen müssen. Und sie tun es.

–G., Zur Zeit in England–

Dem Konsum erlegen?

Kritik an einer bürgerlichen Theorie über die Arbeiterklasse

Stirbt Deutschland aus? fragt sich die Arbeitsgruppe Frauen des Kommunistischen Bundes (Nord) in der Zeitung "Arbeiterkampf".

Die Frauen im KB (Nord) haben untersucht, warum ihresgleichen immer weniger Kinder kriegen. Sie erklären sich das so:

"Der Geburtenrückgang hat wohl zum Teil seine Ursache darin, daß seit Mitte der 60er Jahre die Angehörigen der zahlenmäßig schwachen Geburtenjahrgänge aus den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren ins Heiratsalter gekommen sind. Dafür, daß der Geburtenrückgang weiter anhalten wird, sprechen aber folgende Bedingungen:

Durch die kapitalistische 'konsumorientierte' Gesellschaft wird den Menschen ein durch 'Prestige'-Denken bestimmtes Sozialverhalten aufgezwungen. Durch die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und die steigenden Ausgaben für den Unterhalt der Kinder wird es unter diesen Umständen für viele Familien unmöglich, sich mehrere Kinder zu leisten, wenn sie nicht auf einen großen Teil ihrer Konsumwünsche verzichten wollen."

So ist das also: Da jagt der Arbeiter aus der Fabrik, zum nächsten Autohändler, wo ein neuer Ford-Capri gekauft wird, und anschließend ins Pelzfachgeschäft, einen Persianer für seine Frau, dann trifft er sie und ab in den Feinkostladen, Kaviar fürs Wochenende bestellt, anschließend auf den Bauplatz und am zweiten Einfamilienhaus gearbeitet. Damit er alles schafft, macht er auch noch Überstunden. Bei alledem hat unser Arbeiter natürlich keine Zeit mehr, an Kinder zu denken, besonders heutzutage, wo er keine Überstunden mehr machen darf. So stellen sich die KB-Frauen das Leben der Arbeiter im Kapitalismus vor.

Konsumwünsche haben die Arbeiter also, von denen sie nicht ablassen können, auch wenn die Zeiten schlechter werden. Sie unterliegen dem Konsumterror der Kapitalisten. "Die Schuld geben die Kapitalisten den Ehepaaren", so sagt der Arbeiterkampf, "denen mehr an beruflicher Karriere, Farbfernseher, Auto, Wohnungseinrichtung, Hobby und Ferien liegt als an Kindern." Aber der "Arbeiterkampf" stellt sich schützend vor diese Ehepaare. Nicht ihre Schuld sei es, sagt er, sondern die Schuld des Kapitalismus, der das "Prestige-Denken" hervorbringt. Eine wahrhaft reaktionäre Vorstellung von der Arbeiterklasse haben die Frauen im KB-Nord: Der stumpfsinnige Arbeiter, der an der Maschine steht und wenn er aus der Fabrik kommt, dann kennt er nur noch eines: **Konsum!!!**

Fernsehen ist zum Beispiel dazu da, "um die Menschen in größerem Umfang zum 'Konsum' anzuregen". Die total manipulierte Gesellschaft, wo sich die Kapitalisten dadurch an der Herrschaft halten, daß sie die Arbeiter zum Konsum zwingen, und die Arbeiter so verblödet sind, daß sie keinen Gedanken mehr fassen können und dem Konsum völlig erlegen sind. Nicht die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist das Grundübel des Kapitalismus, sondern der Zwang zum Konsum.

Das ist auch die Ideologie des "progressiven" Christentums, das sich so den schwindenden Einfluß der Religion erklären wollte. Ganz genauso wie der Pfarrer Gebert, Kandidat der Gruppe Rote Fahne zu den Gemeinderatswahlen in Stuttgart, der als ein Verbrechen des Kapitalismus die Millionen Konsumidioten bezeichnete, womit er die Arbeiterklassen der kapitalistischen Länder meinte (Rote Fahne Nr. 14, erneut gerechtfertigt in Nr. 21). Schluß mit dem Konsumterror! fordern beide im Chor, befreit euch von dem Konsumzwang durch die Kapitalisten, rufen sie den Arbeitern zu, besinnt euch auf die eigentlichen Werte des Lebens.

Bürgerliche Theorien werden hier als kommunistisch ausgegeben, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nichts zu tun haben. Darin unterscheidet sich der KB (Nord) von den Arbeitern, die wissen, wie die Verhältnisse sind.

–d.b.–

Das Hohe Gericht

Das folgende Gedicht gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 hat die Zeitung der IG Metall, "Metall", in Nr. 14/1975 abgedruckt.

Das Hohe Gericht
voll Weisheit spricht:
Mein Wille sei!
Der deine nicht.
Am Anfang, da steht
Gottes Wort –
So geht es dann
die Jahre fort.
Der Storch, der bringt
die Kinderlein,
Die Kinder nach
der Mutter schrein,
Die Mutter geht zu AEG,
Am Abend tun die
Füße weh.
Das Bier ist warm,
der Vater brüllt,
Und Mutter schon den
nächsten stillt.
So rackert sie.
Spart jede Mark.
Und hofft im
stillen auf den Sarg:
Denn diese Erde ist
ein Segen,
Kann man sich endlich
drunter legen.
Es wäre doch besser,
oder nicht,
Sie säße hier mal
zu Gericht?

R. Gammel, Berlin

Jugendarbeitsschutzgesetz

Wenig Schutz und viele Löcher

Im § 10 des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) wird den Jugendlichen, die sich in der Berufsausbildung befinden, garantiert: "Die tägliche Arbeitszeit der Jugendlichen darf acht Stunden, die Wochenarbeitszeit der Jugendlichen unter 16 Jahren 40 Stunden, der Jugendlichen über 16 Jahre 44 Stunden nicht überschreiten."

Man sollte meinen, daß die Jugendlichen mit Hilfe dieser Vorschrift ein gutes Mittel in der Hand haben, sich gegenüber ihrem Meister bzw. Ausbilder zu wehren, wenn der sie zu Mehrarbeit, d.h. zu Überstunden, bewegen will, auf "freiwilliger Basis" versteht sich. Laut § 10 JArbSchG sind schließlich Überstunden für Jugendliche verboten.

Hintertür für die Kapitalisten ist der Paragraf 12

Nun wäre dieses Gesetz "zum Schutze der arbeitenden Jugend" aber kein Gesetz dieses bürgerlichen Staates, wenn es nicht für die Kapitalisten eine Hintertür offen ließe. Der § 12 (Überschrift: "Mehrarbeitsvergütung") ist die Hintertür, die sich die Kapitalisten in dieses Gesetz eingebaut haben: "*... ist den Jugendlichen für Mehrarbeit außer dem regelmäßigen Arbeitsentgelt ein Zuschlag von mindestens 25 % zu zahlen...*" Das heißt also: Eigentlich ist Überstundenarbeit für Jugendliche laut § 10 JArbSchG verboten, aber wenn doch, dann bitte, lieber Ausbilder, soll sie bezahlt werden. Die Kapitalisten können sich bei der Auspressung ihrer Lehrlinge guten Gewissens auf das Jugendarbeitsschutzgesetz berufen!

Gerade in der jetzigen Situation der Lehrstellenknappheit und Jugendarbeitslosigkeit setzen die Kapitalisten, insbesondere die kleinen Krauter, die sich in der Krise mit allen Mitteln über Wasser halten wollen, diesen § 12 JArbSchG rücksichtslos gegen die Arbeiterjugendlichen ein.

Während einer GEW-Versammlung erfuhr ich folgendes über die Gewerbeschule für Gaststätten- und Nahrungsmittelberufe in Hamburg: Dort ist die Zahl der Bäcker- und Fleischerlehrlinge seit Februar 1975 geradezu explodiert. Bei Fleischerlehrlingen stieg die Zahl der Berufsschüler von zwanzig im Jahr 1974 auf über hundert im Februar/März 1975. Weil keine neuen Lehrer eingestellt wurden, sitzen in den Klassen zwischen 36 und 40 Schüler! In den Ausbildungsbetrieben der Fleischerlehrlinge sieht es folgendermaßen aus: 53 % der Jugendlichen müssen über 44 Stunden pro Woche arbeiten, teilweise sogar über 50 Stunden! Ein Fünfzehnjähriger muß 12 Stunden täglich, 63 Stunden wöchentlich arbeiten, ein anderer Fünfzehnjähriger 11 Stunden täglich und 57 Stunden wöchentlich.

Der Ausbildungsvertrag ist eher ein Auslieferungsvertrag

Der Berufsschulunterricht wird von den Betrieben durchlöchert und unterlaufen, wo sie nur können: Einige Schüler müssen nach der Schule noch für einige Stunden in die Schlachterei. 45 % der Schüler müssen während des vier- bis fünfwöchigen Berufsschulblocks samstags arbeiten! Mucken die Jugendlichen dagegen auf, daß sie nach Strich und Faden ausgenutzt werden und daß der **Ausbildungsvertrag** eher ein **Auslieferungsvertrag** ist, sagt ihnen der Meister: "Du kannst gern gehen. Wir kriegen mit Leichtigkeit einen neuen Lehrling. Du sitzt aber dann ohne einen Pfennig auf der Straße!" So wirkt sich die Spaltung der Arbeiterjugend in Arbeitslose und Lehrstelleninhaber aus: Selbst die minimalsten Rechte des Jugendarbeitsschutzgesetzes werden den Lehrlingen mit Hinweis auf ihre arbeitslosen Kollegen entzogen! Mit dem § 12 des JArbSchG sind die Kapitalisten dabei auch noch rechtlich abgesichert, wenn sie die Überstunden bezahlen!

Die wesentliche Ursache für den üblen Charakter des geltenden Ausbildungssystems ist darin zu sehen, daß die Ausbildung der Arbeiterjugendlichen Privatsache der Kapitalisten ist.

Ob Jugendliche Lehrstellen kriegen, wieviele von ihnen ohne Ausbildungsplatz bleiben, wie sie ausgebildet werden – all das hängt von den Entscheidungen der Kapitalisten ab, die wiederum sich einzig und allein am Profit orientieren. Mit diesem "dualen" Berufsausbildungssystem muß Schluß gemacht werden. Es schadet den Interessen der Arbeiterklasse!

V.Hamburg



Lehrwerkstatt bei Ford

Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung

Gegenwärtig schießt die bürgerliche Presse aus allen Rohren gegen die Arbeitslosenversicherung und einzelne bürgerliche Politiker unternehmen Vorstöße, um den Boden zu bereiten für eine Erhöhung der Beiträge und für eine Verminderung der Leistungen.

Um damit durchzukommen, werden verschiedene Behauptungen in die Welt gesetzt, die über die Wirklichkeit Nebel legen und Uneinigkeit unter den Arbeitern stiften sollen.

1. "Daß Arbeitslosigkeit auch ein Makel sein könne", schreibt ein gewisser K.H. Fromme in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10.7., "ist den Leuten beharrlich aus-

Die monatlichen Durchschnittszahlungen an die Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld erhalten, lagen 1974 bei 860 DM, damit liegen sie um über 400 DM unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen. Wie soll eine Arbeiterfamilie mit 68 % eines Lohnes gut auskommen, von dem 100 % immer weniger ausreichen, um bei den davonlaufenden Preisen für Miete, Lebensmittel, Fahrpreise, Gas und Strom zurande zu kommen?

Die inzwischen schon über Hunderttausend, die mit einer "Arbeitslosenhilfe" abgespeist werden, kriegen sogar nur noch höchstens 58 %, wenn Angehörige zur Unterstützung verpflichtet sind noch weniger. 80 000 von ihnen sind jetzt schon über ein Jahr arbeitslos und von Arbeitslosengeld auf Arbeitslosenhilfe umgesetzt.

Die Verwaltung der den Versicherten gehörenden Rücklagen liegt also vollständig in den Händen der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates. Es sind nicht die Lohnabhängigen, die über die Verwendung der Gelder bestimmen und die festlegen, wer Mitglied ist, sondern darüber bestimmt die Bundesregierung durch gesetzliche Festlegungen wie das Arbeitsförderungsgesetz. Mit diesen Geldern wird auch der ganze Apparat unterhalten, mit dem die Arbeiter, wenn sie auf die Versicherung angewiesen sind, bevormundet und polizeimäßig schikaniert werden.

An der gegenwärtigen Pleite der Arbeitslosenversicherung können die Arbeiter genau studieren, was dabei herauskommt. Es ist nämlich keineswegs so, daß die Lohnabhängigen

mäßigen Arbeitsentgelt ein Zuschlag von mindestens 25 % zu zahlen..." Das heißt also: Eigentlich ist Überstundenarbeit für Jugendliche laut § 10 JArbSchG verboten, aber wenn doch, dann bitte, lieber Ausbilder, soll sie bezahlt werden. Die Kapitalisten können sich bei der Auspressung ihrer Lehrlinge guten Gewissens auf das Jugendarbeitsschutzgesetz berufen!

Gerade in der jetzigen Situation der Lehrstellenknappheit und Jugendarbeitslosigkeit setzen die Kapitalisten, insbesondere die kleinen Krauter, die sich in der Krise mit allen Mitteln über Wasser halten wollen, diesen § 12 JArbSchG rücksichtslos gegen die Arbeiterjugendlichen ein.

Während einer GEW-Versammlung erfuhr ich folgendes über die Gewerbeschule für Gaststätten- und Nahrungsmittelberufe in Hamburg: Dort ist die Zahl der Bäcker- und Fleischerlehrlinge seit Februar 1975 geradezu explodiert. Bei Fleischerlehrlingen stieg die Zahl der Berufs-

jugend in Arbeitslose und Lehrstelleninhaber aus: Selbst die minimalsten Rechte des Jugendarbeitsschutzgesetzes werden den Lehrlingen mit Hinweis auf ihre arbeitslosen Kollegen entzogen! Mit dem § 12 des JArbSchG sind die Kapitalisten dabei auch noch rechtlich abgesichert, wenn sie die Überstunden bezahlen!

Die wesentliche Ursache für den üblen Charakter des geltenden Ausbildungssystems ist darin zu sehen, daß die Ausbildung der Arbeiterjugendlichen Privatsache der Kapitalisten ist.

Ob Jugendliche Lehrstellen kriegen, wieviele von ihnen ohne Ausbildungsplatz bleiben, wie sie ausgebildet werden – all das hängt von den Entscheidungen der Kapitalisten ab, die wiederum sich einzig und allein am Profit orientieren. Mit diesem "dualen" Berufsausbildungssystem muß Schluß gemacht werden. Es schadet den Interessen der Arbeiterklasse!

V.Hamburg

Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung

Gegenwärtig schießt die bürgerliche Presse aus allen Rohren gegen die Arbeitslosenversicherung und einzelne bürgerliche Politiker unternehmen Vorstöße, um den Boden zu bereiten für eine Erhöhung der Beiträge und für eine Verminderung der Leistungen.

Um damit durchzukommen, werden verschiedene Behauptungen in die Welt gesetzt, die über die Wirklichkeit Nebel legen und Uneinigkeit unter den Arbeitern stiften sollen.

1. "*Daß Arbeitslosigkeit auch ein Makel sein könne*", schreibt ein gewisser K.H. Fromme in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10.7., "*ist den Leuten beharrlich ausgeredet worden, mit der Folge, daß es viele gibt, die mit untadeligem Gewissen alle Tätigkeiten ablehnen, welche nicht ganz der bisherigen entsprechen*". Als Zeugen für die Arbeitsscheu und die Drückebergerei der Arbeitslosen werden Bauunternehmer angeführt, die vergeblich nach Arbeitskräften suchen und keine finden.

Das ist ziemlich stark. Erst werden durch die Krise der kapitalistischen Profitwirtschaft über eine Million Werktätige aufs Pflaster geworfen, werden gezwungen, ihre Fähigkeiten brachliegen zu lassen und müssen zusehen, wie sie sich mit dem knappen Arbeitslosengeld über Wasser halten, und dann sollen sie sich auch noch den Hohn gefallen lassen. Wo waren denn diese Scharen von Drückebergern in der Hochkonjunktur? Warum haben sie da nicht von der Versicherung gelebt, wo das doch so herrlich ist? Wo sind denn jetzt die Arbeitsplätze für die Million, die danach sucht?

Wahrscheinlich ist dieser viel zitierte Bauunternehmer sowieso einer von denen, die die Gunst der Stunde genützt haben, um Arbeiter zu entlassen und sich vom Arbeitsamt neue Arbeitskräfte liefern zu lassen, die er billiger kriegt.

Zu recht hat da der Arbeiter ein "untadeliges Gewissen", der sich nicht darauf einläßt. Und er handelt nicht nur in seinem eigenen Interesse, er handelt auch im Interesse aller Arbeiter, wenn er sich weigert, als Lohndrücker anzutreten.

2. Die zweite Behauptung ist, daß es den Arbeitslosen zu gut ginge und daß sie sich mit den ungefähr 68 % von ihrem Nettolohn kaum einzuschränken brauchten. "*Viele von ihnen*", schreibt Fromme, "*empfinden die Arbeitslosigkeit als eine Art erfreulichen, weil erfreulich langen, aber prinzipiell begrenzten Sonderurlaub*". Ob sich Herr Fromme wohl trauen würde, diesen Spruch vor den Arbeitslosen im Frankfurter Arbeitsamt zu vertreten?

Die monatlichen Durchschnittszahlungen an die Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld erhalten, lagen 1974 bei 860 DM, damit liegen sie um über 400 DM unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen. Wie soll eine Arbeiterfamilie mit 68 % eines Lohnes gut auskommen, von dem 100 % immer weniger ausreichen, um bei den davonlaufenden Preisen für Miete, Lebensmittel, Fahrpreise, Gas und Strom zurande zu kommen?

Die inzwischen schon über Hunderttausend, die mit einer "Arbeitslosenhilfe" abgespeist werden, kriegen sogar nur noch höchstens 58 %, wenn Angehörige zur Unterstützung verpflichtet sind noch weniger. 80 000 von ihnen sind jetzt schon über ein Jahr arbeitslos und von Arbeitslosengeld auf Arbeitslosenhilfe umgesetzt. 221 160 der gegenwärtig arbeitslos Gemeldeten bekommen überhaupt nichts.

3. Schließlich wird behauptet, die Arbeitslosen seien Schmarotzer, die auf Kosten der Allgemeinheit, auf Kosten der Staatskasse leben wollten. Über 7 Milliarden müßte allein in diesem Jahr der Staat für die Arbeitslosen an Zuschüssen zahlen. Gleichzeitig werden dabei die von den Kapitalisten in die Versicherung einbezahlten Beträge als "Vergünstigungen" behandelt, die die Kapitalisten auf den Lohn draufbezahlen würden.

In Wirklichkeit handelt es sich sowohl bei den 2 % vom Nettolohn, den jetzt die Lohnabhängigen zahlen müssen, als auch bei dem entsprechenden "Arbeitgeberanteil" um einen Teil des Lohnes. Es handelt sich wie bei allen Versicherungsbeträgen **um den Teil des Lohnes, den die Arbeiterklasse in Reserve legen muß, um im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfällen und Invalidität überhaupt ihre Existenz fristen zu können.**

Gegenwärtig bezahlen die Kapitalisten diesen Teil des Lohnes aber so, daß sie damit auf vielfältige Art Spaltung betreiben und die Lohnabhängigen schikanieren können. Dadurch, daß sie nur die Hälfte des Versicherungsbeitrages direkt an die Kasse abführen und den anderen Teil vom ausbezahlten Teil des Lohnes abziehen, legen sie es darauf an, unter den Lohnabhängigen Streit zu stiften, ob es nötig ist, so und soviel in die Versicherung zu zahlen oder nicht. Gleichzeitig haben sich die Kapitalisten mit dem Hinweis auf die von ihnen direkt gezahlten Anteile das Recht genommen, sich in die "Selbstverwaltungsgremien" der Versicherung zu setzen, wo sie mit den Staatsvertretern dann über jeweils ein Drittel der Stimmen verfügen und damit über die Mehrheit gegenüber dem Drittel der Gewerkschaftsvertreter.

Die Verwaltung der den Versicherten gehörenden Rücklagen liegt also vollständig in den Händen der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates. Es sind nicht die Lohnabhängigen, die über die Verwendung der Gelder bestimmen und die festlegen, wer Mitglied ist, sondern darüber bestimmt die Bundesregierung durch gesetzliche Festlegungen wie das Arbeitsförderungsgesetz. Mit diesen Geldern wird auch der ganze Apparat unterhalten, mit dem die Arbeiter, wenn sie auf die Versicherung angewiesen sind, bevormundet und polizeimäßig schikaniert werden.

An der gegenwärtigen Pleite der Arbeitslosenversicherung können die Arbeiter genau studieren, was dabei herauskommt. Es ist nämlich keineswegs so, daß die Lohnabhängigen jetzt auf 7 Milliarden aus der Staatskasse angewiesen sind, weil zuwenig von ihrem Lohn für den Fall der Arbeitslosigkeit zurückgelegt worden ist.

Milliarden an die Kapitalisten und in die Staatskasse geflossen

Über Jahrzehnte hinweg hat die Arbeitslosenversicherung Milliarden an Beiträgen angesammelt. 24 Milliarden allein in den Jahren 1970 bis 1974. Davon wurden für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Kurzarbeitergeld überhaupt nur 10 Milliarden ausgezahlt. Knapp 5 Milliarden für Unterhaltsgeld bei Umschulung, Weiterbildung usw. Selbst 1974 bei durchschnittlich 582 000 Arbeitslosen standen einem Beitragsaufkommen von 6,4 Milliarden nur 4,4 Milliarden an Leistungen für Arbeitslose und Kurzarbeiter und 1,4 Milliarden an Unterhaltsgeld gegenüber. Fragt sich, was mit den restlichen 9 Milliarden allein für 1970 bis 1974 und mit den Reserven der Vorjahre geschehen ist. Darüber liest man in der bürgerlichen Presse nichts.

Wenn man die Verwaltungskosten in Milliardenhöhe für den aufgeblähten Apparat abzieht, sind diese Milliarden nämlich entweder in die Taschen der Kapitalisten geschaufelt oder in die Staatskasse vereinnahmt worden, als ob es sich um Steuereinnahmen handeln würde.

So wurden zum Beispiel nach dem Arbeitsförderungsgesetz 1973 allein 1,5 Milliarden zur "*Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen*" an die Kapitalisten vergeben, zum Beispiel an Bauunternehmer, die sich riesige Abdeckplanen und andere Ausrüstungen kaufen, um auch bei Frost bauen lassen zu können.

"Wirtschaftskredite", die dann meist in Zuschüsse verwandelt wurden, gab es in Milliardenhöhe an die Bundesbahn, die Post, und "Umstrukturierungshilfen" für den Steinkohlebergbau.



Wir lassen uns nicht unterkriegen

Bericht über die Ausbildung im Hotelgewerbe

Ich bin als kaufmännischer Auszubildender in einem Düsseldorfer Hotel beschäftigt. Die Tätigkeiten, die ich bisher verrichten mußte, entsprechen keineswegs einer kaufmännischen Ausbildung. Diese Tatsache betrifft nicht nur mich, sondern auch alle anderen Auszubildenden.

Meine Ausbildungszeit begann mit dem Einsatz im Service (Restaurant). Die Tätigkeiten, die hier verrichtet werden müssen, bestehen unter anderem aus regelmäßigem Silberputzen und Staubsaugen. Die Ausbildungszeit im Service ist durch ständige Arbeitshetze gekennzeichnet. Das heißt, man ist als Auszubildender nicht zum Lernen da, sondern zum Arbeiten.

Im zweiten Ausbildungsbereich, Reception (Empfang), kommt die Ausbeutung noch krasser zum Ausdruck. Hier spart der Inhaber des Hotels einen Pagen ein, indem er die Auszubildenden die Koffer tragen läßt. Das Koffertragen nimmt achtzig Prozent des gesamten Arbeitstages in Anspruch. Von kaufmännischer Ausbildung ist hier nichts mehr zu spüren.

Ein weiterer Mißstand ist das Personalessen. Es kommt vor, daß einige Nahrungsmittel, die aus dem Restaurant zurückkommen, für das Personalessen verwendet werden. Dafür werden [illegible]ch jedem 180 DM im Monat abgezogen.

Zudem müssen alle Angestellten das Essen am Arbeitsplatz einnehmen, da kein Pausenraum oder Essensraum vorhanden ist.

Als letzten wichtigen Punkt möchte ich die Arbeitszeit nennen. Im Service leistet der Auszubildende regelmäßig Schichtdienst. Der Dienst beginnt um 7.30 Uhr und endet meist gegen 22 Uhr. Dazwischen liegt eine fünf- bis sechsstündige Ruhepause, in der man sich ausruht, um am Abend für den Dienst fit zu sein. Mit Freizeit hat das nichts zu tun. Die Überstunden, die man bei diesem Dienst erreicht, werden nicht bezahlt, sondern verrechnet: An Tagen, an denen weniger zu tun ist, wird man früher nach Hause geschickt, und diese Stunden werden danach von den Überstunden abgezogen.

Im Kampf gegen diese Ausbeutung haben sich alle kaufmännischen Auszubildenden zusammengeschlossen. Um die Mißstände zu beseitigen, haben wir folgende Forderungen aufgestellt:

1. Wegfall aller ausbildungsfremden Tätigkeiten;
2. Stopp mit der Arbeitshetze;
3. Qualitativ besseres Personalessen;
4. Stopp mit dem Freizeitraub;
5. Vergütung aller Überstunden in Form von freien Tagen.

Als wir kaufmännischen Auszubildenden gemeinsam mit dem Inhaber über die Mißstände reden wollten, lehnte dieser die Unterredung ab. Er legte jedem von uns die Kündigung nahe, die er aber nicht aufrechterhalten konnte. Wir lassen uns aber durch diese Einschüchterungstaktik nicht irritieren und werden unter den oben genannten Forderungen weiterkämpfen.

A., Kommunistische Gruppe Düsseldorf

Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, ein Beispiel

Ein Revisionsprozeß vor dem Obersten Gericht wegen Bestechung

Seit der Rückeroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie schreitet in der Sowjetunion die Restauration des Kapitalismus mit großen Schritten voran. Die verschiedenen "Wirtschaftsreformen" haben den Profit als Hauptantriebskraft der Produktion und des Handels wiederhergestellt. Aus diesen Profiten bereichert sich die herrschende bürokratische Monopolbourgeoisie immer hemmungsloser. Dies ist ihre legale Bereicherungsquelle. Im Drang sich zu bereichern haben die Angehörigen der bürokratischen Monopolbourgeoisie weitere Quellen entdeckt: Es sind dies Unterschlagung, Betrug und Bestechung.

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet über einen Revisionsprozeß vor dem Obersten Gericht der russischen Föderation (RSFSR) gegen den Schweizer Staatsbürger Walter Haefelin und den Sowjetbürger Juri Sosnowski, Generaldirektor des sowjetischen Staatsunternehmens "Sojuskomplektmebjel".

Haefelin war bei der illegalen Einfuhr von 45 000 Rubeln erwischt worden. Diese 45 000 Rubel waren für den Sowjetbürger Juri Sosnowski als Bestechungsgelder gedacht gewesen. Sie sollten der Schweizer Firma Möbelprojekta einen weiteren fetten Auftrag sichern und bildeten einen Teil umfangreicher Schmiergelder, die Sosnowski bereits erhalten hatte.

Auch in der Revision wurden die früheren Urteile bestätigt: zehn Jahre verschärfte Zwangsarbeit gegen den Schweizer Haefelin und Todesurteil gegen den Generaldirektor.

Nun könnte man denken, daß diese Urteile zeigen, wie der Staat in der Sowjetunion mit allen Mitteln illegale Bereicherungen verfolgt und bekämpft, wie er einen strengen Trennungsstrich zwischen dem legalen und dem illegalen Profitstreben der neuen Bourgeoisie zieht. Aber wenn man den Prozeß näher anschaut, beweisen das die Urteile keineswegs. Die eigentlichen nachweislichen Urheber der aktiven Bestechung, der Hauptanteilseigner der Schweizer Firma und ein österreichischer Vermittler, wurden nämlich nicht belangt, reisen in der Zwischenzeit weiter in der Sowjetunion herum und tätigen weitere Geschäfte. So hat der Chef der Schweizer Möbelprojekta Egli und Initiator der aktiven Bestechung des Sosnowski inzwischen mit dem Moskauer Außenhandelsministerium einen weiteren Vertrag über die Lieferung von Waschmaschinen in der Höhe von 70 Millionen Franken abgeschlossen. Naheliegt, daß besagter Egli mit Hilfe der sowjetischen Justiz seinen Mitinhaber ausschalten ließ, wie auf der anderen Seite Sosnowski von Konkurrenten um die dicken Bestechungsgelder ausgeschaltet wurde.

Nur zwei Fische aus einem trüben Teich

„Der Berichterstatter der "Neuen Zürcher Zeitung", der bei dem Prozeß anwesend war, schreibt: Während der Verhandlungspause habe er zusammen mit einem Vertreter der Schweizer Botschaft Gelegenheit gehabt, einige Worte mit dem Staatsanwalt und den beiden Verteidigern zu wechseln. "Die Frage, weshalb man denn nur Haefelin verurteilt habe und die anderen ausländischen Beteiligten laufen lasse, wurde mit einem unbestimmten Schulterzucken beantwortet. Der Staatsanwalt erwähnte immerhin, daß das sowjetische Gesetz es erlaube, Mitbeteiligten eines Deliktes unter bestimmten Umständen Straffreiheit zu garantieren. Welches diese Umstände sind und welcher Paragraph dabei in Frage kommt, wußte er allerdings nicht zu sagen." (Neue Zürcher Zeitung, 5.7.1975)

Anschließend stellt der Berichterstatter der "Neuen Zürcher Zeitung" fest: "Obschon es einerseits an ihrer Schuld, die sie im großen und ganzen eingestanden haben, nichts zu rütteln gibt, muß man andererseits doch feststellen, daß in dieser Sache gegenüber den verschiedenen Beteiligten bei der Anwendung des sowjetischen Gesetzes mit höchst unterschiedlichen Ellen gemessen worden ist. Der Eindruck bleibt, daß man aus einem trüben Teich nur zwei Fische herausgegriffen hat, die anderen aber – aus welchen Gründen auch immer – ungehindert weiterschwimmen und Geschäfte treiben läßt, auf die der Sowjetstaat offenbar trotz dem anrüchigen Hintergrund nicht verzichten will."

Daß in diesem Prozeß nur zwei Fische aus einem trüben Teich herausgegriffen werden sollten, während der trübe Teich keineswegs trockengelegt werden sollte, dafür spricht auch, daß die beiden Angeklagten an der Verhandlung nicht teilnehmen durften. Sie hätten andere mithineinziehen können.

An diesem Prozeß und den zugrundeliegenden Tatsachen zeigt sich manches: Es zeigt sich, daß auf Grundlage der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ein Teil der Angehörigen der bürokratischen Monopolbourgeoisie sich nicht mit den legalen Profiten zufriedengeben will, sondern in seinem Bereicherungsdrang zu illegalen Methoden greift. "Neben dem Ergattern von Rubeln durch 'Prämien' und andere 'legitime' Mittel mißbrauchen die Leiter mehrerer Geschäfte ihre Position und Macht, um durch illegale Mittel wie Spekulation, Unterschlagung und Diebstahl viel Geld in ihre Taschen fließen zu lassen. Die sowjetische Zeitung 'Trud' berichtete im Januar 1975, daß der Direktor des Geschäftes 'Tadshikistan' in Moskau seinem Kassenchef 'ganz offen' mitteilte, sie müßten 'einiges Geld aus dem Wareneinkauf herausholen oder durch betrügerisches Herabsetzen des Qualitätsgrades der Waren, wie sie in den Rechnungen aufgezählt sind, oder durch Bestechung der Qualitätsinspektoren'. Durch den Wiederverkauf von Seidenstoffen zu hohen Preisen, durch Schiebereien mit Devisen und Importwaren auf dem schwarzen Markt konnte dieser Direktor zwei Millionen Rubel, 40 Kilo Gold und andere Werte an sich bringen." (Peking Rundschau 25, S. 17f.) Der verurteilte Generaldirektor Sosnowski bildet also keine Ausnahme.

Schon unterhalb der Normen eines normalen kapitalistischen Systems

Es zeigt sich, daß die bürokratische Monopolbourgeoisie in der revisionistisch entarteten KPdSU ihre Brutkasten hat. Sosnowski war selbstverständlich Parteimitglied und der Anwalt Sosnowskis wies "auf die allseits anerkannte Tüchtigkeit seines Mandanten hin".

Es zeigt sich, daß auf Grundlage der Restauration des Kapitalismus die Sowjetunion zum Tummelplatz von ausländischen kapitalistischen Hechten geworden ist, die sich, sofern sie eine gewisse Größe und Bedeutung erlangt haben, frei und ungeschoren bereichern können. Durch ihre Praktiken werden diese ausländischen Kapitalisten zu vorwärtstreibenden Agenten der weiteren Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion.

Es zeigt sich, daß das Außenhandelsmonopol des Staates in der Sowjetunion in dem Maß unterlaufen wird, wie der Kapitalismus restauriert wird, das Profitstreben zum Motor geworden ist mit all seinen Tugenden der Spekulation und Bestechung.

Es zeigt sich, daß die Justiz, auch wenn sie an der einen oder anderen Stelle einen über die Klinge springen läßt, der es allzu wild getrieben hat und keine mächtigen Gönner besitzt, nicht länger die unbestechliche Verfolgerin der Wirtschaftsverbrechen ist, sondern mit verschiedenen Ellen mißt. Die Justiz wird zum Instrument des Konkurrenzkampfes innerhalb der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion und ihrer Geschäftspartner im Ausland.

Es zeigt sich, daß angesichts solcher Verhältnisse ein Schweizer Journalist längst jeden Anlaß verloren hat, die antikapitalistische Strenge des Sowjetstaates zu beklagen, vielmehr an den Praktiken und Methoden einer Wirtschaftsordnung und eines Staates Anstoß nimmt, weil sie schon unterhalb der Normen eines normalen kapitalistischen Systems und eines üblichen bürgerlichen Staates liegen.

All dies kann man aus dem Bericht eines bürgerlichen Journalisten über die heutige Sowjetunion erfahren. Nicht erfahren kann man aus diesem Bericht, daß die Restauration des Kapitalismus für die Arbeiterklasse Ausbeutung und erneute Unterdrückung bedeutet. Denn das wird in allen kapitalistischen Ländern als normal und nicht berichtenswert gefunden.

–J.S.–

Forts.: Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung



Warten auf dem Westberliner Arbeitsamt

Ein besonderer Skandal sind die sogenannten Eingliederungsbeihilfen oder die Einarbeitungszuschüsse. Für einen Arbeiter, der nach erfolgter Umschulung einen Arbeitsplatz erhält, übernimmt das Arbeitsamt nämlich bis zu 60 % des Lohnes. Sogar bis zu zwei Jahren.

120 % der Lohnkosten kriegt der Kapitalist, wenn er durch Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen Arbeitslose einstellt. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BfA), Stingl, mußte zugeben, daß dieses "Arbeitsbeschaffungsprogramm" *"in der Weise mißbraucht werden kann, daß beispielsweise ein Bauunternehmer zunächst Mitarbeiter entläßt, um sie dann als Arbeitslose zu beschäftigen"*. (Frankfurter Rundschau, 15.1.75)

Jetzt, wo die Krise über eine Million Arbeiter auf die Straße gesetzt hat und die Arbeiterklasse auf ihre Reserven angewiesen ist, schreien die Diebe, die Kasse sei leer und fordern von den Lohnabhängigen, draufzuzahlen oder mit weniger sich abzufinden. Die Lohnabhängigen können daraus nur lernen, daß man Dieben nicht die Kasse überlassen kann.

Das Programm der Bourgeoisie: Das Arbeitsamt als Organisator der Lohndrückerei

Das Programm, das die Bourgeoisie jetzt durchsetzen will, besteht darin, über die Arbeitsämter direkt die Lohndrückerei zu organisieren, die polizeimäßige Bevormundung und Kontrolle der Arbeiter auszubauen und die Leistungen zu kürzen.

Nach den Parlamentsferien will das Bundesarbeitsministerium dem Parlament eine Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz vorlegen, mit der, so die "Zeit" vom 11.7., *"die Stingl-Behörde besser davor geschützt werden soll, Arbeitsscheue durchzuschleppen"*. Danach sollen die Bestimmungen über die "Zumutbarkeit" einer vom Arbeitsamt angebotenen Arbeit verschärft werden. Wer eine für "zumutbar" erklärte Arbeit nicht antreten will, kriegt eine Sperrzeit von vier Wochen, das heißt kein Geld, und beim zweiten Mal kriegt er überhaupt nichts mehr.

Mit der neuen Vorlage soll, so der Ministerialdirektor Baden, der Arbeitslose *"flexibler werden in seiner Beschäftigungsbereitschaft"*. Man müsse dem Arbeiter *"klar machen, daß es auch mal nach unten gehen kann"*.

Der Präsident der Bundesanstalt, Stingl, hat denn auch noch mal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch nach den jetzt bestehenden Bestimmungen jede Arbeit als "zumutbar" betrachtet werden muß, die nach einem Tarif bezahlt wird.

Mit anderen Worten, wenn der Kapitalist dem Arbeitslosen eine Arbeit anbietet, ohne die in seinem Betrieb üblichen außertariflichen Zulagen, darf er nicht ablehnen. Der Kapitalist kriegt also freie Hand, durch die Einstellung von Arbeitslosen sich eine Bresche zu schlagen, um überhaupt die Löhne in seinem Betrieb herunterzudrücken.

Von nichts anderem redet auch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg, wenn es feststellt daß jetzt gerade unter den jüngeren Arbeitern und den ungelernten und angelernten Arbeitern, also dem Gros der Arbeitslosen, *"eine relativ hohe Konzessionsbereitschaft vorhanden"* sei. Was soll der Arbeiter alleine machen, der von dem bißchen Arbeitslosengeld nicht leben kann?

Verstärkte polizeimäßige Kontrolle über die Arbeitslosen

Damit die Lohndrückerei und der Einsatz von Arbeitslosen als Streikbrecher besser funktioniert, haben sich die Arbeitsämter schon einiges ausgedacht, um die Arbeiter noch mehr unter Kontrolle zu kriegen. In Mönchengladbach zum Beispiel haben sich Beamte vom Arbeitsamt bei einem Bauunternehmer hinter die Tür gesetzt, um Arbeitslose bei der Vorstellung zu beschnüffeln. Gelobt wird von den bürgerlichen Kommentatoren auch das Beispiel des Westberliner Arbeitsamtes, das sich von den Kapitalisten bei Entlassungen genau Angaben über die Gründe seiner Unzufriedenheit auf einem Fragebogen angeben ließ. Der Arbeiter, der häufiger krank war, muß damit rechnen, als "arbeitsscheu" taxiert zu werden.

Der Vizepräsident Neumann vom Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen hat gegenüber dem Handelsblatt vom 14. Juli bedauert, daß es der "Arbeitsverwaltung" *"vielfach an der Möglichkeit"* fehle, *"die Arbeitswilligkeit eines Arbeitslosen zu prüfen, da keine Stellenangebote zur Verfügung stünden und dem Arbeitsamt die Angabe fiktiver Angebote zu "Testzwecken" verboten sei."*

Einhellig kritisieren dieselben Kommentatoren jetzt auch, daß über die Arbeitslosenversicherung Umschulungsmaßnahmen finanziert werden. Dazu seien die Versicherungsbeiträge nicht da. Das ist richtig. Diese Umschulungs- und Ausbildungskosten hat der Staat, der die Arbeitslosenversicherung unter seiner Fuchtel hat, durch das Arbeitsförderungsgesetz gegen den Willen der Gewerkschaften übrigens den Lohnabhängigen aufgehalst. Damit konnte er die Personalkosten der Kapitalisten und die Staatskassen schonen. Davon ist natürlich bei den bürgerlichen Kommentatoren nicht die Rede.

Unter welchen Forderungen können sich die Arbeiter gegen diese Angriffe wehren?

Das Ziel der Kapitalistenklasse ist, die Arbeitslosen in ein Heer von Lohndrückern und Streikbrechern zu verwandeln, um jeden Widerstand in den Betrieben gegen die Verschärfung der Ausbeutung brechen zu können. Dem dient die gegenwärtige Hetze und die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung.

Will man sich gegen den Angriff der Kapitalisten wehren, muß man darüber Klarheit gewinnen, welche Forderungen im Interesse aller Arbeiter liegen, wofür in dieser Frage eine Einheit hergestellt werden kann.

Notwendig ist eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 80 %, damit kein Arbeitsloser gezwungen ist, sich als Lohndrücker zu verkaufen. Ein solches Arbeitslosengeld muß dabei für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit bezahlt werden. Denn gerade die, die jetzt nach einem Jahr Arbeitslosigkeit mit Arbeitslosenhilfe abgespeist werden, sind noch viel mehr den Kapitalisten ausgeliefert.

Notwendig ist, daß ausschließlich die Lohnabhängigen selbst über die Verwaltung und Verwendung ihrer Gelder bestimmen. Da wird es weder vorkommen, daß der Staat oder die Kapitalisten ihnen in die Kasse greifen, noch wird es vorkommen, daß Beamte einen Arbeitslosen schikanieren.

Notwendig ist, daß die Versicherungsbeiträge allesamt direkt von den Kapitalisten in die Versicherungskasse einbezahlt werden.

Nur so kann die Versicherung aus einem Instrument der Spaltung und Gängelung in der Hand der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates in ein Mittel der Einheit gegen die Kapitalistenklasse verwandelt werden. Arbeiter in Arbeit und Arbeitslose werden gemeinsam dafür kämpfen können, daß die Kapitalisten genügend Beiträge in die Versicherung einzahlen und es wird sich kein Widerspruch darüber entwickeln, ob die Beiträge erhöht werden sollen oder nicht.

–h.v.–



Bochum: Bei der Straßenagitation für einen Volksentscheid gegen den § 218

Konsequenz ist nötig

Zu einem Artikel in "Metall" zum Paragraf 218

Anke Fuchs, Mitglied des IGM-Hauptvorstandes, hat sich in der Zeitung "Metall" Nr. 13 zum § 218 geäußert. Zum ersten drückt A. Fuchs aus, daß sie nach wie vor für die Fristenlösung eintritt und diese Durchsetzung weiterhin Ziel der Gewerkschaftspolitik sein müsse. Damit stellt sie sich auf die Position, die viele Gewerkschaftskollegen vertreten und auch schon in Erklärungen und Aktivitäten zum Ausdruck gebracht haben, nämlich, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht hingenommen werden darf, daß es nicht den Interessen der Bevölkerung entspricht.

Weiter schreibt Anke Fuchs, daß es *"unmöglich ist, weiter mit dem alten § 218 zu leben"*. Damit hat sie völlig Recht, bedeutet doch der § 218, daß jährlich Hunderttausende von Menschen in die Illegalität getrieben werden und Zehntausende von Frauen Kurpfuschern und ähnlichen Halsabschneidern ausgesetzt sind.

Der § 218, der alle die Frauen, die durch die Verhältnisse gezwungen werden, eine Abtreibung vornehmen zu lassen und der diejenigen, die ihnen dabei helfen, unter Strafe stellt, ist allerdings ein Paragraf, mit dem es unmöglich ist, zu leben.

Seit über hundert Jahren wird der Kampf gegen diesen Paragraf geführt und auch die Gewerkschaftsorganisationen sind stets gegen ihn aufgetreten.

So richtig wie die Argumente sind, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht hingenommen werden darf und daß mit dem alten § 218 nicht zu leben ist, so kommt man doch nicht weiter im Kampf gegen den § 218, wenn man dabei stehenbleibt oder, wie es Anke Fuchs im weiteren tut, noch wieder dahinter zurückfällt und für das von der SPD/FDP jetzt vorgeschlagene Indikationsmodell als ein für die Gewerkschaften annehmbares Übergangsmodell eintritt.

Die Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den § 218 in den Rang eines Ewigkeitswertes erhoben hat, kann für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht Orientierung auf die Entscheidung des bürgerlichen Parlaments bedeuten, was den Richterspruch nicht zu Fall bringen kann. Es kann nicht bedeuten, für ein Übergangsmodell einzutreten, was nichts weiter bringt als die Zementierung der sowieso schon gesetzlich vorgeschriebenen schikanösen Gängelei durch den Staat.

Anke Fuchs jubelt diese Gesetzesvorlage hoch: *"Mit ihm bleibt ein von einem Arzt vorgeschlagener Schwangerschaftsabbruch straffrei, wenn so unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse – eine Gefahr für das Leben der Frau oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihres körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes abgewendet wird. Damit wird klar, daß bei den sozialen Lebensbedingungen sowohl materielle Probleme als auch andere Konflikte zu berücksichtigen sind, die eine Frau krank machen können."* Weiter beschreibt Anke Fuchs schließlich all die Schikanen, die vor einer Abtreibung im Sinne dieses Entwurfes auf die Frau zukommen werden und meint, daß *"wir die als wichtige Hilfe für die Entscheidung der Frau immer bejaht haben"*.

Hier verkehren sich ihre Worte gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und über die Unmöglichkeit, mit dem § 218 zu leben, ins Gegenteil, und die Gewerkschaftsorganisation soll darauf festgelegt werden, das Indikationsmodell hinzunehmen.

Daß das nicht Aufgabe und Auffassung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist, beweisen die Stellungnahmen vieler Kollegen selber. Stellvertretend für zehntausende Metaller haben die Vertreterversammlungen in Darmstadt und Köln der IG Metall, um mit Anke Fuchs zu sprechen, klipp und klar gesagt, wie die Gewerkschaften gegen den § 218 antreten müssen: "Weg mit dem § 218! Für Volksentscheid über den § 218!" heißt es in einer Resolution, in der weiter zum Ausdruck gebracht wird, daß es die unsicheren sozialen Verhältnisse sind, die zur Abtreibung zwingen. Da der Bundestag den § 218 nicht aufheben kann, "kann der Kampf gegen den Paragrafen nur erfolgreich sein, wenn er vom Volk selbständig weiter geführt wird".

Diese Bewegung in den Gewerkschaften wird Anke Fuchs' Artikel nicht aufhalten können. Auch wird es nicht gelingen, den § 218 nur als eine Frauenfrage zu behandeln, wie Anke Fuchs das in ihrem Artikel tut.

In der Resolution der Vertreterversammlung Darmstadt heißt es richtig: "Der § 218 ist nicht nur eine Frauenfrage. Von ihm werden ganze Familien getroffen. Deshalb ist es notwendig, daß sowohl Männer wie Frauen als auch Alte und Junge gegen diesen Paragrafen kämpfen."

–J.K.–

Demonstration am 21.9.1975 in Bonn:
Weg mit dem § 218

Mehrheiten gegen den § 218

Koblenz. Bei DELORO-Stellite haben alle Arbeiter und Angestellten (2 Kollegen sind in Urlaub), alle fünf Betriebsratsmitglieder und der Vertrauensleutekörper der IGM die Unterschriftenliste der Komitees unterzeichnet. (etwa 60 Kollegen)

Hamburg. Die Bezirksjugendkonferenz der ÖTV Hamburg hat eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wird, daß das Volk selbst über den § 218 entscheiden soll.

Essen. Der Vertrauensleutekörper des Bethesda-Krankenhauses hat sich mehrheitlich für einen Volksentscheid gegen den § 218 ausgesprochen. Bisher haben vier von sieben Vertrauensleuten die Unterschriftenliste unterschrieben.

Essen. Obwohl die Klinikleitung durch allerlei Schikanen und die Androhung von Strafanzeigen gegen das Komitee die Durchführung der Unterschriftensammlung zu behindern versucht, sind inzwischen weit über 200 Unterschriften bei Beschäftigten und bei Studenten des Klinikums gesammelt worden. Die Betriebsgruppe der ÖTV sprach sich gegenüber dem Rektor und der Verwaltung dafür aus, daß die Belegschaft die Möglichkeit haben muß, gegen den § 218 sich zu wenden.

Münster. Den Aufruf des Komitees hat die Jugendvertretung der Firma Standard-Filterbau (ca. 450 Beschäftigte) unterschrieben.

Demonstrationsfahrt zur Abtreibungsklinik

Als Antwort auf die Polizeiaktion gegen das Frankfurter Frauenzentrum sind am Wochenende etwa 300 Frauen aus Frankfurt demonstrativ zu einer Abtreibungsklinik in Den Haag gefahren. Auf Plakaten, die an den Bussen angebracht waren, forderten sie die ersatzlose Streichung des § 218.

Obschon die Staatsanwaltschaft "Präventivmaßnahmen" angekündigt hatte, griff die Polizei nicht gegen die Demonstranten ein.

Gegen die Polizeiaktion waren von den Komitees gegen den § 218 in vielen Städten Kundgebungen und einzelne Demonstrationen durchgeführt worden. Auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die hessischen Jungdemokraten, der "Justizkritische Ausschuß" im Verband deutscher Schriftsteller und der Bundesvorstand der Humanistischen Union haben gegen die Razzia im Frankfurter Frauenzentrum protestiert. Aufsehen erregt hat eine Stellungnahme von acht Referendaren bei der Staatsanwaltschaft und beim Schöffengericht in Hanau, die sich öffentlich dazu bekannt haben, "in der Vergangenheit Abtreibungsmöglichkeiten vermittelt zu haben", um den "von der Strafverfolgung bedrohten Frauen" zu helfen. Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Bohl hat daraufhin sofort die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen die Referendare verlangt, weil sie gegen ihre "beamtenrechtlichen Verpflichtungen" verstoßen hätten.

85 Ärzte und Medizinalassistenten aus Frankfurt und Umgebung und 43 Krankenhausangestellte haben sich ebenfalls mit dem Frauenzentrum solidarisiert und die Ärzte-Verbände angegriffen. "Das Angebot an die hilfesuchenden Frauen besteht faktisch aus der Verhinderung der Abtreibung auf legalem Weg durch langwierige und entwürdigende Gutachten und Kommissionsverfahren und der stillschweigenden Duldung einzelner unkontrollierbarer Abtreibungsärzte." Die Landesärztekammer hat daraufhin geantwortet, sie würde alle Ärzte, die illegale Abtreibungen durchführen, bei der Staatsanwaltschaft anzeigen und berufsgerichtlich verfolgen.

Darmstadt. Einstimmig verabschiedete der Jugendausschuß der IG-Chemie, Papier, Keramik Darmstadt eine Protesterklärung gegen die Polizeiaktion gegen das Frankfurter Frauenzentrum. In der Erklärung heißt es: "Mit dem Eingreifen von Staatsanwaltschaft und Polizei ist ein weiterer Schritt getan, um alle Gegner des § 218 zu kriminalisieren und um die gesamte Bewegung gegen den § 218 niederzuschlagen, deren Bestandteile die Gewerkschaften immer gewesen sind. Aber nach wie vor bestehen die sozialen Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen. Deshalb müssen wir weiterhin für die ersatzlose Streichung des § 218 und gegen diese Polizeimaßnahmen antreten."

Appell an die Eltern

Weinheim. Mit einem offenen Brief haben 30 Lehrer und Schüler der Jugendmusikschule alle Eltern, Lehrer und Schüler aufgefordert, die Kampagne der Komitees gegen den § 218 zu unterstützen.

Trotz Sammlungsverbot

Bremen. Am Gymnasium Lesum hat die Schulleitung die Unterschriftensammlung gegen den § 218 mit der Begründung verboten, diese Sammlung verstoße gegen die Verfassung. Das hat die Schüler in den Klassen, in denen bisher gesammelt wurde, nicht aufgehalten, mehrheitlich zu unterschreiben. Bisher konnten 150 Unterschriften gesammelt werden.

Aus Verzweiflung Vergewaltigung vorgetäuscht

Überlingen. Vor kurzem meldete ein Mann bei der Überlinger Kriminalpolizei, eine junge Frau sei vergewaltigt worden. Die Frau war am ganzen Körper verletzt. Als ihr Bekannter unter dem Verdacht, sie vergewaltigt zu haben, von der Polizei verhört wurde, kam heraus, daß er und die Frau gemeinsam ihr Kratz- und Stichwunden beigebracht hatten. Die Frau war nämlich schwanger und hatte gehofft, durch das Vortäuschen einer Vergewaltigung eine legale Abtreibung zu erhalten.

Der 'Südkurier', Tageszeitung in diesem Raum, nannte dieses Ereignis "mysteriös". Es ist aber keineswegs mysteriös, wenn eine Frau, deren Freund arbeitslos ist und die nicht weiß, wohin mit dem Kind, zu den verzweifeltsten Mitteln greift, um an einen Schwangerschaftsabbruch ranzukommen.

Im Kampf gegen den § 218:

Falsche Auffassungen können dem Kampf nur schaden

Während die Kampagne gegen den § 218 unter den Massen Fortschritte macht, treten immer wieder politische Gaukler auf, die die Bewegung gegen den § 218 in die Sackgasse führen wollen. Solche Gaukler sind zum Beispiel die Trotzkisten von der Zeitung "Was tun?" Sie haben jetzt endgültig die Linie gefunden, unter der sie den Kampf gegen den § 218 zur Farce machen wollen. Der Kampf gegen den § 218 solle geführt werden als Kampf um "das Recht der Frau auf Kontrolle ihres Körpers".

Darauf kann wirklich nur jemand kommen, der von den schlichtesten Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens keine Ahnung hat. Jedermann weiß, daß eine Abtreibung nicht die Frage der Kontrolle des eigenen Körpers aufwirft, sondern der Kontrolle des Menschen über die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen er sich fortpflanzt. Keine Frau hat jemals sich zu einer Abtreibung entschieden, um ihren "eigenen Körper" zu kontrollieren. Und niemand kann ernsthaft auf die Idee kommen, den § 218 abschaffen zu wollen, um das "Recht der Frau auf Kontrolle ihres eigenen Körpers" zu verwirklichen. Darum geht es nämlich nicht. Vielmehr geht es darum, daß die Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse kontrollieren können und daß sie deshalb diesen Verhältnissen unterworfen sind. Daß sie diese Verhältnisse zwingen, Abtreibungen vornehmen zu lassen. Daran kann sich nur etwas ändern, wenn die Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse kontrollieren, und dies wird erst möglich sein durch die Herrschaft der Arbeiterklasse und den Sozialismus. Genauso wie die Fortpflanzung eine gesellschaftliche Tätigkeit ist, ist auch die Abtreibung eine Tätigkeit gesellschaftlichen Charakters und schließt Beziehungen verschiedener Menschen untereinander ein. Die Abtreibung ist nichts positives, wofür man positiv ein Recht einfordern könnte, sondern sie ist etwas negatives, wozu die Menschen durch die gesellschaftlichen Verhältnisse gezwungen werden. Unter diesen Bedigungen darf man nicht zulassen, daß Abtreibungen auch noch strafrechtlich verfolgt werden. Deshalb muß man die negative Forderung erheben auf ersatzlose Streichung des § 218. Nicht muß man ein Naturrecht auf Abtreibung postulieren und womöglich noch unter dem Deckmantel des Rechts der Frau auf Kontrolle über ihren eigenen Körper.

Nur so kann man auch jene Verteidiger des § 218 zurückweisen, die einem die Debatte darüber aufdrängen wollen, ab wann das "keimende Leben" beginnt, ein Lebewesen zu werden, und ähnliche Preisfragen. Darum geht es bei der Abtreibung genauso wenig wie um die "Kontrolle der Frau über ihren eigenen Körper". Es geht um schlechte gesellschaftliche Verhältnisse und um den bürgerlichen Staat, der diese Verhältnisse schützt und diejenigen verfolgt, die durch die Verhältnisse zu einer Abtreibung gezwungen werden. Wer nicht zum Verteidiger dieser schlechten Verhältnisse werden will, muß für die ersatzlose Streichung des § 218 eintreten. Das ist der einfache Tatbestand. Weil dieser Tatbestand leicht zu erkennen ist, hat der Kampf gegen den § 218 eine breite Basis. Wer dagegen die Frage der Abtreibung mit der Frage des Rechts der Frau auf Kontrolle ihres Körpers durcheinanderwirft, wird keine Basis finden. Diese Leute werden durch ihren bürgerlichen Unsinn zu den tollsten Behauptungen getrieben, zum Beispiel: "Bis zur Geburt ist der Fötus eben Teil des Körpers der Frau und damit fertig." Es ist dreist, ein von Anfang an gesellschaftliches Verhältnis auf eine vulgärbiologische Frage herunterzubringen. Genauso gut könnte einer auf die Idee kommen, der Fötus sei ausgeliehener Teil des Mannes. Das ist doch offensichtlicher Blödsinn. Niemand wird mit solchem Blödsinn jemanden überzeugen können, der die Fortpflanzung richtig als gesellschaftliche Frage begreift, aber aus dieser Tatsache reaktionäre Schlüsse zieht und für die Aufrechterhaltung des § 218 eintritt. Im übrigen vertreten die glorreichen Herolde der bürgerlichen Frauenemanzipation hier nur die vulgärbiologischen Auffassungen, mit deren Hilfe die Frau von alters her unterdrückt wird: "Verhütungsmittel sind Sache der Frau, und damit fertig." "Wenn die nicht aufgepaßt hat, ist sie selber schuld, und damit fertig." "Sich um die Kinder kümmern ist die Aufgabe der Frau, und damit fertig." Wer kennt sie nicht, all diese reaktionären Sprüche. Gerade solche Reaktionäre sind jedoch die Trotzkisten. Wer gegen den § 218 eintritt, muß sie genauso entschieden bekämpfen wie der, der für die Emanzipation der Frau eintritt.

J.S.

Karlsruhe. Die Einladung von zwei Fachschaften der Universität Karlsruhe, auf einer Podiumsdiskussion das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu verteidigen, hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Benda, mit der Begründung abgelehnt, sich auf Diskussionsveranstaltungen zu Entscheidungen des Gerichts zu äußern. Einer der Vertreter des "Minderheitsvotums", der Richter Simon, hatte zunächst zugesagt, wurde aber offenbar wieder zurückgepfiffen.

Kirche entläßt § 218-Gegnerin

Leverkusen. Eine Erzieherin aus dem Kindergarten Fixheide soll nach Ablauf der Probezeit nicht weiterbeschäftigt werden, weil sie sich in der Öffentlichkeit für die Abschaffung des § 218 ausgesprochen hat. Der Direktor des Caritas-Verbandes Pilgram, der zugleich CDU-Stadtrat ist, begründete den Rausschmiß damit, daß die Erzieherin als Vermittlerin der Wertvorstellungen der katholischen Kirche nicht mehr geeignet sei. Die Erzieherin hat in dem sogenannten "sozialen Brennpunkt" Fixheide viele Gründe kennengelernt, gegen den § 218 zu sein. Da gibt es große Wohnblocks, Übergangswohnungen, zwölf Personen in drei Zimmern, arbeitslose Väter, arbeitslose Jugendliche, viele Kinder, Alte, Kranke. Das ist eine Randgruppe, so sagt man, an den Rand geschoben, das zeigen die "Stadtväter" nicht gerne her ...

"Redet mir nicht vom Wert des ungeborenen Lebens, wenn ihr dem Geborenen keinen Wert beimeßt."

Die Kirche sieht das anders. Das Elend der Verhältnisse ist gerade der Nährboden ihrer Existenz, und wer diese Verhältnisse angreift oder sich gegen diese Verhältnisse zur Wehr setzt, den betrachtet die Kirche als ihren Feind.

Nach: Ortsbeilage Leverkusen der KVZ Nr. 27

Bremen. In einer Pressemitteilung hat die Initiative gegen den § 218 gegen die fristlose Entlassung des Kollegen Hans-Joachim Marg bei der Hemelinger Aktienbrauerei protestiert. Der Kollege hatte im Betrieb Unterschriften gesammelt und war wegen "parteipolitischer Betätigung" sofort entlassen worden.

Öffentliche Ausgaben in der Krise:

Den Reichen wird es gegeben, den Armen wird es genommen

Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum ist mit einer Modellrechnung an die Öffentlichkeit getreten, aus der hervorgeht: Das Haushaltsdefizit des kapitalistischen Staates von 60 Milliarden DM wird noch weiter steigen im nächsten Jahr. Deswegen die Schlußfolgerung: Im gesamtstaatlichen Bereich kostendeckende Gebühren und Beschneidung der Sozialleistungen.

Die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr stehen für diese Richtung der Verteuerung der öffentlichen Gebühren und Tarife. Dagegen zeigt sich Widerstand in mehreren Städten, dessen Heftigkeit die bürgerlichen Politiker aufgeschreckt hat und ihnen unverständlich ist.

Der Ausbau eines billigen Nahverkehrssystems in den großen Industriestädten und ihren Ballungsgebieten, eines der großen kommunalpolitischen Reformprojekte, ist gescheitert. Im Dienste der kapitalistischen Ausbeutung die Produktivkräfte zu entwickeln, war Sinn dieser Reform. Jahrelang haben die bürgerlichen Kommunalpolitiker diese Reform gepredigt unter der Losung "Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – heraus mit dem Individualverkehr aus den Städten, Nahverkehr ist Gemeinschaftsaufgabe" usw. Jetzt zitiert die "Welt am Sonntag" vom 13. Juli den Kölner "Verkehrswissenschaftler" Professor Rainer Willeke, der feststellte, daß nur der Privatwagen den öffentlichen Nahverkehr vor dem Zusammenbruch bewahre. Die "Welt am Sonntag" meint außerdem, "die Subventionseuphorie ist durch das Diktat der leeren Kassen abgelöst worden".

Tatsächlich wird im öffentlichen Nahverkehr mit Streckenstillegungen, Fahrplanverdünnung und den Fahrpreiserhöhungen sowie mit Klagen über Millionendefizite eingestanden: Der Kapitalismus kann auch durch staatliche Organisierung die Produktivkräfte nicht planmäßig entwickeln.

Für Millionen, die in der kapitalistischen Fabrik, wo Arbeitskräfte "freigesetzt" werden und Produktionsmittel brachliegen, schon diese Erkenntnis gemacht haben, verbindet sich mit der Verteuerung des Nahverkehrs sehr leicht mehr als allein der Gedanke an die gestiegenen Fahrtkosten mit der Straßenbahn; diese stehen nur für die Unfähigkeit dieser Gesellschaft, durch planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte die Zukunft der Arbeiter- und der Volksmassen zu sichern.

Die Kapitalisten suchen die Massen mit der "Unvermeidbarkeit" solcher Entwicklung zu beschwichtigen, während sie mit gekrümmten Händen in die Staatskassen langen, um so ihren Besitz an Produktionsmitteln zu erweitern. Schadlos soll sich der Staat an denen halten, die durch ihrer Hände Arbeit selbst den Reichtum der ganzen Gesellschaft schaffen.

Unter solchen Bedingungen wird mit Hoffnungen auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung und deren Zukunft leicht aufgeräumt. Um so entschiedener treten die Massen gegen den Kapitalismus und seinen Staat auf, je verzweifelter die Klagen der bürgerlichen Klasse über die Lage sind: "Die wirtschaftliche Rezession der letzten Monate hat für die gesamte öffentliche Hand Finanzprobleme mit sich gebracht, zu deren Lösung man eigentlich eine Hundertschaft von Magiern bräuchte." (Stuttgarter Zeitung vom 15. Juli) An Wunder glaubt bei dieser Wirtschaft aber niemand mehr und läßt sich für deren Erschaffung auch nicht gerne 'kostendeckend' vom Staat ausplündern. Die Klagen über die Millionen- und Milliardendefizite machen diese Ordnung und ihre Politiker und ihre Polizeimacht um so verächtlicher in den Augen des Volkes. Wie sollte man denn vor Bankrotteuren Respekt haben.

Red.



Der Demonstrationszug zog direkt zur Konstabler Wache am Anfang der Zeil.

Frankfurt: Blockaden auf der Zeil

Frankfurt/Main. An die 800 Menschen, mobilisiert durch eine Aktionseinheit des KBW mit mehreren anderen politischen Organisationen, demonstrierten am Samstag erneut gegen die 30-prozentigen Fahrpreiserhöhungen und forderten die Zurücknahme des Stadtverordnetenbeschlusses.

An verschiedenen Punkten der Zeil wurde der Verkehr fast eine Stunde lahmgelegt, obwohl die massiv aufgefahrenen Polizeitruppen die Demonstranten heftig angriffen. Erst als die Polizei dazu überging, einzelne Demonstranten zusammenzuschlagen und zu verhaften, gelang es ihr, die Demonstranten zu zerstreuen. Dennoch konnte mit einem Teil eine abschließende Kundgebung durchgeführt werden. Danach ging die Polizei zu gezielten Provokationen über. Zivile griffen zum Beispiel zum Schein Uniformierte mit eisernen Halterungen eines Standes an, den die Uniformierten vorher zertrümmert hatten. Andere Zivile griffen einzelne Menschen heimtückisch mit dem ätzenden Gas "Chemical Mace" an und sprühten ihnen absichtlich aus kürzester Entfernung in die Augen.


Die Demonstranten halten die Blockade auf den Schienen gegen die Wasserwerfer


Wenn es nicht nach ihrem Willen geht, soll das Volk die Peitsche zu spüren bekommen, nach diesem Motto ließen die Herrschenden in der Stadt ihre Polizeitruppen zügellos auf die Menschen einschlagen, um ihren gerechten Widerstand gegen die fortschreitende Ausplünderung niederzutreten.



Köln: Widerstand gegen 50% Tariferhöhung

Köln. Am Freitag, dem Tag der Stadtratssitzung, auf der der Stadtrat schließlich Fahrpreiserhöhungen bis zu 50 % beschlossen hat, demonstrierten in Köln 1 500 Menschen unter der Forderung "Keine Fahrpreiserhöhung bei der KVB!" Schon zwei Tage nach der Landtagswahl am 4.5. hatten sich die Ratsparteien SPD, FDP und CDU in einer geheimen Abmachung darauf geeinigt, die Fahrpreise drastisch zu erhöhen. Die Empörung über die neuerliche Erhöhung war unter den Werktätigen sehr groß. Der Stadtrat entschied sich in dieser Situation für den Versuch, den Widerstand von vornherein durch einen riesigen Polizeieinsatz zu zerschlagen. Aus ganz Nordrhein-Westfalen waren starke Polizeikräfte zusammengezogen, die durch Bundesgrenzschutz und durch mobiles Einsatzkommando verstärkt waren. Als die Demonstranten nach der Abschlußkundgebung zur Blockade der Straßenbahn übergingen, wurden sie sofort brutal überfallen und zusammengeprügelt. Es gelang der Polizei, die Blockaden zu zerschlagen. Dem Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen hat diese gewalttätige Demonstration der Staatsmacht aber nur neue Nahrung gegeben.

Die kleinen Kundgebungen und Umzüge, die die Ortsgruppe gleich am Samstag durchführte, stießen auf große Zustimmung.



Mannheim. Auch in Mannheim sollen am 1. August 20 % Fahrpreiserhöhungen in Kraft treten. Nach einer ersten Demonstration, zu der die Ortsgruppe zum 1. Juli aufgerufen hatte und an der 400 Menschen teilgenommen hatten, fand jetzt eine Veranstaltung statt, zu der 200 Menschen erschienen.

Stuttgart. Am 12.7. folgten 200 Menschen dem Aufruf des "Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen" zu einer Demonstration gegen die 30 %igen Erhöhungen. Mehrere Male konnten Polizeiketten durchbrochen werden. Die Abschlußkundgebung fand vor dem Rathaus statt.





Oberhausen. Gegen die Schließung des Wohnheimes demonstrierten am 8. Juli über 200 Schüler des Oberhausen-Kollegs. Erst hat das Land als Träger das Haus verkommen lassen und keine Renovierungsarbeiten durchgeführt, jetzt will es das Wohnheim mit der Begründung eben dieser "unhaltbaren Zustände" schließen. Tatsächlich steckt aber dahinter, daß der zweite Bildungsweg, zu dem auch das Oberhausen-Kolleg gehört, abgebaut werden soll.

Oberschulamt Freiburg:

Entlassung in der Ferienzeit

In der KVZ Nr. 22 haben wir über die Entlassung der beiden Lehrer Brigitte Klack und Bodo Kaiser an der Gesamtschule Freiburg-Haslach berichtet. Inzwischen hat das Verwaltungsgericht die Entlassung bestätigt und dem Oberschulamt damit freie Hand auch für künftige Entlassungen politisch mißliebiger Lehrer gegeben. So heißt es in dem Urteil:

"Der Dienstherr muß sich bei seiner Entscheidung von dem hergebrachten, im Grundgesetz ausdrücklich bestätigten und im öffentlichen Interesse zu beachtenden Grundsatz des Berufsbeamtentums leiten lassen, daß nur in jeder Hinsicht geeignete Personen Beamte werden sollen. Der Beamte muß demnach in körperlicher, geistiger und charakterlicher Hinsicht geeignet und befähigt sein."

Auf Gegenliebe stieß das Urteil bei Eltern und Schülern nicht. Deshalb sammelten Schüler der Staudinger-Schule innerhalb eines Tages über 60 Unterschriften von Eltern und Schülern unter folgende Erklärung und brachten sie zum Oberschulamt: "Am 24. Juni 1975 wurde in der 'Badischen Zeitung' bekanntgegeben, daß die Entlassung von B. Klack und B. Kaiser 'rechtens' ist. Wir fragen uns daher, woher die BZ wissen will, daß die Schüler die beiden Lehrer akzeptieren und die Eltern nicht? Dabei haben sich doch Eltern der damaligen 8 l und Eltern aus anderen Klassen gegen die Entlassung der beiden Lehrer gewandt. Wir sind der Meinung, daß B. Klack und B. Kaiser als Lehrer sehr wohl geeignet sind; das bewies auch dieses Schuljahr. Wir protestieren auch heftig gegen den Vorwurf, B. Klack würde die Schüler politisch einseitig beeinflussen. Deshalb fordern wir, daß die Entlassung von B. Klack und B. Kaiser zurückgenommen wird."

Dem Oberschulamt war offensichtlich nicht wohl bei diesen Protesten der Eltern und Schüler. Deshalb warteten sie die Ferien ab, um den sofortigen Vollzug der Entlassung von Brigitte Klack anzuordnen. Sie darf also während der noch laufenden Berufungsve rhandlungen keinen Unterricht an der Staudinger-Schule mehr halten. Die Begründung des Oberschulamtes: "Es besteht ein öffentliches Interesse ..."

Man sieht daran, was das Oberschulamt unter dem "öffentlichen Interesse" versteht. Das Interesse, daß die Verhältnisse an der Schule und in der Schulbehörde nicht öffentlich und breit diskutiert werden.

Fachbereichsratswahlen

Westberlin. Bei den an der Freien Universität stattfindenden Wahlen zu den Fachbereichsräten erhielten KHG und KSV, die teilweise auf Einheitslisten kandidierten, 11 Sitze wie im Vorjahr (21,7 %). Die Gruppe der Reformsozialisten erhielt 7,8 %, die ADS (der SEW nahestehend) erhielt 30,4 %. Die rechten Gruppierungen erhielten 13 gegenüber 12 Sitzen im Vorjahr, obwohl diesmal erstmals Briefwahl durchgeführt wurde, um die "schweigende Mehrheit" zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung stieg nur wenig von 34 auf 38 Prozent.

Baden-Württemberg:

Keine Einschränkung der Fahrkostenerstattung

Der Landeselternbeirat von Baden-Württemberg hat in Briefen an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten gegen die in erster Lesung vom Landtag beschlossene Einschränkung der Fahrkostenerstattung für Schüler protestiert.

Ab 1. August soll der Eigenanteil der Schüler an den Fahrkosten für die Schüler bis zur Klasse 10 um 50 % erhöht werden. Die Schüler ab Klasse 11 sollen überhaupt keine Zuschüsse mehr erhalten. Bei gleichzeitig steigenden Bahn-, Bus- und Straßenbahnpreisen bedeutet dies für einen Teil der Schüler, daß sie ab 1. August weit mehr als das Doppelte der bisherigen Fahrkosten tragen müssen.

Ähnlich wie in Baden-Württemberg ist die Lage in anderen Bundesländern. Daran, daß all diese Sparmaßnahmen nicht auf eine Stadt oder ein Bundesland begrenzt sind, sieht man, daß der bürgerliche Staat konzentriert versucht, die Ausplünderung des Volkes zu verschärfen.

Dabei stößt er auf immer stärkeren Widerstand. So haben sich, wie auch in Rheinland-Pfalz, in mehreren Städten Baden - Württembergs Aktionskomitees gegen die geplante Einschränkung der Fahrkostenerstattung gebildet. Das Aktionskomitee in Pforzheim hat beispielsweise, obwohl mittlerweile Schulferien sind, schon fast [illegible]00 Unterschriften gegen diese Sparmaßnahme gesammelt.

Wie der Herr, so der Knecht: Daß die Statthalter des bürgerlichen Staates auf kommunaler Ebene die Schandtaten der Landesregierung tatkräftig unterstützen, zeigt die nachfolgende Korrespondenz aus Neckargemünd.

—Red.—

Die Demonstration wird auf jeden Fall stattfinden

Am Gymnasium Neckargemünd, an dem über zwei Drittel aller Schüler aus den Umlandgemeinden kommen und also auf Bus bzw. Bahn angewiesen sind, wurde breiter Protest gegen diese Sparmaß nahmen erhoben: Die meisten Klassen und die Klassensprecherversammlung verabschiedeten Resolutionen gegen die geplanten Einschränkungen. Auch der Elternbeirat sprach sich in einer Erklärung öffentlich dagegen aus.

Viele Schüler waren sich aber darüber im Klaren, daß Resolutionen und Erklärungen allein nichts nützen würden. Am vorletzten Schultag vor den Ferien sollte nach einer Schülervollversammlung eine Demonstration durchgeführt werden. Die Stadtverwaltung in Neckargemünd verbot dies. Sie oegründete das Verbot damit, die Demonstration sei zu spät angemeldet worden, und verwies auf eine angeblich große Verkehrsbehinderung. Daß dies aber nur vorgeschoben war, ist klar. Zwei Tage zuvor wurde wegen eines Umzugs der Verkehr für mehrere Stunden total lahmgelegt. Vielmehr ging es der Stadtverwaltung nur darum, weiteren Protest gegen die Maßnahme des Landes zu verhindern und zu unterdrücken, was auch die Drohung mit Polizeieinsatz zeigte.

Die Schülervollversammlung wandte sich entschieden gegen das Verbot und beschloß, kurz nach den Ferien eine Demonstration durchzuführen.

Jetzt kommt es darauf an, mit dieser Demonstration unter der Forderung nach Rücknahme der Einschränkungen möglichst viele Menschen zusammenzuschließen.

—s.t./Kommunistische Schülergruppe, Gymnasium Neckargemünd—

Weinheim. Aus Empörung über die Einschränkung der Fahrkostenerstattung hat sich in Weinheim eine Initiative gebildet, die gegen die Streichung bzw. Kürzung der Zuschüsse kämpfen will. Zuerst gehörten ihr unter anderem auch Mitglieder der Kommunistischen Schülergruppe und der von der CDU abhängigen Schüler-Union an. Nachdem die Mitglieder der Initiative mit Ausnahme der CDU-Schüler den Erlaß einhellig als weitere Ausplünderung des Volkes durch den Staat und als Einschränkung der Schulgeldfreiheit eingeschätzt hatten und als Kampfschritt unter anderem eine lokale Demonstration vorgeschlagen hatten, trat die Schüler-Union wegen "politischer Differenzen" aus der Initiative aus.

Schulaufsatz zum § 218

Das hat mir eine vier minus eingebracht

Mannheim. Vor einiger Zeit bekamen wir in einem Deutschaufsatz das Thema "Für und wider den § 218" gestellt. Dies gab mir eine gute Gelegenheit, meine Ansichten zu diesem Thema darzulegen.

Ich schrieb, daß der § 218 besonders die Arbeiter trifft, während die Reichen und die Kapitalisten eine Abtreibung im Ausland ohne weiteres durchführen lassen können, da sie über das nötige Geld verfügen. Ich zeigte weiterhin auf, daß gerade in der Krise ein weiteres Kind für viele Familien eine weitere Verschärfung ihrer Situation, kurzum mehr Elend bedeutet. Und da trat auch schon die Korrektur des Lehrers voll in Aktion! Am Rand war "Unsinn" zu lesen. Es soll also Unsinn sein, daß über eine Million Arbeitslose und viele hunderttausend Kurzarbeiter gerade noch genug zum Leben haben und durch ein weiteres Kind in ungeheure Schwierigkeiten und verschärftes Elend geraten.

Aber damit nicht genug, der Lehrer ging noch weiter. Er schrieb, mein Aufsatz sei "sehr kategorisch und intolerant, höchst undifferenziert ...".

Der Höhepunkt kam aber erst am Schluß:

Da ich schrieb, daß die Arbeiterklasse den § 218 zu Fall bringen muß, auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, meinte mein Lehrer:

"Statt differenzierte und objektiv-tolerante Analysen mit sachlichen Argumenten Parolen und Phrasen! Pamphlet! Kommunistengeschwätz!"

Ich bekam eine 4 minus, was für einen Aufsatz eine sehr schlechte Note ist. Begründung war, ich hätte falsch gegliedert und zuwenige Argumente für den § 218 gebracht. Keinesfalls sei ich politisch beurteilt worden ...

Als ich den Aufsatz einschließlich aller Bemerkungen des Lehrers vor meiner Klasse vorlas, stellten mir alle eine bessere Note aus. Ein Schüler murmelte: "Lieber Kommunismus im Text als Faschismus am Rand."

Dieses Beispiel zeigt gut, daß sich die Schüler nicht von der Bourgeoisie und ihren Vertretern an der Schule (hier am Gymnasium) gegen das Volk mobilisieren lassen. Daß dies so ist, zeigt auch, daß in meiner Klasse zwei Drittel der Schüler die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 durch ihre Unterschrift unterstützt haben.

M., Kommunistische Schülergruppe Mannheim

Antwort auf eine Polemik in der Roten Fahne des KABD

Ist die Forderung nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr illusionär?

In seiner Zeitung "Rote Fahne" vom 4. Juli polemisiert der KABD gegen die Forderungen, die der KBW der Arbeiterklasse im Kampf für eine bessere Ausbildung der Arbeiterjugend vorschlägt. Er bringt allerdings das Kunststück fertig, gegen diese Forderungen zu polemisieren, ohne die entscheidende Forderung überhaupt zu nennen: die Forderung nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr.

Stattdessen zitiert er die Losung "Die Berufsbildung darf nicht länger Privatangelegenheit der Kapitalisten sein!" Danach wirft er alles durcheinander.

Worum geht es bei der zitierten Losung? Die Ausbildung der Arbeiterjugend soll eine öffentliche, demokratische Angelegenheit werden. Konkret bedeutet das, daß die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr gegen die herrschende Kapitalisten und den bürgerlichen Staat durchgesetzt werden muß.

Der KABD behauptet nun, wir würden ein "Recht auf Ausbildung" fordern, und das sei das gleiche wie die Forderung nach "Recht auf Arbeit" und deshalb illusionär. Nichts daran ist durchdacht. Wir fordern nicht einfach ein "Recht auf Ausbildung", sondern wir fordern die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr. Das ist zum Beispiel etwas ganz anderes als die Forderung nach garantierten Lehrstellen bei den Kapitalisten. Illusionär ist diese Forderung genauso wenig wie es die Forderung nach allgemeiner Schulpflicht jemals gewesen ist. Heute gibt es in der Bundesrepublik zwar eine allgemeine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr; für die Arbeiterklasse und ihre Jugend ist diese allgemeine Schulpflicht aber eine Farce. Daran setzt die Forderung nach Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr an. Was ist der Unterschied zwischen dieser Forderung und der Forderung nach dem Recht auf Arbeit? Die demokratische Forderung nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr ist mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen theoretisch durchaus vereinbar. Ihre Verwirklichung würde auch keineswegs bereits eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse bedeuten. Praktisch setzt ihre Verwirklichung einen revolutionären Kampf der Massen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat voraus. Deshalb ist sie geeignet, die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht als Voraussetzung für die Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Die Durchsetzung der Einheitsschule würde nicht die Herrschaft der Kapitalistenklasse beenden, sie würde den Kampf dagegen erleichtern und die Notwendigkeit des Sturzes der Ausbeuterordnung klarer hervortreten lassen. In diesem Sinne haben auch die Bolschewiki diese Forderung in ihr demokratisches Minimalprogramm aufgenommen. Das Recht auf Arbeit dagegen ist mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen theoretisch nicht vereinbar, und praktisch führt diese Forderung in den Reformismus.

Die Forderung nach der Einheitsschule mit der Forderung nach dem Recht auf Arbeit zu verwechseln ist nicht der einzige Fehler des KABD. Er verwechselt auch das Recht der Massen auf Kontrolle der öffentlichen Schule mit der Kontrolle der Produktion. Das eine ist aber eine Forderung gegenüber dem bürgerlichen Staat, während die andere Forderung voraussetzt, daß die Arbeiterklasse bereits die Staatsmacht besitzt oder zumindest in der Form der Doppelherrschaft eigene politische Machtorgane errichtet hat. Das eine ist eine Forderung, deren Durchsetzung die kapitalistischen Produktionsverhältnisse noch nicht umwälzt; die Kontrolle der Produktion dagegen ist direkt ein Mittel der Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Die eine Forderung wird erhoben auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht. Die andere setzt bereits die Eroberung der politischen Macht oder wenigstens die Doppelherrschaft voraus.

Man sieht, die Polemik des KABD schreitet auf Krücken daher. Deshalb wird diese Polemik auch nichts daran ändern können, daß die Forderung nach Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr von der Arbeiterjugend und der Arbeiterklasse aufgegriffen wird. Daß sie im Kampf gegen die herrschende Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat noch eine bedeutende Rolle spielen wird. J.S.

Freie Wahl des Vertrauensmannes

Mit allen Mitteln versuchte die Kompanieführung die freie Wahl eines Vertrauensmannes zu verhindern / Änderung des Vertrauensmänner-Wahlgesetzes

Zum 1. Juli haben wieder einige Tausend Wehrpflichtige ihren Dienst bei der Bundeswehr angetreten. Die Soldaten haben das Recht, einen Vertrauensmann zu wählen. Das müssen sie nutzen, um einen aus ihren Reihen zu wählen, der ihre Interessen und Forderungen vertritt. Dazu gehört, daß sie sich gegen alle Einschränkungen ihrer Rechte in der Bundeswehr wenden und für das Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung auch in der Kaserne eintreten. Dazu gehört auch der Kampf gegen den elend niedrigen Wehrsold und die tagtäglichen Schikanen. Ganz anders sieht dies die Bundeswehrführung. Wie die vorliegenden Korrespondenzen zeigen, versucht sie mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Soldaten einen Vertrauensmann wählen, der ihre Interessen vertritt. Der Bericht aus der Friesland-Kaserne in Varel zeigt, daß diese Manöver umso besser zum Scheitern gebracht werden können, je breiter die Debatte um die richtigen Forderungen, unter denen sich die Soldaten zusammenschließen können, geführt wird. Dazu muß die Wahl genutzt werden.

In der 2. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 311 in Varel/Friesland versuchte die Kompanieführung die zum 20. Mai anstehenden Vertrauensmannwahlen massiv zu behindern, indem sie von acht Kandidaten zwei versetzte und zwei von der Liste strich. Dagegen entwickelte sich ein breiter Protest der Mannschaften und ein Kampf um einen konsequenten Vertrauensmann.

Schon am 15. Mai wurde der Vertrauensmannkandidat Bierstedt als erster in die 1. Kompanie versetzt. Neun Tage zuvor hatten Soldaten eine Liste mit 24 Unterschriften abgegeben, in der sie seine Kandidatur vorschlugen. Die Versetzung wurde begründet: Der Soldat Bierstedt wird als Militärkraftfahrer in der 1./311 gebraucht. Bis heute arbeitet er jedoch als Tankwart in der Betriebsstoffgruppe. Dieses war seine zweite Versetzung im Zusammenhang mit einer Vertrauensmannkandidatur. Schon am 1. März wurde er an der Wahl zum Vertrauensmann gehindert, als er von der Nachschubkompanie 720 Hannover zum Panzergrenadierbataillon 311 versetzt wurde.

13 Tage später wurde ein weiterer Soldat an der Kandidatur gehindert. Der Vertrauensmannkandidat Meendermann wurde in die 1./311 zurückkommandiert. Vorher war er am 1. April aus der 1./311 als Panzerschlosser für die 2./311 angefordert worden. Plötzlich aber stellte man fest, Meendermann ist seinen Aufgaben in der 2./311 nicht mehr nachgegangen. Davon wußte allerdings der Schirrmeister nichts, der es als sein direkter Vorgesetzter hätte wissen müssen. In seiner neuen Einheit drohte man ihm mit einer erneuten Versetzung, falls er dort den "Betriebsfrieden" störe.

Einige Tage später wird auch Kandidat Grebner gestrichen, da für ihn keine Kommandierung in der Kompanie vorhanden ist. Die Kompanieführung machte keinerlei Anstrengungen, Grebner eine Kommandierung zu besorgen. Somit ist dieser Soldat in einer völlig rechtlosen Lage. Er gehört formell zur 1. Kompanie, leistet jedoch seinen Dienst in der 2. Somit ist dann kein Vertrauensmann für ihn richtig zuständig, und er kann deshalb auch effektiv an keiner Wahl teilnehmen.

Ein weiterer Kandidat durfte wegen einer Vorstrafe nicht kandidieren.

Die Kompanieführung wollte sich damit unliebsame Kandidaten vom Hals schaffen. Dies bestätigen die Äußerungen des Kompaniechefs, Oberleutnant Wollwebers. So äußerte er, mit Kommunisten wolle er nicht "zusammenarbeiten", sie seien nicht akzeptabel als Vertrauensmann der Mannschaften. Ferner warnte er einen Soldaten vor den "schädlichen" Einflüssen von Bierstedt. Dies meinte er wohl, weil der Soldat die schlechten Kantinenverhältnisse anprangerte und einen Boykott vorschlug, weil er im Unterricht bewies, daß die Bundeswehr zum Einsatz gegen das westdeutsche Volk herangezogen würde und dies schon mehrfach geübt worden sei.

Die Soldaten haben sich zur Wehr gesetzt

Als die erste Versetzung bekannt wurde (die Kompanieführung konnte es nicht verhindern, daß sie zwei Tage früher bekannt wurde), befand sich die Kompanie auf einer Übung, während ein kleiner Teil in der Kaserne zurückgeblieben war. Unter diesen Soldaten entwickelte sich zunächst der Protest. Nach zwei Tagen hatten 24 Soldaten, das waren fast alle, eine Liste unterschrieben, in der sie erklärten, daß eine Versetzung eines Vertrauensmannkandidaten einen Eingriff in ihr Recht bedeutet, den Mann ihres Vertrauens frei zu wählen, und sie forderten die sofortige Rückversetzung. Über 60 weitere Soldaten unterzeichneten die Erklärung nach der Rückkehr der Kompanie aus der Übung.

Klar war, nicht nur fortschrittliche und konsequente Vertrauensleute wurden davon betroffen, sondern der Gesamtheit der Mannschaften wird das Recht abgesprochen, ihren Vertrauensmannkandidaten zu wählen. Damit versucht man, den Widerstand und die Organisierung der Mannschaften zu verhindern. Indem man ihnen die Spitze abschlägt, soll erreicht werden, daß schließlich die Kompanieführung einen Vertrauensmann nach ihrem Geschmack erhält.

Welchen Weg haben wir weiterhin eingeschlagen?

Einige Kandidaten hatten zunächst vor, die Wahl zu boykottieren, indem sie von der Kandidatur zurücktreten wollten.

Diese Erwägungen haben wir verworfen, da die Kompanieführung bei einer Nichtkandidatur selbst einen Vertrauensmann einsetzen kann, was ihr sicherlich gut ins Konzept gepaßt hätte.

Zum anderen hätte uns dieser Entschluß in der Situation in eine Sackgasse geführt im Kampf um unsere Rechte. So haben wir dann den Kampf fortgesetzt: "Wir lassen uns bei der Wahl des Vertrauensmannes nicht behindern."

Als dann der Kandidat Meendermann versetzt wurde, wuchs bei den Soldaten die Wut und die Empörung gegen die Kompanieführung, da man ihnen ein weiteres Mal ihr Recht beschnitt. Daraufhin setzten sich zwei Soldaten zusammen, um einen Leserbrief an die örtliche Zeitung zu schreiben, worin die Öffentlichkeit über die Vorgänge in der Kaserne unterrichtet werden sollte. Die Zeitung weigerte sich, den Brief abzudrucken.

Um die Vorgänge in der Kompanie allen Soldaten mitzuteilen, haben die Soldaten ein Flugblatt herausgegeben "Wir lassen uns bei der Wahl des Vertrauensmanns nicht behindern". Damit haben sie ans Licht gebracht, was Oberleutnant Wollweber mit den Versetzungen erreichen will, und aufgerufen, einen konsequenten Vertrauensmann zu wählen.

Die Reaktion auf das Flugblatt

Das Flugblatt fand mächtigen Anklang. Beim Antreten am anderen Morgen wurden die Soldaten von der angegriffenen Kompanieführung aufgefordert, das Flugblatt auf dem Geschäftszimmer abzugeben. Kaum einer kam dem nach. Noch am Abend der Flugblattverteilung tauchten der S2-Oberleutnant Schwarz und ein weiterer Offizier in Zivil in der Kneipe am Kasernentor auf, um die Soldaten auszuhorchen, wer hinter dem Flugblatt stünde, wer die Verteiler sind. Ohne Ergebnis.

Kurz vor der Wahl des Vertrauensmanns versuchte denn Oberleutnant Ponik (stellvertretender Kompaniechef) die Vorwürfe des Flugblatts gegen die Kompanieführung – Eingriffe in die Wahl eines Vertrauensmanns vorgenommen zu haben – zu entkräften. Der Versuch war derart plump und der Vorgang des Eingriffs mittels Versetzung und Rückkommandierung zu eindeutig, um bei den Soldaten landen zu können.

Im zweiten Teil dieser als Truppeninformation bezeichneten "Sitzung" gab dann Oberleutnant Ponik den Soldaten eine "Änderung des Soldatengesetzes und des Vertrauensmänner-Wahlgesetzes" bekannt. Es ist die gesetzliche Absicherung der Schandtaten der Kompanieführung. Danach kann ein Vertrauensmann abberufen werden, wenn ein "Fehlverhalten" wie: *"Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, Agitation gegen die Bundeswehr oder Vorgesetzte oder eine Störung der Verbundenheit aller Soldaten in der Gemeinsamkeit der Pflichterfüllung"* vorliegt. Das was bereits praktische Wirklichkeit in der Bundeswehr ist – der geschilderte Fall unterstreicht dies –, hat die parlamentarische Gesetzesmaschinerie am 13. März in den Stand eines Gesetzes erhoben: Fortschrittliche Soldaten verlieren damit das passive Wahlrecht. Die Kompanieführung hat dies konsequent angewandt und fortschrittliche Soldaten von der Kandidatur ausgeschlossen; sie spart sich die Mühe für eine Abberufung.

Das Wahlprogramm des Soldaten Tymann

1. Unterordnung des Vertrauensmannes unter den Willen der Mehrheit der Mannschaftsdienstgrade;
2. Erkämpfung von regelmäßigen Mannschaftsversammlungen in der Dienstzeit. Der Zeitpunkt wird vom Vertrauensmann vorgeschlagen.
3. Die Vertrauensleute aller Kompanien erhalten ein schwarzes Brett im Essenssaal.
4. Der Vertrauensmann erhält Sprechstunden während der Dienstzeit.
5. Bereicherung des Freizeitprogramms der Soldaten: a. Herstellung von Verbindungen nach draußen; Unterstützung der Jugendzentrumsinitiative in Varel; Herstellung von Verbindungen zu Sport- und anderen Vereinen; Bekanntgabe des Volkshochschulprogramms, der Öffnungszeiten der Bäder; b. Einrichtung eines Mannschaftsraumes; c. Einrichtung eines Hobbyraumes; d. Organisierung von Veranstaltungen innerhalb der Kompanie (Skat-, Tischtennis-, Schachturniere).

Das obige Programm wurde vom Kandidaten Tymann vorgetragen und erläutert. Sehr schnell ergab sich die Frage, was wesentlich für den Vertrauensmann sei. Die Kandidaten aus dem Geschäftszimmer/Refü (Rechnungsführung) waren der Ansicht, daß sie die besseren Kontakte zum Chef hätten. Demgegenüber betonte der Kandidat aus dem Außendienst (Tymann), daß er den Kontakt zur Masse der Soldaten hätte und es schließlich darauf ankäme. Somit waren zwei grundsätzliche Linien offengelegt, die wegen des Zeitmangels aber nicht mehr ausdiskutiert werden konnten.

Das Wahlergebnis

Tymann (Außendienst): 59 Stimmen; Funktioner (Innendienst): 59 Stimmen; Funktioner (Innendienst): 44 Stimmen; Funktioner (Außendienst): 24 Stimmen.

Dies Ergebnis bringt zum Ausdruck, daß sich keine Linie entscheidend durchsetzen konnte, so daß die Notregelung zum Tragen kam: Der Ältere wird bei unentschiedenem Ausgang Vertrauensmann (im vorliegenden Fall Tymann). Trotzdem ist dies ein kleiner Erfolg, denn Tymann hat diese Stimmen erhalten, obwohl bekannt war, daß er nur noch drei Monate dient. Gewählt haben ihn vor allem die Reservisten mit der längsten Bundeswehrerfahrung und ein kleiner Teil der "Neuen". Der Funktioner vom Geschäftszimmer wurde vor allem von den Soldaten des Kompanieführungstrupps (Kraftfahrer und Funktioner) gewählt und vom Großteil der "Neuen". Eine weitere Beurteilung ist kaum möglich, da jeder drei Stimmen hatte, die Wahlentscheidung für einen also umgangen werden konnte.

Gesamtergebnis: Eine Soldatengruppe ist im Werden

Der knappe Ausgang der Wahl Ergebnis dessen, daß die Debatte um das Programm nicht intensiver bzw. überhaupt nur auf der Kandidatenvorstellung geführt wurde. Nachdem das Flugblatt in die Kompanie hineingegeben wurde, haben wir nicht nachgestoßen und die Debatte breit entfacht. Allerdings war dies mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Kompanie in der Vorbereitungszeit auf drei Übungen war und die Reservisten Anfang Juni in Erholungsurlaub gingen. Der Dienst bestand stellenweise nur aus Wache, so daß es kaum Tage gab, wo die Soldaten an einem Tag mal zusammen waren. Erreicht wurde aber trotzdem eine hohe Wahlbeteiligung. Selbst die Reservisten, drei Tage vor der Entlassung, haben alle an der Wahl teilgenommen.

Zuerst wollten sie nicht mitwählen, doch die Beteiligung war zum Teil eine Antwort auf die Methoden der Kompanieführung.

So werden auch die Militaristen mit ihren Methoden und dem neuen Vertrauensmannwahlgesetz nicht glücklicher werden. Denn überall dort, wo sie es schon angewandt haben, ist der Kampf entbrannt um die Rechte der Soldaten und für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung. Überall dort haben die Soldaten begriffen, wo ihr Feind steht. So haben sich in der Frieslandkaserne Soldaten zusammengefunden im Kampf. Sie haben zu kämpfen gelernt.

Und weil der Mensch ein Mensch ist,
drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern.
Er will unter sich keinen Sklaven sehn
und über sich keinen Herrn.

Soldaten der Friesland-Kaserne, Varel



Kundgebung von italienischen Soldaten und Studenten gegen die Entrechtung in der Armee. Ende Juni war der Luftwaffenoffizier Guiseppe Sotgiu während einer Soldatendemonstration verhaftet worden, da er Geheimpolizisten am Filmen hindern wollte. Für seine Freilassung hat sich in der Armee eine breite Bewegung, vor allem unter den Luftwaffenoffizieren, entwickelt. Der Kampf der Unteroffiziere für die Freilassung von Sotgiu findet auch die Unterstützung der Arbeiter. So schickten die Räte der Hafen- und Flughafenarbeiter in Venedig den Soldaten eine Solidaritätsresolution. Darin heißt es, die Arbeiter seien bereit, zum geeigneten Zeitpunkt für die Freilassung Sotgius zu kämpfen und auch zur Blockade des zivilen Luftverkehrs überzugehen. Das Militärgericht hat Sotgiu inzwischen zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre gefordert.

Gesetzesänderung

Im Bundestag wurde am 13.3.1975 ein "Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes und des Vertrauensmänner-Wahlgesetzes" beschlossen. Dieses Gesetz ist eine Reaktion der Bourgeoisie auf die wachsende Empörung der Soldaten über die Zustände in der Armee.

Dieses Gesetz entspricht der Taktik der Bourgeoisie, auf der einen Seite ein scheinbares Zugeständnis gemacht, um auf der anderen Seite die Soldaten noch mehr zu entrechten.

So wird unter Punkt 2 eine *"Erweiterung der Befugnisse des Vertrauensmannes und der Pflichten der Disziplinarvorgesetzten"* (Gesetz zur Änderung des Soldaten- und des Vertrauensmänner-Wahlgesetzes vom 13.3.1975) angekündigt. Dem Vertrauensmann wird das Recht, Vorschläge zu unterbreiten, das Recht auf Anhörung durch den Disziplinarvorgesetzten, das Recht auf Erörterung usw. zugestanden. Insgesamt betrachtet laufen diese Rechte darauf hinaus, mit dem Kompaniechef plaudern zu dürfen, ohne daß etwas Konkretes folgen muß. Zu diesen Rechten steht am Ende des Absatzes: *"Hierdurch wird der Disziplinarvorgesetzte nicht in seiner Entscheidungsbefugnis eingeschränkt. Die Verantwortung trägt er allein."*

Die andere Seite des Gesetzes ist **die weitere Entrechtung der Soldaten**, die gegen die Verhältnisse in der Bundeswehr rebellieren und dafür mit Disziplinararrest bestraft werden. Unter Punkt 6 des neuen Gesetzes steht: *"Nach der derzeitigen Regelung verliert der Soldat das passive Wahlrecht u.a. erst nach Verhängung eines Disziplinararrestes von mehr als 14 Tagen. Nach neuem Recht tritt diese Rechtsfolge bereits bei Disziplinararrest in der Mindesthöhe von 3 Tagen ein."*

Unter Punkt 10 *"Erweiterung der Vorschriften über die Abberufung des Vertrauensmannes"* hat die Bourgeoisie Schlüsse aus dem konsequenten Auftreten von Vertrauensmännern gezogen. Jetzt kann der Vertrauensmann abberufen werden, *"z. B. wenn er die freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnt, gegen die Bundeswehr oder Vorgesetzte agitiert oder die Verbundenheit aller Soldaten in der Gemeinsamkeit der Pflichterfüllung erheblich stört"*. Damit ist jeder Vertrauensmann gemeint, der konsequent für die Interessen der Mannschaften eintritt und sich dabei nicht von bestehenden Gesetzen und Vorschriften knebeln läßt.

So kann als Agitation gegen die Bundeswehr alles verstanden werden, was zum Beispiel die Zustände in der Bundeswehr enthüllt oder Schweinereien der Vorgesetzten ans Tageslicht bringt. Da so etwas schlecht beweisbar ist, braucht es nicht disziplinar bestraft zu werden. Aber auf jeden Fall genügt der Verdacht, den ko Vertrauensmann abzusetzen. –R.

Nach der Politik der revolutionären Phrase ins bürgerliche Lager

Die Leitung der Gruppe Rote Fahne (KPD) stellt ihr Regierungsprogramm für das Bündnis mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie vor

Der Aufruf der Gruppe Rote Fahne zur Verteidigung des westdeutschen Imperialismus durch die westdeutsche Arbeiterklasse hat unter ihren Mitgliedern und Anhängern einige Unruhe ausgelöst. Das ist auch kein Wunder. Erstens ist die Linie falsch, zweitens wurde sie nicht in einer Auseinandersetzung erarbeitet, sondern drittens Hals über Kopf von oben verkündet. So wurde für die Leitung der Gruppe Rote Fahne eine Mitgliederversammlung notwendig, um die Ruhe wiederherzustellen. Diese Mitgliederversammlung wurde als Großkundgebung gegen den sowjetischen Sozialimperialismus angekündigt. Sie fand am 28. Juni statt. Das 'Hauptreferat der Parteileitung' hielt Christian Semler, und es ist in der Roten Fahne Nr. 26 veröffentlicht. Es enthält nichts Neues. Einiges Falsche wird klarer gesagt als in vorherigen Dokumenten, einiges Falsche ist mehr in Watte gepackt. Die Rede geht aus von folgenden beiden richtigen Feststellungen:

"Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution."

"Die beiden Supermächte sind die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker unserer Zeit, sie sind die Quelle eines neuen Weltkrieges." Im weiteren Verlauf der Rede spielen diese beiden Zitate keine Rolle mehr. Der Rest ist auf dem eigenen Mist der Gruppe Rote Fahne gewachsen. Erneut werden die großen Widersprüche in der Welt auf den Widerspruch zwischen der Ersten und der Zweiten Welt eingeschränkt, und innerhalb dieses Widerspruchs auf den Widerspruch zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem Sozialimperialismus. Der Rest ist bloße Staffage. Erneut geht es um die Vorbereitung eines "nationalen Verteidigungskrieges" des westdeutschen Imperialismus gegen den Sozialimperialismus, und alle Fragen – sofern andere Fragen auftauchen – sind dieser Frage untergeordnet. Begründet wird dies mit den allgemeinen Feststellungen:

"Imperialismus ist also keineswegs gleich Imperialismus – dies ist die erste Lehre aus der Analyse der gegenwärtigen Weltlage. Supermacht ist nicht gleich Supermacht – das ist die zweite Lehre." Heißen soll dies: Der westdeutsche Imperialismus ist keine Supermacht, und die Sowjetunion ist die aufstrebende Supermacht, deshalb muß der westdeutsche Imperialismus gegen die Sowjetunion verteidigt werden. Natürlich ist bereits die allgemeine Aussage falsch. Seinem Wesen nach ist eben Imperialismus gleich Imperialismus, und ihrem Wesen nach ist Supermacht gleich Supermacht. Das ist das Grundlegende, und die konkreten Unterschiede zwischen den imperialistischen Mächten ändern an diesem gemeinsamen Wesen nichts. Wenn man diese konkreten Unterschiede untersucht, dann muß man sie konkret untersuchen, ohne dabei das gemeinsame Wesen zu leugnen. Genau dies tut jedoch die Gruppe Rote Fahne. Da ist die eine Supermacht bereits deshalb ungefährlicher, weil sie die absteigende Supermacht ist, und die Sowjetunion deshalb gefährlicher, weil sie die aufsteigende Supermacht ist. Selbstverständlich befinden sich die USA in der Verteidigung gegenüber der Sowjetunion, denn sie haben mehr zu erhalten als die Sowjetunion. Sie waren bis vor einiger Zeit die unumstrittenen Oberherren der imperialistischen Welt.

Selbstverständlich befindet sich die Sowjetunion im Angriff auf diese Rolle der USA, denn sie kann nur in dem Maß selber zum Oberherren der imperialistischen Welt werden, wie sie die USA in dieser Rolle beeinträchtigt und ihren Einflußbereich schmälert. Heißt dies, daß eine der beiden Supermächte gefährlicher ist als die andere? Allgemein gesprochen bedeutet es das nicht. **Beide** Supermächte sind die Quelle eines neuen Weltkrieges, von ihrem **Ringen** um die Weltherrschaft geht die Hauptkriegsgefahr aus. Beide betreiben eine imperialistische, aggressive und auf Weltherrschaft gerichtete Politik, und dies muß unvermeidlich zum Krieg zwischen ihnen führen, der nichts anderes ist als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Beginnen wird den Krieg eher die aufstrebende Supermacht, aber das ändert nichts daran, daß beide Supermächte nach Weltherrschaft streben, wodurch der Krieg unvermeidlich wird. Ihre Aggression üben sie zunächst in ihrem eigenen Einflußbereich aus, und für die Völker in diesem Einflußbereich geht zweifellos die Hauptgefahr von der Supermacht aus, in deren Einflußbereich sie sich befinden. Das liegt daran, daß sie sich nicht im Einflußbereich der anderen Supermacht befinden. Ihre Unabhängigkeit können diese Völker deshalb nur im Kampf gegen die Supermacht erringen, in deren Einflußbereich sie sich befinden. Die Völker Indochinas konnten z.B. ihre Unabhängigkeit nur im Kampf gegen den US-Imperialismus erringen. Jetzt müssen sie ihre Unabhängigkeit gegen die andere Supermacht verteidigen, die die Vorherrschaft der USA ablösen will. Der Sieg der Völker Indochinas hat Einfluß auf ganz Südostasien. Die Bedingungen für die dortigen Völker im Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit gegenüber dem US-Imperialismus haben sich verbessert. Gleichzeitig müssen sie wachsam sein gegenüber der anderen Supermacht, die selbstverständlich jetzt ihre Vorherrschaft erringen will. Westdeutschland hat mit Vietnam, Laos und Kambodscha, bevor der US-Imperialismus aus diesen Ländern hinausgeworfen wurde, gemeinsam, daß es sich in der Einflußsphäre des US-Imperialismus befindet. Wesentliche Unterschiede trennen jedoch Westdeutschland von Vietnam, Laos und Kambodscha. In Westdeutschland herrscht eine selbständige Monopolbourgeoisie mit Hilfe eines imperialistischen Staatsapparates. Diese Monopolbourgeoisie strebt nicht nach nationaler Unabhängigkeit, diese Jungfernzeit der Bourgeoisie hat sie längst hinter sich, sondern nach Unterdrückung der Unabhängigkeit anderer Länder und fremder Völker durch eine selbständige imperialistische Politik. Dazu dient ihr der Staatsapparat. Der Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland und des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse kann sich nur richten gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie, um ihre Herrschaft zu beseitigen, gegen den US-Imperialismus, um seinen Einfluß zu brechen, und die Sowjetunion, um zu verhindern, daß sie an die Stelle der USA rückt. Insofern kann man auch, nachdem man festgestellt hat, daß Imperialismus gleich Imperialismus und Supermacht gleich Supermacht ist, feststellen, daß konkret sich die eine imperialistische Macht von der anderen und die andere Supermacht von der einen unterscheidet: So unterscheidet sich zum Beispiel der westdeutsche Imperialismus vom japanischen. So unterscheidet sich zum Beispiel die Supermacht USA von der Supermacht Sowjetunion dadurch, daß sie Westeuropa zu ihren Einflußgebieten zählt, während die Sowjetunion Osteuropa ausplündert und unterdrückt. So will sich aber die Gruppe Rote Fahne selbstverständlich nicht mißverstanden wissen, denn sie ist der Auffassung, "daß als erstes die Arbeiterklasse und die Volksmassen unseres Landes darauf vorbereitet werden müssen, in einem nationalen Verteidigungskrieg die Führung zu übernehmen". Wie das geschehen soll als durch den Sturz der westdeutschen Monopolbourgeoisie und die Vertreibung des US-Imperialismus, bleibt schleierhaft. Wie aber soll die westdeutsche Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk einen nationalen Verteidigungskrieg anders **führen** denn als herrschende Klasse und demokratisch organisiertes Volk? Und wie soll das erreicht werden, ohne den Sturz der westdeutschen Monopolbourgeoisie und die Vertreibung der US-Imperialisten? Oder soll die westdeutsche Arbeiterklasse freiwillig von der Bourgeoisie "antisozialimperialistische Stützpunktgebiete" auf westdeutschem Boden eingeräumt bekommen? Eine weitere Möglichkeit wäre nur die, daß die Gruppe Rote Fahne von vornherein von der Niederlage des BRD-Imperialismus und der USA ausgeht und von einer Besetzung durch den Sozialimperialismus. Das tut sie jedoch nicht. Auch hätten wir es dann mit einem Volksbefreiungskrieg zu tun, worum es sich aber für die Gruppe Rote Fahne nicht handelt. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse erst die politische Macht erobern muß und das Volk erst die Demokratie haben muß, bevor sie in einem ursprünglich imperialistischen Land etwas zu verteidigen haben, weist die Gruppe Rote Fahne weit von sich. Das ist verständlich, denn sonst käme sie nie zu ihrem nationalen Verteidigungskrieg. Die Revolution ist für die Gruppe Rote Fahne **nämlich in unerreichbare Ferne gerückt**, während der Krieg stündlich ausbrechen kann. Die Situation ist für sie gekennzeichnet durch die "Abwesenheit **aller** subjektiven und objektiven Voraussetzungen der Revolution, aber bei der höchst realistischen Gefahr des Krieges".

Unter diesen Umständen kann die Gruppe Rote Fahne offensichtlich nicht mehr auf die Eroberung der Macht hoffen, sondern nur noch auf die Teilhabe an der Macht im imperialistischen Krieg, den sie als nationalen Verteidigungskrieg verherrlicht. Dies ist, da beißt keine Maus einen Faden ab, tatsächlich der Weg der Noskes und Scheidemänner, kann aber niemals der Weg der westdeutschen Arbeiterklasse sein. Zur Teilhabe an der Macht entschlossen, kommt die Gruppe Rote Fahne erst richtig in Fahrt. Sie entwickelt bereits ein Regierungsprogramm für ihr Bündnis mit der herrschenden Monopolbourgeoisie. Es handelt sich dabei natürlich um Kompromisse, aber immerhin: Die Monopolbourgeoisie behält die Bundeswehr, darf aber keine aggressiven Doktrinen und Ideologien mehr in der Bundeswehr vertreten. In den Manövern darf sie nur noch die Verteidigung, nicht den Angriff und den Bürgerkrieg üben. Vor solchen Militärstrategen als Manöverbeobachtern braucht sich die Bourgeoisie allerdings nicht zu fürchten, sie wird ihnen leicht beweisen können, daß gerade für den Verteidigungskrieg operativ der Angriff geübt werden muß und der Straßenkampf, auch der Angriff auf Fabriken, die leicht durch fünfte Kolonnen des Feindes unterwandert sein können und außerdem auch irgendwann einmal zurückerobert werden müssen. In dieser Weise wird sich die Bourgeoisie über die Herren Semler und Horlemann belustigen, nachdem sie festgestellt hat, daß diese nicht einmal Strategie, operative Leitung und Taktik auseinanderhalten können. Aber solche Unkenntnis rechtfertigt sich, denn die Gruppe Rote Fahne denkt nicht daran, die Bundeswehr zu übernehmen: "Wir propagieren nicht die Vorstellung, aus der Bundeswehr könne sich der Kern einer Armee der Arbeiterklasse und des Volkes entwickeln." Wenigstens, möchte man sagen. Aber selbst das ist falsch. Denn selbstverständlich wird sich durch Zersetzung und Zerschlagung der Bundeswehr der Kern der Armee der Arbeiterklasse und des Volkes entwickeln. Woher denn sonst.

Ein weiterer Punkt des Regierungsprogramms ist: Bündnis mit den USA, solange es sein muß, bei Ablehnung des erstens unglaubwürdigen und zweitens blutigen Konzepts der verbrannten Erde, das die USA vertreten.

Des weiteren soll die Bundesregierung nicht mehr versuchen, den Sozialimperialismus durch Geschäfte aufs Kreuz zu legen. Das geht nämlich nicht: "Wer mit dem Teufel um die Wette ißt, braucht einen langen Löffel." Da die Bundesregierung keinen langen Löffel hat, wird sie zum "betrogenen Betrüger" werden und dadurch der Nation schaden.

Ein weiterer Punkt könnte werden: Einstellung der Berufsverbote gegen Vaterlandsverteidiger und gemeinsamer Kampf gegen die Revisionisten als fünfter Kolonne des Sozialimperialismus. Wie die Gruppe Rote Fahne bei der westdeutschen Bourgeoisie nur sieht, daß sie in Widerspruch zum Sozialimperialismus steht, und dabei übersieht, daß es sich um einen Widerspruch zwischen Imperialisten handelt, so sieht die Gruppe Rote Fahne bei den Revisionisten nur die Übereinstimmung mit dem Sozialimperialismus und übersieht dabei, daß es sich oft um Arbeiter und fortschrittliche kleinbürgerliche Kräfte handelt. Damit beraubt sie sich natürlich auch der Mittel, die Bourgeoisie und den Revisionismus jeweils in der richtigen Weise zu bekämpfen und zu vernichten.

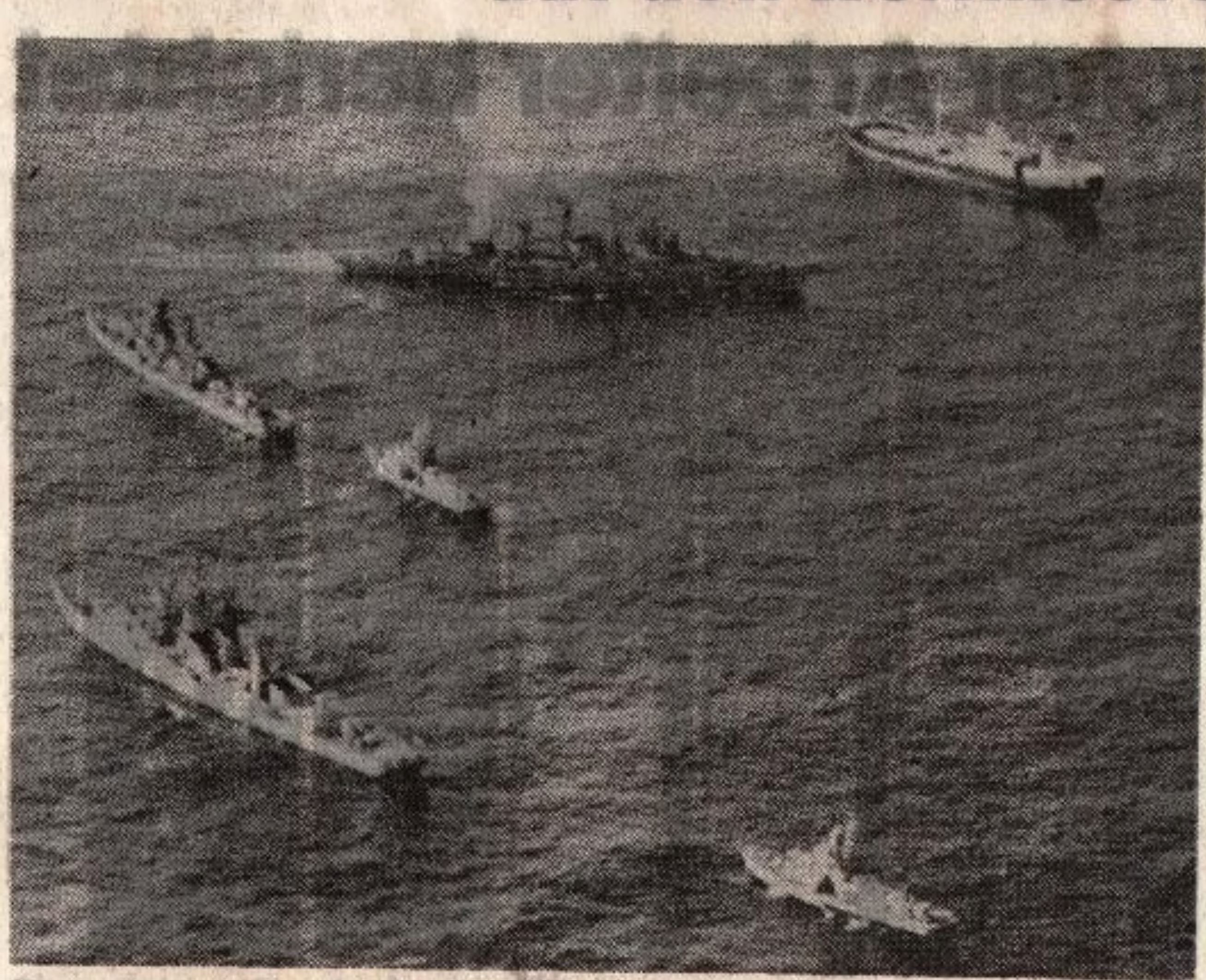
Dies sind grob zusammengefaßt die Inhalte des neuesten programmatischen Dokuments der Gruppe Rote Fahne zur Frage der Vaterlandsverteidigung. Es enthält noch mehr Wunderliches und Schädliches, aber dies kann in einem kurzen Artikel nicht alles ans Licht gehoben werden. Auf Grundlage der hier referierten Linie will die Gruppe Rote Fahne "das fortschrittliche Lager in der Bundesrepublik und in Westberlin neu fundieren" und "diejenigen, die unverbesserlich den Weg des Opportunismus und Trotzkismus gehen" vor den Massen vollständig diskreditieren. Seit einiger Zeit treibt sich in Westeuropa und Westdeutschland eine trotzkistische Gruppe herum, die Europäischen Arbeiterfraktionen, die durch ihre verrückte Auseinandersetzung mit dem CIA offensichtlich im Auftrag des CIA dem CIA dienen soll, indem sie Verwirrung stiftet. Eine ähnliche Funktion beginnt die Gruppe Rote Fahne für den Sozialimperialismus und seine revisionistischen Helfershelfer einzunehmen.

Die Mitgliederversammlung soll laut Rote Fahne glänzend verlaufen sein: "Die Genossen und Freunde zeigten sich voller Entschlossenheit und Zuversicht angesichts der großen Aufgaben, die der Kampf gegen die Supermächte uns stellt." Seltsam, kann man da nur sagen. Semler hatte ihnen zugerufen, "Abschied von ein paar 'revolutionären' Phrasen" zu nehmen, die ihnen früher vorgesungen worden waren durch das gleiche Zentrale Komitee. Vielleicht hat sie dieser Abschied so erleichtert. Aber mußte dieser Abschied gleich ins Lager der Monopolbourgeoisie führen?

J.S.

Eine Anfrage an den „Arbeiterkampf"

Was symbolisiert die sowjetische Flotte auf den Weltmeeren?



Ein Flottenmanöver der Sozialimperialisten

Unter der Überschrift "Der KBW lügt" hat der Kommunistische Bund Nord, eine Organisation, die in Hamburg gewisse Bedeutung hat, eine Dokumentation herausgebracht, in der sich mit Problemen der Flottenpolitik der UdSSR beschäftigt wird. In dieser Sache hat der Kommunistische Bund Nord eine Polemik mit der KVZ angefangen, und in der Tat, die Frage ist wichtig.

Die KVZ vertritt gegenüber dieser Flottenpolitik den Standpunkt, sie sei folgerichtig Ausdruck des sozialimperialistischen Charakters dieses Regimes in der UdSSR und selber Indiz für die imperialistischen Bestrebungen dieser Supermacht.

Der Kommunistische Bund Nord vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß es weniger Schiffe wären, mit denen die UdSSR auf den Weltmeeren operiert, als allgemein behauptet wird.

Die KVZ vertritt den Standpunkt, daß diese sozialimperialistische Macht bestrebt sei, sich in aller Herren Länder Flottenstützpunkte zu verschaffen, und dabei auch schon gewisse Erfolge erzielt hätte.

Der Kommunistische Bund Nord antwortet darauf, daß es weniger Stützpunkte wären, als oft gesagt würde, und zweitens wären sie kündbar, womit im Kriegsfall nutzlos.

Die KVZ vertritt die Ansicht, daß die riesigen Flottenkosten, die für Überseeflotten aufgebracht werden müssen, der Arbeiterklasse in der UdSSR aufgebürdet würden, weil die UdSSR ihren politischen Einfluß mit Waffenmacht in allen Teilen der Welt geltend machen muß, wenn sie um die Weltherrschaft kämpfen will, was sie vorhat.

Der "Arbeiterkampf" schreibt darauf, die UdSSR müsse sich darauf beschränken, auf entfernteren Meeren relativ kleine, "eher symbolische", kaum manövrierfähige Flottenverbände zu unterhalten.

Und damit muß die Frage erlaubt sein: Was heißt das, "eher symbolische"? Was wird da symbolisiert? Das ganze Zitat lautet: "Tatsächlich verfügt die sowjetische Flotte aber selbst über einfache Anlaufmöglichkeiten in den Häfen einiger befreundeter Länder nur in bescheidenem Maß. Hieraus ergibt sich auch der hohe Anteil an Versorgungsschiffen, der die sowjetische Flotte begleiten muß. Es ist völlig logisch, daß die Sowjetunion überhaupt nicht in der Lage wäre, auf den Weltmeeren die ihr von imperialistischen Märchenerzählern, Vaterlandsverteidigern und von der "KVZ" zugeschriebene große Rolle "auf allen Weltmeeren" zu spielen; die Sowjetunion muß sich darauf beschränken, auf entfernteren Meeren relativ kleine, eher symbolische, von Versorgungsflotten abhängige und folglich kaum manövrierfähige Kontingente zu unterhalten."

Was, bitteschön, symbolisieren dann die Flottenverbände der UdSSR auf den Weltmeeren? Den Fortschritt der Weltrevolution und der nationalen Befreiungsbewegungen? Die Unabhängigkeit der Länder, vor deren Küsten sie kreuzen? Die Selbständigkeit der 'befreundeten Staaten', die ihnen Anlegerechte garantieren? Den friedliebenden Charakter der Sowjetunion? Oder gar die Freiheit der Meere schlechthin?

Was heißt 'Anlegerechte in bescheidenem Maße'? Was ist der Maßstab? Die Flottenmacht der USA oder was? Warum "muß" ein relativ hoher Anteil von Versorgungsschiffen die Flotten der UdSSR begleiten? Wohin und was haben sie dort verloren? Woraus "ergibt" sich das? Aus dem Umstand, daß sie weit von der Heimat weg sind, sagt der Kommunistische Bund Nord. Aber was machen sie da? Dazu sagt er nichts. Warum "muß" sich die Sowjetunion beschränken, "auf entfernteren Meeren ... kaum manövrierfähige Verbände zu unterhalten?" Meint der Kommunistische Bund Nord, daß sie das so belassen wird?

Der Kommunistische Bund Nord hat es als eine der wenigen Organisationen der Kommunisten in Westdeutschland geschafft, die Frage, ob die UdSSR ein sozialimperialistisches Land ist oder ein sozialistisches Land ist, weder mit Ja noch mit Nein zu beantworten.

Wir müssen feststellen, daß in der Polemik bezüglich der Flottenpolitik jetzt sozusagen gesetzmäßig ein Punkt erreicht ist, wo er nicht mehr vorankommen wird, wenn er sich nicht festlegt.

Auf die schlichte Frage: Was symbolisieren die Flotten der UdSSR auf den Weltmeeren? weiß er sonst nichts zu antworten. Das muß doch einigermaßen quälend sein.

Red.

Palästinensische und libanesische Arbeiter verteidigen das Lager Tal Az'Zaatar

Nach der Niederlage der faschistischen Phalange im Libanon gegen das Bündnis aus den fortschrittlichen libanesischen Kräften und dem palästinensischen Widerstand (s. KVZ Nr. 22), konzentrierte sie ihre Angriffe auf das palästinensische Flüchtlingslager Tal az-Zaatar im Nordosten Beiruts. Es ist eine alte Forderung der Phalange, gerade dieses Lager aus Beirut zu entfernen, die Bewohner in einen Vorort der Stadt umzusiedeln oder gar in den Südlibanon zu verfrachten. Gegen die neuerlichen Angriffe der Phalange auf das Lager vor zwei Wochen , wobei über 60 Menschen umgekommen sind, wurde von den libanesischen fortschrittlichen Kräften der Generalstreik im ganzen Libanon ausgerufen. Welche Bedeutung hat das Lager?

Nach einer Statistik vom Jahre 1968 liegt Tal az-Zaatar in dem wichtigsten Industriegebiet Beiruts. Dort befinden sich 29 % aller libanesischen Betriebe, 22 % der Arbeiter und 23 % des gesamten Industriekapitals. (nach Filstin al-Thaura, Zentralorgan der PLO, Nr. 145) Es ist anzunehmen, daß die Zahlen in den letzten sieben Jahren gestiegen sind. Das Lager wird von 20 000 Palästinensern und Libanesen bewohnt... Gerade die palästinensischen Arbeiter stellen für die libanesischen Kapitalisten eine wichtige Quelle für billige Arbeitskräfte dar: Sie erhalten weniger Lohn als die libanesischen Arbeiter und haben keinen Anspruch auf Kranken- und Sozialversicherung.



Seit mehreren Jahrzehnten müssen die Kinder des vertriebenen palästinensischen Volkes in Lagern aufwachsen. Sie lernen früh, daß nur der Kampf die Rechte des palästinensischen Volkes wiederherstellen kann.

Bis 1969 drängten sie die UN-Flüchtlingsorganisation, UNRWA, das Lager zu vergrößern und die Landflucht von Libanesern und Palästinensern aus den landwirtschaftlichen Gebieten des Südlibanon in die Hauptstadt zu ermutigen. In Tal az-Zaatar herrschen bis heute noch die gleichen elenden Verhältnisse wie in den anderen Lagern: Die Häuser bestehen aus Holz oder Wellblech, einige wenige haben Betonwände; es wohnen durchschnittlich 8–10 Personen in einem Raum; die Abwässerkanäle liegen offen und bilden eine Quelle ständiger Seuchen und Infektionen; die Abfallhaufen türmen sich überall, wo man hinschaut; ein Regenguß reicht aus, um die sandigen und engen Wege in ein einziges Schlammeer zu verwandeln; das Lager hat keine eigene Klinik, sondern teilt sich die Klinik mit dem Nachbarlager Gisr al-Basha zusammen, eine Klinik, die nur zweimal in der Woche Besuch von einem Arzt erhält. Seit 1969 hat die UNRWA alle Mittel für Tal az-Zaatar gestrichen. Von da an war das Lager, das ein libanesischer Kapitalisten einmal als 'unerschöpfliche Fundgrube für willige Arbeitskräfte' bezeichnet hat, kein sicheres Rekrutierungsfeld mehr für die Kapitalisten. Sicher sind die palästinensischen und libanesischen Arbeiter immer noch gezwungen, ihre Arbeitskraft an die libanesischen Kapitalisten zu verkaufen. Aber ebenso sicher ist es, daß sie erbitterter, härter und organisierter um ihre gewerkschaftlichen und politischen Recht kämpfen.

Das Erstarken des palästinensischen Widerstandes und der demokratischen Bewegung im Libanon und der damit verbundene Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung unter den libanesischen und palästinensischen Arbeitern, hat den Kapitalisten Angst eingejagt. Ihre Stoßtrupps, die Phalangisten, haben schon mehrere Versuche unternommen, diese Bastion der Arbeiterklasse zu stürmen. Sie sind immer wieder gescheitert an dem organisierten Widerstand der Lagerbewohner, allen voran der Arbeiter. Genau das gleiche ist ihnen auch jetzt passiert, obwohl sie schwere Artillerie gegen das Lager eingesetzt haben.

So organisiert die Arbeiterklasse den Widerstand!

Seit dem Angriff der Faschisten auf den Bus in Ain ar-Rummana, bei dem – nach den letzten Zählungen – 36 Menschen ums Leben kamen, allesamt Bewohner von Tal az-Zaatar, stellten sich alle Bewohner auf heftige Angriffe der Faschisten ein. Dementsprechend bereiteten sie auch ihre Verteidigung vor. In mehreren Lagerversammlungen wurde die politische Situation diskutiert und die Konsequenzen aus dem Angriff auf den Bus gezogen: Die Organisationen der Arbeiter im Lager, die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (FDLP), die Kommunistische Partei Libanons (KPL) und die Organisation Kommunistischer Arbeiter sowie ihre Massenorganisationen einigten sich auf eine gemeinsame Linie bei der Verteidigung des Lagers. Die Lagermiliz, die aus Mitgliedern der drei Organisationen und anderer Lagerbewohner besteht, sollte die Verteidigung auf dem militärischen Sektor übernehmen. Nach dem Prinzip 'auf die eigene Kraft vertrauen' wurden Vorräte angelegt für den Fall, daß sich die Angriffe der Faschisten über einen längeren Zeitraum erstrecken sollten, um nicht angewiesen zu sein auf Hilfe von außen.

Eine der ersten Maßnahmen der Faschisten war es, die Wasser- und Stromversorgung des Lagers zu unterbrechen. Mit Hilfe von Petroleumlampen und einem selbtgebastelten Generator wurde die Strom- und Wasserversorgung des Lagers weiter aufrechterhalten. Die Lebensmittelvorräte reichen für mehrere Wochen.

Gerade die Rolle der Frauen muß hier besonders hervorgehoben werden: Sie haben nicht nur Seite an Seite mit der Waffen in der Hand das Lager verteidigt, sie haben außerdem noch die Versorgung der Kranken und der Verwundeten übernommen.

In diesen Kämpfen wußte jeder Lagerbewohner, daß er die Errungenschaften des libanesischen und palästinensischen Volkes im politischen, militärischen Kampf gegen die Stoßtrupps der libanesischen Bourgeoisie verteidigte, daß er für die gerechte Sache der Arbeiterklasse und des Volkes kämpfte. Deswegen konnten sie auch der technischen und militärischen Übermacht des Gegners siegreich widerstehen. Kein Kapitalist kommt für den Lohnausfall auf, der für die libanesischen und palästinensischen Arbeiter entsteht. Deswegen ist die Forderung nach vollem Lohnausgleich durch die Kapitalisten eine gerechte Sache. Keiner unterstützt die Arbeiter beim Wideraufbau ihrer zertrümmerten Häuser, ob es um Wellblechhütten oder um feste Häuser geht. Aber sie kämpfen weiter!

Abu Omar, ein palästinensischer Arbeiter aus Tal az-Zaatar sieht die Sache so:

'Es ist entweder wir oder sie. Als die Faschisten mit ihren Angriffen anfingen, waren meine Frau und meine Kinder im Bunker. Ich war bei meiner Milizeinheit. Das war auch gut so, weil unser Haus durch den schweren Artilleriebeschuß der Faschisten schwer beschädigt worden ist. Aber das ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß wir den Faschisten einen Denkzettel verpasse. Wir haben ihnen gezeigt, daß die Revolution, daß wir Arbeiter sofort und überall ihre Angriffe zurückschlagen können.' (al-Hurriyya, Zentralorgan der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (FDLP), 2.6.1975)

Der heftige Kampf um das Lager Tal az-Zaatar ist ein Ausdruck der Polarisierung im Libanon. Die libanesische und die palästinensische Arbeiterklasse kämpfen gemeinsam mit ihren Verbündeten gegen die libanesische Bourgeoisie Im Kampf um ihre Bastion Tal az-Zaatar haben sie und ihre Organisationen die Führung. Das macht die Bedeutung von Tal az-Zaatar für die palästinensische und die libanesische Revolution aus!

–NIDAL–

Interview

Ein chilenischer Arbeiter berichtet über die Lage in Chile

Ein chilenischer Arbeiter, der nach dem Militärputsch zunächst eingekerkert war und dann noch eine Zeitlang im Lande lebte, gab dem Chile-Komitee Freiburg folgendes Interview. Der heute 55-jährige war früher Bergmann, dann Dreher. Er hat von Anfang an in den chilenischen Gewerkschaften gearbeitet. Seit 1974 lebt er in der Bundesrepublik.



Trotz gegenteiliger Beteuerungen hält die Militärjunta noch Zehntausende politische Gefangene in Konzentrationslagern und Kerkern fest.

Welche Erfahrungen hast Du während dem Putsch und unter der Juntaherrschaft gemacht?

K.: Während der Zeit des Putsches war ich gerade im Krankenhaus. Fünf Tage nach dem Putsch kamen vier Soldaten und ein Unteroffizier, mit Maschinenpistolen bewaffnet, und haben mich aus dem Krankenhaus geholt. Ich wurde zunächst ins Polizeigefängnis gebracht. Wenn ich gegen diese Behandlung protestierte, wurde ich einfach niedergeschlagen. Zwei Nächte mußte ich auf dem nackten Boden des Polizeigefängnisses schlafen, dann wurde ich ins städtische Gefängnis gebracht. Dort waren wir über 70 in einem Zimmer für etwa 20 Mann untergebracht. Jede Nacht wurde ich ein- oder zweimal zum Verhör herausgeholt. Sie wollten von mir wissen, wo die Waffen des Widerstands versteckt waren. Mit ihren Folterungen sind sie soweit gegangen, daß sie mich erschossen haben – mit Platzpatronen. Die Exekution war echt. Es wurde das Urteil des Kriegsgerichts verlesen, daß ich wegen meiner Tätigkeit gegen die Militärregierung zum Tode verurteilt sei. Man hat mir die Hände und Füße gefesselt und mir die Augen verbunden. Dann wurde geschossen. Das war ein furchtbares Gefühl! Und dann noch stehen zu bleiben. Wie ich gehört habe, machen sie es jetzt noch raffinierter. Sie schießen mit Gummikugeln. Dann fühlst du, daß die Kugel dich trifft, doch du bleibst trotzdem am Leben.

Nach der Intervention der Vereinten Nationen wurde ich auf freien Fuß gesetzt. Ich mußte mich aber regelmäßig bei der Polizeikontrolle melden, und mußte in Santiago bleiben. – Ich habe in Santiago viele Bekannte. Einige von ihnen habe ich noch besucht. In der Siedlung Quinta Beia habe ich erlebt, wie bei einer Razzia 400 Leute verschleppt wurden. Die Militärs trieben alle Bewohner zusammen, und sagten, sie suchten Verbrecher. Von den 400 Verschleppten ist keiner zurückgekehrt, solange ich in Chile war. Das war im Oktober 73. Dann in der Weihnachtsnacht. Da waren einige Leute wohl etwas lustig oder betrunken. Wegen der Ausgangssperre mußte aber jeder um 11 Uhr nachts zuhause sein. Um ungefähr Viertel nach 11 kamen drei junge Leute aus einem Haus. Eine Militärpatrouille kam vorbei und hat sie gleich erschossen. Während dieser Zeit haben die Militärs sogar auf eine Katze geschossen, auf alles, was sich bewegte. Sie haben furchtbare Angst gehabt. Damals haben sie auch regelmäßig und planmäßig ganz Santiago durchkämmt. Es wurden ganz einfache, unschuldige Leute mitgenommen. Es genügte, daß ein neidischer Nachbar zur Polizei oder zu den Militärs ging und sagte: "Dieser Mann gehörte der Unidad Popular an." Das genügte, um den Mann festzunehmen und für Wochen ins Gefängnis zu werfen. Und zu foltern. Immer gab es Folterungen. Es gab auch Beispiele von kleinen Racheakten der Soldaten. Z. B. habe ich einen älteren Mann gesehen, der zur Kommunistischen Partei gehörte und der bei der Bodenreform mitgemacht hatte. Ihm wurde die eine Hälte der Haare und des Bartes abrasiert.

Wie schätzt Du die Lage in Chile heute ein; welche Möglichkeiten zum Widerstand gibt es?

K.: Der Widerstand in Chile ist heute sehr schwierig, obwohl die Genossen versucht haben, mit kleinen Handzeitungen usw. unter sich wieder Verbindung aufzunehmen. Ich glaube nicht, daß ein bewaffneter Widerstand heute möglich ist, er wäre Selbstmord. Denn der Druck der Militärs hat sich in den anderthalb Jahren verstärkt. Andererseits gibt es einen Streit unter den Militärs. Vielleicht können die in Chile gebliebenen Genossen diesen Streit für den Widerstand ausnutzen, und die Bevölkerung darauf vorbereiten, daß irgendwann die Militärs durch einen Generalstreik oder etwas ähnliches gestürzt werden. – Es ist so, daß die Militärs viel zu viel Geld ausgegeben haben, um die Armee auf ihrer Seite zu halten. Heute verdient ein einfacher Soldat, abgesehen von freier Verpflegung und Kleidung, mehr als ein Arbeiter. Die Inflation ist so gestiegen, daß ich nicht glaube, daß die Militärs Chile vor der totalen wirtschaftlichen Katastrophe bewahren können. Wir müssen in Chile und im Ausland unser Interesse darauf konzentrieren, zu zeigen, daß wir unsere Einheit bewahrt haben, und zu beweisen, daß die sozialistische Bewegung dem Militärregime weit überlegen war und ist.

Was sind für Dich die wichtigsten Aufgaben der Solidaritätsbewegung mit Chile?

K.: Die Arbeit der Chile-Solidarität muß das Interesse an der chilenischen Frage wach halten. Die Bevölkerung soll mit Zeitungen und Broschüren informiert werden. Es muß darum gekämpt werden, daß die Bundesregierung die Junta nicht finanziell unterstützt. Ich glaube, das würde helfen, die Zeit der Junta-Regierung abzukürzen. Also: erstens Information und zweitens Isolation der Junta; d. h. man muß der Menschheit zeigen, daß das chilenische Volk unter der Junta ein Sklavenleben führt, daß es kein Recht hat, zu reden und daß es hungert. Die heutigen Löhne reichen gerade aus, um etwas Brot und Tee zu kaufen. Der größte Teil der Arbeiter muß aus den Vororten zu Fuß zur Arbeit gehen. Der Lohn reicht nicht aus, um eine Busfahrt zu bezahlen. Nach meinen letzten Informationen beträgt der Monatslohn etwa 77 000 Escudos. Ein Kilo Brot kostet 475 Escudos. Eine 8-köpfige Familie müßte 45 000 Escudos allein für Brot ausgeben. Vom Brot allein kann man nicht leben. Also, das chilenische Volk leidet tatsächlich unter einer großen Hungersnot. Und dazu kommt, daß viele Tausende im Gefängnis sitzen, und deren Lage ist noch viel schlimmer.

Die Zahl der Gefangenen wird auf 8 000 geschätzt. Stimmt die Zahl?

K.: Ich glaube, es sind über 40 000. In den Konzentrationslagern , in den Gefängnissen usw., und noch ein größerer Teil steht unter dauernder Überwachung. Das ist nicht viel besser, als im Gefängnis zu sitzen.

Wie lange bist Du schon hier?

K.: Ich bin jetzt seit 16 Monaten hier. Leider ist meine Lage nicht besonders schön. Wegen meiner Krankheit – ich bin zuckerkrank – finde ich keine Arbeit. Ich komme durch keine ärztliche Untersuchung durch. Obwohl ich ein guter Dreher bin, bin ich also dauernd arbeitslos. Ich bekomme vom Sozialamt nur 204 DM. Das macht am Tag 6,80 DM. Und davon Diät zu leben, ist unmöglich. Wenn ich Arbeit suchen gehe, und zweimal mit dem Bus fahre, sind schon 2,20 DM weg. Ich bin nervlich völlig fertig. Und die Leute, bei denen ich hier wohne, haben selbst zuwenig Geld, um mich dauernd zu unterstützen.

Fortschritte in der Einheit der arabischen Staaten und Völker

Auf der Islam-Konferenz in Dschidda, auf der die Außenminister von vierzig islamischen Staaten vertreten sind, ist die Solidarität mit der arabischen Nation und der palästinensischen Revolution, die Unterstützung des Kampfes für die Wiedererlangung der geraubten Gebiete und der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nachdrücklich bekräftigt worden.

Vergangenen Samstag wurde "*die Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden in nichtarabischen islamischen Staaten empfohlen, die 'den Kampf des palästinensischen Volkes gegen Israel' unterstützen sollen*" (Süddeutsche Zeitung vom 14. Juli). Die Delegation der PLO ist zum erstenmal nicht im Beobachterstatus, sondern als gleichberechtigter Teilnehmer eingeladen worden. König Chalid von Saudi-Arabien ist auf der Eröffnungssitzung gemeinsam mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat aufgetreten. Letzteres hat die imperialistischen Politiker und die bürgerliche Presse stark beeindruckt, hatten sie doch immer noch darauf gesetzt, daß Saudi-Arabien ein US-höriges Land sei. Diese drei Ereignisse zeigen deutlich, daß sich die Völker und Staaten der arabischen Welt hervorragend verständigen und einen können im Kampf gegen den Besatzerstaat Israel.

Daß die Hoffnung der Imperialisten, ihre Politik des "Spalte und Herrsche" fortzusetzen, auf Sand gebaut ist.

Am Dienstag hat Ägyptens Staatspräsident Sadat auf der Konferenz aufgefordert, einen Wirtschaftsboykott gegen Israel zu organisieren, um auch auf diesem Kampffeld dem Zionistenstaat Schläge zu versetzen. Weiter berät die Konferenz, in diesem Jahr auf der UNO-Vollversammlung eine Initiative zum Ausschluß Israels aus der UNO zu unternehmen. Dieser Kolonial- und Siedlerstaat soll das selbe Schicksal erleiden wie letztes Jahr das rassistische Südafrika.

Kaum hat US-Staatssekretär Kissinger diese Nachrichten vernommen, hat er unverzüglich in einer Rede an einer amerikanischen Hochschule losgewettert. Er hat damit "gedroht", daß im Falle des Versuchs und gar eines erfolgreichen Versuchs des Ausschlusses Israels aus der UNO die USA prüfen müßten, ob sie nicht ebenfalls aus der UNO ausscheiden (alle Nachrichten nach Südwestfunk am 15. Juli). Kissinger war aufgebracht, berichtete der Rundfunk. Das ist verständlich. War doch der US-Imperialismus jahrzehntelang gewohnt, die UNO in seinem imperialistischen Interesse zu manipulieren und unter dem Deckmantel von UNO-Beschlüssen seine imperialistischen Interessen durchzusetzen wie bei der Invasion in Korea oder im Kongo.

Schreitet die Einheit der Völker und Staaten im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Besatzerstaat Israel, und gegen die Intrigen der beiden Supermächte voran, so kommen umgekehrt die Manöver der beiden Supermächte sowie die Manöver des US-Imperialismus mit Israel überhaupt nicht gut voran. Beim Treffen zwischen Gromyko und Kissinger in Genf haben sie lang über den Nahen Osten geredet, und wenig ist dabei herausgekommen. Gemeinsam wollen die Supermächte diese Region unter Kontrolle halten, aber die Selbständigkeit der Staaten entfaltet sich.

Gleichzeitig rivalisieren sie erbittert miteinander um die reichen Naturschätze dieser Länder, keine kann aber gegenwärtig einen entscheidenden Vorteil erringen. Beim Treffen zwischen Kissinger und Rabin, dem israelischen Ministerpräsidenten, in Bonn ist es Kissinger nicht gelungen, Israel zu einer raschen Zustimmung zum Rückzug auf der Sinai-Halbinsel zu bewegen. Hatte Kissinger vor dem Treffen Optimismus geäußert, so hat er nachher wieder sagen müssen, daß ein neues Abkommen in weiter Ferne läge (Le Monde vom 13. Juli). Beim Treffen zwischen Vertretern der westdeutschen Bundesregierung, die zugleich die Interessen der EG-Staaten vertrat, und Rabin sind auch keine befriedigenden Ergebnisse für sie herausgekommen. Die US-Imperialisten, die EG und die Bundesrepublik wollen, daß Israel jetzt rasch zustimmt, die Erdölfelder von Abu Rodeis und die Pässe Mitla und Gidi auf der Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückzugeben. Sie hoffen, so den erneuten Ausbruch des Befreiungskampfes der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes hinauszögern zu können, und wollen diese beschwichtigen. Israel wiederum sperrt sich dagegen, weil es fürchtet, daß solche "Konzessionen" erst recht diesem Befreiungskampf Nahrung geben würden und ihm als Zeichen der Schwäche ausgelegt würden. So sind die Aussichten der Imperialisten und des Kolonialstaates düster. Deshalb unternehmen sie immer wieder Manöver und erhoffen sich jedesmal davon den Erfolg. Diese Manöver scheitern, und darüber geraten sie in Streit.

Mögen sie auch kurzzeitige Erfolge erzielen, die Initiative in diesem Kampf haben sie verloren. Herrscht bei ihnen Zwietracht, weil jedem seine eigene Haut am nächsten ist und er will, daß dem anderen sie gegerbt wird, so steigt die Eintracht bei den Nationen und Staaten in ihrem gerechten Kampf gegen Zionismus und Imperialismus in jeder Gestalt.

H.J.H.

Das portugiesische Tagebuch eines Sozialdemokraten

Die Sozialistische Partei als antikommunistisches Sammelbecken

Wilhelm Dröscher, Mitglied des SPD-Präsidiums, war vom 8. bis 10. Juni auf Einladung der Sozialistischen Partei in Portugal. Im SPD-Pressedienst veröffentlichte er Tagebuchnotizen von dieser Reise. Wir zitieren im folgenden daraus einige Auszüge:

"*Die Sozialistische Partei (PSP)* ("unsere Partei", wie sie Dröscher nennt) *ist dabei, für weite Teile der antikommunistischen Kräfte ein Sammelbecken zu werden, und wird offenbar auch von Leuten gewählt, die nicht unbedingt sozialistisch eingestellt sind, aber sich durch eine Stärkung der demokratischen Sozialisten eine Chance versprechen, eine kommunistische Diktatur zu verhindern.*"

Über ein Gespräch mit Admiral Coutinho berichtet Dröscher, Coutinho habe die Auffassung vertreten: "*Für die Streitkräfte gelte der Grundsatz, daß gegen die Arbeiter keine Waffen erhoben würden, weil sonst die Allianz zerstört würde, die die Grundlage der Revolution sei. Niemals würde die Armee Repressalien gegen das Volk ergreifen. Daher nehme man Dinge hin, die eigentlich nicht passieren dürften, solange sie nicht unerträglich seien. Diese Bemerkungen halte ich für einen Schlüsselpunkt. Ich messe ihr mehr als verbalen Wert bei. Sie ist offenbar Ausdruck einer gewissen idealistischen Haltung.*"

Über die Gefahr einer 'Diktatur' heißt es: "*Gefährlich erscheint unseren Freunden die Entwicklung der Bewaffnung von Volksmiliz und die zunehmende Demoralisierung der Soldaten.*" Die 'Demoralisierung', die darin besteht, daß die Volksmassen ihren Interessen folgen und entgegenstehende Kommandos nicht befolgen, reicht nicht nur in die Armee hinein, sondern auch in die Sozialistische Partei. Dröscher notiert: "*Die PSP-Führung ist sich auch der Tatsache bewußt, daß zu den Mitgliedern und Wählern und zu den ständig neu hinzukommenden Sympathisanten viel politische Wunschvorstellungen in die PSP hineingetragen werden, denen nur sehr schwer begegnet werden kann.*" Richtig stellt er fest: "*Der Ausgang in Portugal ist noch keineswegs entschieden.*"

Südvietnam

Eine neue Gesellschaft wird aufgebaut

Am festen Willen des siegreichen Volkes platzen alle Spekulationen der Imperialisten

Die große Freude über die Beendigung des Krieges in Süvietnam weicht nun der Ernüchterung – so jedenfalls behaupten es die Imperialisten und ihre Leitartikler. Nordvietnamesische Militärs und Polit-Kader und ihre Anhänger in Südvietnam würden ein Regime der zunehmenden Unterdrückung der Bevölkerung Südvietnams errichten. Als Beweis sollen vor allem die Kampagnen zur politischen Umerziehung der ehemaligen Offiziere und Beamten des Thieu-Regimes dienen. Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 8. Juli meldet zunehmende Verhaftungen solcher Offiziere und Beamten, die sich nicht freiwillig gestellt haben. Diese Meldungen über Verhaftungen werden bestätigt durch Berichte des Rundfunks der Befreiungsfront. Auch die Tatsache, daß es in Südvietnam keine Pressefreiheit für die Anhänger der Thieu-Clique und für Marionetten des USA-Imperialismus mehr gibt, ruft die heuchlerische Empörung der Imperialisten hervor. Tatsächlich jedoch ist das siegreiche Volk äußerst großmütig gegenüber seinen Feinden, die es jahre- und jahrzehntelang unterdrückt, ausgeplündert und gequält haben. Es bietet ihnen die Möglichkeit, ihre Fehler einzusehen und auf der Seite des Volkes und der Revolution neu anzufangen. Dies wird jedem einleuchten, wenn er dieses Vorgehen z.B. mit dem Vorgehen der Imperialisten beim faschistischen Militärputsch in Chile vergleicht. Gegen unverbesserliche Reaktionäre, die nichts anderes im Sinn haben, als die ihnen sehr einträgliche Herrschaft der Imperialisten wiederherzustellen, wird demgegenüber natürlich mit aller Schärfe vorgegangen.



Schüler demonstrieren in Saigon für den unabhängigen Aufbau des Landes

Große Fortschritte im Aufbau der Volksmacht

Die großen Aufgaben, vor denen das Volk in Südvietnam nach der vollständigen Befreiung des Landes steht, hat Huynh Tan Phat, Präsident des Ministerrats der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR), folgendermaßen zusammengefaßt:

"Die Einheit verstärken, eine feurige revolutionäre Bewegung bei den werktätigen Massen entfesseln, um die revolutionäre Macht auf allen Ebenen zu errichten und zu festigen. Alle reaktionären Handlungen zum Scheitern bringen. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechterhalten. Die Bevölkerung für die Produktion mobilisieren, um schnell die Folgen des Krieges zu beseitigen. Das materielle Leben der Bevölkerung stabilisieren. All das, um zur Wiedervereinigung des Vaterlandes fortzuschreiten."

Daß die neue revolutionäre Macht sich nicht auf Terror gegen das Volk, sondern auf die Mobilisierung und den einheitlichen Willen der Massen stützt, kommt verzerrt auch in einigen Meldungen der bürgerlichen Presse zum Ausdruck. In der "Süddeutschen Zeitung" vom 9. Juli wird z.B. berichtet von der "*Wahl für die Bildung eines siebenköpfigen revolutionären Volkskomitees*" im Arbeiterviertel Trang Quang. Weiter steht da: "*Neun Kandidaten stellten sich zur Wahl, die durch ein Wahlmännergremium aus 152 Delegierten erfolgte.*" Nicht erwähnt wird, wer von diesen Delegierten vertreten wird. Darauf gibt der Präsident des verwaltenden Militärkomitees von Saigon in einem Interview die Antwort:

"Der einschneidendste Erfolg im befreiten Saigon ist der Aufbau und die Entwicklung der revolutionären Kräfte der Stadt. ... Die große Mehrheit der Volksmassen gehört den Organisationen zur Befreiung der Arbeiter, der Bauern, der Frauen, der Jugend, der Studenten und der Schüler an. Die revolutionäre Macht wurde in den vierzehn Bezirken der Stadt und der Vororte errichtet. Dank den revolutionären Volkskomitees übt die Bevölkerung der Bezirke, Viertel und Siedlungen tatsächlich die Rolle der Herren der Gesellschaft aus. Die Solidarität unter den Schichten des Volkes wurde stärker und größer."

In den Betrieben in den großen Städten war der erste Schritt zum Wiederaufbau der Aufbau von Gewerkschaften. Diese sind in der Lage, die Produktion durch kollektive Anstrengungen anzukurbeln. Das gilt sowohl für die großen Industriebetriebe, Transportunternehmen und Handelshäuser, die ebenso wie die Banken verstaatlicht wurden, als auch für die von der nationalen Bourgeoisie betriebenen Firmen. Das Bündnis mit der national gesonnenen Bourgeoisie ist notwendig, um unter den Bedingungen großer Kriegsschäden, einer noch relativ wenig entwickelten Produktion und dem vom Thieu-Regime hinterlassenen Wirtschaftschaos alle Kräfte des Volkes für das Ziel der Schaffung der Voraussetzungen einer modernen Wirtschaft einzusetzen.

Auf diese Weise konnten z.B. die grundlegenden Gemeinschaftseinrichtungen in den Städten wie Wasser und Strom fast ohne Unterbrechung aufrechterhalten werden. Wichtige Eisenbahnlinien konnten ebenfalls bereits wieder eröffnet werden. In Saigon waren z.B. einen Monat nach der Befreiung wieder 80 % der Textilbetriebe in Gang gesetzt.

Auf dem Land werden Gruppen der gegenseitigen Hilfe gebildet. Die wichtigsten Aufgaben sind gegenwärtig, das kultivierbare Land zu entminen, Bewässerungsanlagen wieder herzustellen oder neu zu bauen, die neue Aussaat vorzunehmen und die Winter-Frühjahrsernte vorzubereiten. Bei der Ernte im März konnten in einigen der damals bereits befreiten Gebiete auf Grund kollektiver Anstrengungen schon Rekordernten erzielt werden. Solche Erfolge sind von großer Bedeutung, da die Landwirtschaft das Fundament für die Entwicklung der Wirtschaft durch das Volk im Dienste des Volkes bilden muß.

Bisher konnten die Preise für Lebensmittel wie Gemüse, Fleisch, Kartoffeln, Früchte usw. um zwanzig bis fünfzig Prozent gegenüber den teils durch Korruption und Spekulation hochgetriebenen Preisen des Thieu-Regimes gesenkt werden. Der Preis des Reises wurde noch deutlicher gesenkt. Zuschüsse zur Finanzierung dieser Hauptnahrungsmittel werden auf Luxusgüter aufgeschlagen.

Die Familien, die noch hungern, werden kostenlos mit Reis versorgt. Rund zwei der sieben Millionen Stadtbewohner sind arbeitslos. Drei Millionen sind durch Zwangsumsiedlungskampagnen der US-Imperialisten vertriebene Bauern, die wieder auf das Land zurückgesiedelt werden müssen. Mit der Lösung dieser scheinbar unlösbaren Probleme hat das vietnamesische Volk, vor allem auf seine eigene Kraft vertrauend, bereits begonnen, z.B. durch die Urbarmachung neuen oder brachliegenden Landes. Dadurch können rund eine Million Arbeitslose in die Produktion einbezogen werden.

Auch die Entwicklung eines breit gestreuten Gesundheitswesens orientiert sich direkt an den Interessen des Volkes und baut auf die Entfaltung der Initiative der Massen. So wurden Kampagnen zur Säuberung der Städte von allem Unrat und Abfall gestartet und die Bevölkerung über Hygienemaßnahmen unterrichtet. Die zentralen Krankenhäuser wurden gesäubert und wieder in Betrieb genommen. Hinzu kommt die Errichtung vieler dezentraler Sanitätsposten.

Als zentrales Problem für die Zukunft des Landes wird die Entwicklung des Erziehungswesens, verbunden mit dem Kampf gegen alle Überreste der imperialistischen Kultur und Ideologie, angepackt. In allen Städten und Dörfern werden Schulen eingerichtet, in denen auch gegen das Analphabetentum bei den Erwachsenen zu Felde gezogen wird. In den bereits seit längerem befreiten Gebieten konnte das Analphabetentum bereits fast völlig beseitigt werden.

All diese großen Erfolge sind natürlich nur möglich dadurch, daß das Volk selbst in Südvietnam die Macht in der Hand hält und ein revolutionäres Bewußtsein über seine Kräfte und Fähigkeiten entwickelt hat. Und am festen Willen des siegreichen Volkes zur Wiedervereinigung des Vaterlandes und zur Verteidigung der errungenen Unabhängigkeit platzen alle Spekulationen der Imperialisten über eine Beherrschung Südvietnams durch Nordvietnam oder die Eingliederung Vietnams in irgendeinen Machtbereich.

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und die Provisorische Revolutionäre Regierung haben darüberhinaus wiederholt klar gemacht, daß es nicht ihr Streben ist und sein kann, eines ihrer Nachbarländer zu beherrschen. Wie sollte dies auch möglich sein, da sich Laos und Kambodscha ebenfalls auf dem Weg des Aufbaus der Volksmacht befinden.

M.L., Indochina-Komitee Heidelberg

Zitate aus den Bulletins d'Information der Ständigen Mission der Provisorischen Revolutionären Regierung in Paris, Nr. 33 und 34 vom Juni 1975

In der Illustrierten "Stern" wird sich in der Ausgabe vom 10. Juli befaßt mit den Massenaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg und dem Kommunistischen Bund Westdeutschland, der in diesen Kämpfen eine politisch führende Rolle gespielt hat, sowie mit angeblichen Äußerungen von leitenden Funktionären des Kommunistischen Bundes Westdeutschland.



Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg

Die Lüge ist ein schlechter Krückstock

Bevor wir uns mit dieser Berichterstattung im einzelnen befassen, wollen wir vermerken, daß alles, was in diesem Bericht gesagt wird über die Massenaktionen, über den KBW oder was Funktionäre des KBW gesagt haben sollen, keineswegs der Wirklichkeit entspricht, sondern bloß dem Eindruck, den sich der Stern-Reporter Oltmanns von der Wirklichkeit zu machen bezahlt wird. Daraus erklärt sich die Verdrehung von Tatsachen bezüglich der Massenaktion, die merkwürdige Schilderung der Arbeitsweise unserer Organisation sowie die Beschränktheit der Äußerungen, die Funktionären unserer Organisation in den Mund gelegt werden.

Geplant war offensichtlich eine Enthüllungsstory über den KBW. Damit diese "Enthüllung" möglich wurde, mußte seitens des "Stern" auch die Vereinbarung gebrochen werden, die unsererseits zur Voraussetzung gemacht worden war für ein Gespräch. Daß es dem "Stern" nicht erlaubt wird, Funktionäre unserer Organisation zu zitieren, ohne daß die Zitate von ihnen ausdrücklich gebilligt sind. Daß es dem "Stern" nicht erlaubt wird, uns zu zitieren, ohne daß erwähnt wird, daß der Genosse Fochler den Sekretär des Zentralen Komitees J. Schmierer vertritt, weil dieser wegen einer skandalösen Verurteilung, die die bürgerliche Presse totgeschwiegen hat, eine achtmonatige Gefängnisstrafe verbüßen muß. Beide Vereinbarungen wurden von dem Stern-Reporter ausdrücklich anerkannt. Beide mußte er brechen, damit er zu seiner "Enthüllungsstory" kam.

Die Hauptaufgabe wurde nicht gelöst

Obschon mit diesem Vertragsbruch dem Raimar Oltmanns das weite Feld der freien Erfindung zugänglich war, ist es doch so, daß die "Enthüllung" über unsere Organisation geradeso gelesen werden kann als Enthüllung über eine Zeitung wie den "Stern" und die Leute, die dafür bezahlt werden, daß sie Tatsachen verdrehen.

Mit der Tatsache, daß es sich um eine Massenbewegung gehandelt hat, wird der "Stern" nicht fertig. Die Darstellung ist kurz. Hier 2 000 Demonstranten, dort 1 200 Polizisten. Woher die Demonstranten kamen, wird nicht behandelt. Das ist vom bürgerlichen Standpunkt die Hauptschwäche des Berichtes. Die Behauptung der bürgerlichen Presse, sie wären aus allen Städten der Bundesrepublik zusammengezogen worden, wird stillschweigend fallengelassen. Insofern ist die Hauptaufgabe nicht gelöst.

Nachdem die Ausgangslage einmal so unbewältigt dasteht, wird auf die Organisation übergegangen. **Die Genossin Rosenbaum soll gesagt haben: "Wir werden den Kampf gegen die Ausplünderung der bürgerlichen Gesellschaft auf den Straßen vorantreiben."** Eigentlich hatte man erwartet, daß selbst der Stern-Reporter Oltmanns genügend Licht besitzt, um zu verstehen, daß die Kommunisten nicht angetreten sind, um den Schutzpatron der bürgerlichen Gesellschaft zu mimen. Vielleicht weiß er das auch. Weil es aber die Aufgabe des "Stern" ist, die Interessen der Massen und die Interessen der Arbeiterklasse hinter irgendwelchen Sensationen zu verstecken, kommt er dazu, kompletten Unsinn zu schreiben. Bekanntlich gehen die Kommunisten aus von dem, was wirklich stattfindet. Nämlich Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat und Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten. Eine Ausplünderung "der bürgerlichen Gesellschaft" gibt es nicht. Durch wen soll die bürgerliche Klasse schon geplündert werden? Durch die Arbeiter, die sie ernähren? Vielleicht durch Marsmenschen.

Es folgt dann die Kennzeichnung des Vertreters des Sekretärs des Zentralen Komitees als "Kaderchef" der Helga Rosenbaum. Man sieht richtig, das Verhältnis zwischen einer gewählten Leitung der ganzen Organisation und einer auf Ortsebene gewählten Leitung kann sich das bürgerliche Hirn nicht anders vorstellen als das Verhältnis zwischen Nannen und ihm beispielsweise, also ein Verhältnis zwischen "Chef" und, nun, eben einem Apportierhund, der allem nachläuft, worauf sein Herr gespuckt hat. So geht es in der Redaktion des "Stern" zu, bei uns aber nicht.

Die Knechtsseele schimmert allerorten durch

Des weiteren werden sich die Leute in Heidelberg, geradeso wie in Köln, Frankfurt oder sonstwo, dafür interessieren, daß sie gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat und gegen Fahrpreiserhöhungen kämpfen, weil "Fochler es will". Auch hier schimmert durch die Knechtsseele, die sich nicht vorstellen kann, daß man etwas aus eigenem Antrieb und selbständig macht, sondern sich bloß vorstellen kann, daß es irgendjemand ganz oben eben befiehlt.

Die bürgerliche Klasse hat keine Zukunft, und sie mag auch nicht über die Zukunft nachdenken, denn die Zukunft enthält ihren Untergang. Der schlichte Hinweis, daß Massenbewegungen wie in Heidelberg der Krisis

gungen wie in Heidelberg der Krisis

der bürgerlichen Gesellschaft unvermeidlich entspringen und für jemanden, der die Augen aufmacht, an allen Orten der Gesellschaft politische Erschütterungen sichtbar würden, gerät zu folgendem Ausspruch: "Ein heißer Sommer der politischen Erschütterungen steht bevor. Unser Vietnam ist die Bundesrepublik. Unser Aktionsfeld ist der Betrieb, die Schule, die Straße."

Der Stern-Reporter befindet sich zwar in einer Knechtsexistenz, und manchmal wird es ihn schon ekeln, aber er befindet sich doch entschieden auf der Sonnenseite dieser Gesellschaft. Und deswegen kann er nicht verstehen noch aussprechen, daß die Bundesrepublik eine Klassengesellschaft ist, daß die Widersprüche dieser Klassengesellschaft reifen und daß das Ergebnis der gegenwärtigen geschichtlichen Epoche der Sozialismus sein wird. Und daß dies weniger damit zu tun hat, daß die Bundesrepublik das Vietnam der westdeutschen Kommunisten wär, sondern damit, daß in der Bundesrepublik die Arbeiterklasse die bürgerliche Klasse stürzen wird und selbst herrschen.

Der Gedanke an Arbeit jagt ihm Schrecken ein

Daß wir Kommunisten uns in diesen geschichtlichen Kampf einordnen und uns auf die Tradition der internationalen Arbeiterbewegung berufen, das erscheint so: "Martin Fochler und seine Genossen sehen sich in einem historischen Kampf **als Erben von Marx, Lenin, Mao.**" Wir möchten mitteilen, **daß unser Verhältnis zu den Führern der Arbeiterbewegung, gleich ob noch lebendig oder schon verstorben, nicht dem Verhältnis einer bürgerlichen Existenz zu seiner Erbtante gleicht.** Der um den Bart gestrichen wird, solang sie lebendig, und um deren Erbe sich mit anderen bürgerlichen Existenzen gestritten wird, sobald sie verstorben.

Daß es sich um eine Oltmanns'sche Begriffsbildung handelt, läßt sich leicht beweisen. Aus der Reihe der Vorkämpfer der internationalen Arbeiterbewegung hat er Friedrich Engels ausgelassen, vermutlich weil dieser ein großartiger Journalist war, an den er sich nicht erinnern möchte, und Josef Stalin, der sich in seinem Hirn verbinden muß mit der Vorstellung von körperlicher Arbeit für solche Existenzen, wie er selber ist.

Was der Liederlump unter "Fanatismus" versteht

Daran anschließend wird versucht, unserer Organisation einen lebensfremden Fanatismus anzuhängen. Interessant ist hier vor allem die Beweisführung. Die Belege für diesen Fanatismus bestehen in folgendem. Erstens **früh aufstehen.** Aus dem Umstand, daß in der Fabrik die politische Betätigung verboten ist und der Arbeitsgang nun nach dem Willen der Kapitalisten früh beginnt, so daß, wer vor dem Betrieb eine Zeitung verkaufen will, eben früh aufstehen muß, und daß unsere Mitglieder (die übrigens zu über achtzig Prozent berufstätig sind und wovon sich weniger als zwanzig Prozent in der Schul- oder Hochschulausbildung befinden) die unterschiedlichen Anfangszeiten nutzen, um sich umschichtig die Zellenzeitungen zu verteilen oder die Kommunistische Volkszeitung zu verkaufen, wird etwas ganz fanatisches. Früh aufstehen, das kann sich dieser Liederlump bloß als äußersten Fanatismus denken. Diesen "Fanatismus" indessen teilen die Mitglieder unserer Organisation mit den vielen Millionen, die früh aufstehen müssen, um ihr Brot zu verdienen.

Die nächsten Belege für "Fanatismus": die Schulung. Daß in unserer Organisation darauf Wert gelegt wird, politische Bildung zu vermitteln, und daß Wert darauf gelegt wird, daß die Mitgliedschaft ein selbständiges politisches Urteil hat, das versteht er nicht. Das scheint ihm fanatisch. Man mag daraus schließen die träge Bärenhäuterei, die ihm als lebenswert erscheint. Und daß er den **ganzen Tag** ansetzt, das beweist auch bloß die Vorstellung, die er sich von seiner eigenen Fähigkeit macht. So schwierig ist der Marxismus-Leninismus auch wiederum nicht.

Drittens belegt den Fanatismus, daß "abends die Ortsleitungskader tagen (!)" und was machen? Zeitpunkte festlegen! Hier müssen wir sagen, so einfach ist es nicht. Er mag es gewöhnt sein, daß er auf Befehl springen muß und ihm wenig mehr als ein Zeitpunkt gesetzt wird. So geht es bei uns nicht zu. Auch sind die Beratungen der Ortsleitung zum Beispiel keineswegs "geheim". Auf jeden Fall nicht so wie die Leitungssitzung beim "Stern", wo keiner was zu melden hat und der Besitzer anschafft. Man muß sich in einer kommunistischen Organisation schon das eine oder andere Argument einfallen lassen für einen Beschluß. Die Mitglieder sind nämlich nicht von der Leitung **abhängig,** sondern sie **wählen** sich eine Leitung und können sie **jederzeit abwählen,** wenn ihnen die Beschlüsse nicht gefallen. Hätten zum Beispiel unsere leitenden Funktionäre tatsächlich die Dummheiten gesagt, die ihnen der "Stern" in den Mund legt, dann würde sich in dieser Richtung was abspielen.

Zum Schluß noch eine heitere Passage. Bekanntlich ist die Laufbahn eines Journalistenkretins gepflastert mit Einladungen zu Partys oder sie findet nicht statt. Und bekannt ist auch, daß um Einladungen zu solchen Gelegenheiten gekämpft wird und gegeifert. In diesen **seinen** Begriffszusammenhang von Herr und Hund bringt der Gute die Frage eines Besuches "bei Mao".

Der Unsinn stellt sich selbst zurecht

Wir überlegen uns natürlich, ob wir den "Stern" zur Richtigstellung allen dieses Unsinns zwingen können. Die bürgerlichen Gesetze sind aber nicht so, daß sie einer Arbeiterorganisation das Recht einräumen würden, ihre Anschauungen angesichts einer Entstellung darzulegen. Das würde auch der Aufgabe der bürgerlichen Presse geradezu widersprechen. Was wir klarstellen, ist, daß die "Tatsachenbehauptungen" über unsere Organisation den eng begrenzten Vorstellungen und der beschränkten Auffassung des Raimar Oltmanns entsprechen.

Im übrigen: Wer den "Stern" liest, und das sind viele, der hat es gelesen. Wer dem "Stern" glaubt, und das sind schon bedeutend weniger, ja, der wird es auch nicht ohne weiteres glauben; allzu dummdreist ist der Versuch. Man wird sehen, der Herr Oltmanns wird in der nächsten Zeit etwas weniger oft erscheinen im "Stern".

Red.